

Preussische Allgemeine



Nr. 39 · 29. September 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Präsident unter Druck

Rund ein Jahr vor der nächsten Wahl hat der Sprecher des US-Repräsentantenhauses „eine formelle Amtsenthebungsuntersuchung“ gegen Joe Biden angeordnet Seite 2



Volksfest Vor 175 Jahren fand in Mainz der erste Katholikentag statt Seite 11



Geschichte Als Zarin Elisabeth in Ostpreußen regierte Seite 23

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Es ist Zeit für einen anderen Umgang mit der AfD

Zehn Jahre nach Gründung der ungeliebten Konkurrenz müssen die etablierten Parteien einsehen, dass die bloße Ausgrenzung gescheitert ist

Das Gespenst will einfach nicht verschwinden. Seit Monaten erreicht die AfD in Meinungsumfragen einen Rekordwert nach dem anderen und ist derzeit mit 21 bis 23 Prozent stabil die zweitstärkste Kraft im Land. In den meisten östlichen Bundesländern ist sie sogar die stärkste Partei. Im thüringischen Nordhausen stand die AfD am vergangenen Sonntag – nach den Siegen bei der Landratswahl im Kreis Sonneberg und bei der Bürgermeisterwahl im anhaltinischen Raguhn-Jeßnitz vor wenigen Wochen – knapp vor der dritten Übernahme eines kommunalen Spitzenamtes. Zwar unterlag der AfD-Kandidat Jörg Propher in der Stichwahl gegen den parteilosen Amtsinhaber Kai Buchmann, doch mussten die etablierten Parteien alle Kräfte vereinen, um den Sieg der ungeliebten „Alternative“ zu verhindern. Und in zwei Wochen schon könnte die Partei in Bitterfeld-Wolfen ein weiteres Amt erobern.

Unabhängig davon, wie man zur AfD steht, ist es somit angebracht, ein paar Punkte festzuhalten, an denen niemand vorbeikommt. Der grundlegende Fakt ist: Die Partei ist ein fester Teil des politischen Systems unseres Landes geworden. Zehn Jahre nach ihrer Gründung ist sie in fast allen Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament vertreten – und damit längst kein temporäres Phänomen mehr. Die oben genannten 21 bis 23 Prozent in den Umfragen bedeuten zudem bei rund 61 Millionen Wahlberechtigten, dass derzeit rund 14 Millionen Deutsche beabsichtigen, ihre Stimme bei der nächsten Wahl den „Blauen“ zu geben.

Bislang versuchten die etablierten Parteien, die ungeliebte Konkurrenz durch Ausgrenzung kleinzuhalten. Sie ignorierten nicht nur Wortmeldungen und Anträge der AfD, sondern verweigerten ihr auch elementare Rechte wie die Besetzung eines stellvertretenden Bundestags-

präsidenten oder die Teilhabe an den staatlichen Zuschüssen für die parteinahen Stiftungen (siehe hierzu das Interview auf Seite 3). Auch in den etablierten Medien – allen voran in den Sendern des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks – wird die AfD weitestmöglich ausgeblendet. Doch angesichts der jüngsten Entwicklungen muss das politisch-mediale Establishment anerkennen, dass der Weg der Ausgrenzung nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hat.

Einkehr statt Ausgrenzung

Generell stellt sich die Frage, mit welchem Verständnis von Demokratie man eine Partei außen vor lassen will, die von Millionen Bürgern gewählt wird? „Demokratie“ bedeutet bekanntermaßen die Herrschaft des Volkes – und nicht die ewige Dominanz einmal gewählter Parteien. Wenn ein großer Teil der Bürger eine andere politische Kraft favorisiert als zuvor, haben Demokraten dies zu akzeptieren. Wenn sie es ernst meinen mit dem Anspruch, das Volk zu vertreten, sollten die etablierten Parteien einen von Millionen Bürgern gewählten Wettbewerber nicht ausgrenzen, sondern sich offen und ehrlich fragen, warum so viele Wähler, die eben noch sie gewählt haben, nun bereit sind, ihr Kreuz woanders zu setzen.

Womit wir bei den Ursachen für den Erfolg der AfD sind: Dieser ist nicht das Ergebnis eines „Rechtsrutsches“ in der

Bevölkerung, sondern eine Reaktion auf konkretes Regierungshandeln – erst der Großen Koalition, dann der „Ampel“ – in den letzten Jahren. Der Aufstieg der AfD ist die Reaktion enttäuschter Bürger auf eine Zuwanderungspolitik, die Begleitumstände wie die Zunahme von massenhaftem Sozialbetrug und schwersten Straftaten konsequent ignoriert oder gar als Fremdenfeindlichkeit abtut. Der Aufstieg der AfD ist die Reaktion enttäuschter Bürger auf eine Energiewendepolitik, deren einziges messbares Ergebnis die dramatische Verteuerung der Lebenshaltungskosten und damit die Senkung des Lebensstandards ist. Er ist außerdem die Reaktion auf eine Gesellschaftspolitik, die die Wünsche und Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung – mitsamt dem Leitbild von der klassischen Familie – konsequent ignoriert und stattdessen den Fokus auf Minderheiten richtet, die zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen.

Wer die AfD bekämpfen will, und zwar mit den legitimen Mitteln demokratischer Auseinandersetzung, braucht sich nur die Ursachen ihres Erfolges anzusehen – und seine eigene Programmatik wieder stärker an dem auszurichten, was die Bürger dieses Landes wollen. Legitim ist es auch, die AfD in Diskussionen zu stellen und zu prüfen, ob sie mit ihren programmatischen Inhalten tatsächlich eine Alternative für Deutschland ist. Ein richtiger Ort dafür wären unter anderem

die reichweitenstarken Talkshows und Nachrichtensendungen. Nicht legitim ist jedoch die Ausgrenzung der AfD – und damit auch ihrer Millionen Wähler.

Ändern muss sich freilich auch die AfD. Auch wenn viele ihrer Anhänger es nicht wahrhaben wollen, so waren es doch immer wieder Mandatsträger der Partei selbst, die das Ansehen der neuen politischen Kraft durch manchmal ungeschickte, manchmal aber auch unerträgliche Wortmeldungen geprägt haben. Nicht ohne Grund haben zahlreiche liberal-konservative Gründer die AfD schon lange wieder verlassen. Allerdings werden auch schärfste Kritiker der „Blauen“ nicht unhin kommen, ihr zu bescheinigen, dass die größten Aussetzer inzwischen Jahre zurückliegen. Ob dies echter Einsicht in die Notwendigkeit zur Professionalisierung geschuldet ist oder nur taktischer Erkenntnis, dass man in Zeiten eines umfassenden Regierungsversagens mit Schweigen mehr Zustimmung erfährt als mit lauten Parolen, wird sich zeigen.

Fakt ist: Die Ausgrenzung der Partei wird auf Dauer nicht durchzuhalten sein. Spätestens im nächsten Jahr, wenn die Bürger in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue Landtage wählen, droht ansonsten ein Infarkt des politischen Systems. Oder wollen dann CDU, SPD, FDP, Grüne und Linke jeweils Vierer- und Fünferkoalitionen bilden, um die AfD weiter außen vor zu lassen?

IN DIESER AUSGABE

Politik

Für Brandenburgs Kenia-Koalition wird die Energiewende zur Zerreißprobe Seite 5

Kultur

Die Berliner Nationalgalerie zeigt Arbeiten von Klimt, Stuck und Liebermann Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Heinrich Hoch wurde Ehrenbürger von gleich zwei Osterodes Seite 13

Lebensstil

Mit dem Rad entlang der Ostseeküste von Swinemünde bis Danzig Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 39
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

„Amtsenthebungsuntersuchung gegen Präsident Joe Biden“ Beweise gegen den Demokraten gibt es viele, aber die Zahl seiner mächtigen Verbündeten ist nicht minder. Eine Amtsenthebung ist unwahrscheinlich

Die Anklagepunkte gegen Biden

Der Sprecher des Repräsentantenhauses hat „eine formelle Amtsenthebungsuntersuchung“ angeordnet

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 12. September gab der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten, Kevin McCarthy, bekannt, dass er die zuständigen Ausschüsse der Kongress-Kammer angewiesen habe, „eine formelle Amtsenthebungsuntersuchung gegen Präsident Joe Biden einzuleiten“. Beaufsichtigen soll diese James Comer, der ebenfalls republikanische Vorsitzende des House Committee on Oversight and Accountability. Seine Entscheidung begründete McCarthy mit ernstzunehmenden „Vorwürfen des Machtmissbrauchs, der Behinderung der Justiz und der Korruption“ gegen Biden. Und Comer fügte unter Verweis auf die als äußerst dubios geltenden wirtschaftlichen Aktivitäten des Präsidentensohnes Hunter sowie auch von Bidens Bruder James und dessen Frau Sara hinzu: „Es gab nie eine Mauer zwischen Joe Biden und den zwielichtigen Geschäften seiner Familie. Ich denke, wir werden herausfinden, dass Joe Biden nicht nur von diesen wusste, sondern dass Joe Biden der Rädelführer bei all den Verbrechen war, die seine Familie begangen hat.“

Dabei geht es keineswegs nur um illegale Deals während der Zeit, als Biden Vizepräsident unter Barack Obama war. Vielmehr steht auch der deutlich schwerer wiegende Verdacht der Begünstigung von Geschäftspartnern des Biden-Clans in China, Russland, Kasachstan und der Ukraine beziehungsweise einer politischen Beeinflussung durch diese im Raum. Letzteres könnte unter Umständen sogar auf Verrat an den nationalen Interessen der USA hinauslaufen.

Keine substanzlose Retourkutsche

Dass es sich bei der Untersuchung nicht bloß um eine substanzlose Retourkutsche der Republikaner wegen der früheren Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump handelt, zeigen die zahlreichen Beweise, über welche die Ermittler inzwischen verfügen. Etliche davon finden sich in einem 87 Seiten langen gemeinsamen Bericht des Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs und des Senate Committee on Finance vom September 2020. Darin werden un-

ter Berufung auf Quellen im Finanzministerium konkrete Zahlen genannt, die sich auf rund 150 verschiedene Fälle beziehen.

So überwies der nachweislich korrupte ukrainische Oligarch Mykola Slotshewskyj, der damals an der Spitze des Gaskonzerns Burisma Holdings stand, ab 2014 um die fünf Millionen US-Dollar an die Investmentfirma Rosemont Seneca und die Anwaltskanzlei Owasco, bei denen Hunter Biden entweder Mit- oder Alleineigentümer war. Dazu kamen 2014/15 Zahlungen der russischen Bauunternehmerin Jelena Baturina in Höhe von 3,9 Millionen Dollar auf das Konto von Rosemont Seneca. Im April 2014 gingen dort außerdem auch 142.300 Dollar „für ein Auto“ ein. Absender war in diesem Fall die Novatus Holding, als deren Hauptaktionär der Kasache Kenes Rakishev fungierte.

Weitere bemerkenswerte finanzielle Transaktionen waren Überweisungen von 100.000 Dollar an Owasco und fünf Millionen Dollar an die von Hunter Bi-

den mitbegründete Investmentfirma Hudson West III seitens des chinesischen Unternehmens CEFC Infrastructure Investment.

Wie es weitergeht

Dann wäre da noch das Kreditkartenkonto, das der chinesische Geschäftsmann Ye Jianming 2017 mit 99.000 Dollar auffüllte und das nachfolgend von Hunter, James und Sara Biden für extravagante private Ausgaben genutzt wurde.

Insgesamt sollen laut den Erkenntnissen von Comers Komitee fast 20 Millionen US-Dollar aus ausländischen Quellen unter verdächtigen Umständen an den Biden-Clan geflossen sein. Dabei sind viele Republikaner im Kongress davon überzeugt, dass der ominöse „big guy“ (große Typ), der gemäß der offengelegten Korrespondenz von Hunter Biden stets auch seinen Anteil erhalten sollte, Joe Biden war.

Obwohl die Verdachtsmomente gegen den „Führer der freien Welt“ also durch-

aus real sind, erklärte der Sprecher des Weißen Hauses und Sonderassistent des Präsidenten, Ian Sams, zutiefst empört, es gebe „keine Beweise für ein Fehlverhalten“ von Biden, und deshalb sei die Amtsenthebungsuntersuchung „die schlimmste Manifestation extremistischer Politik“.

Sollte die Untersuchungskommission in der Lage sein, das Repräsentantenhaus, in dem die Republikaner eine knappe Mehrheit besitzen, von der Stichhaltigkeit der Anschuldigungen gegen Biden zu überzeugen, wäre der nächste Schritt die Einleitung eines formellen Amtsenthebungsverfahrens durch den Senat. Allerdings könnte Biden sein Amt nur verlieren, wenn zwei Drittel aller Abgeordneten in dieser Kongress-Kammer dafür stimmen. Das ist bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen dort aber extrem unwahrscheinlich. Zumal viele demokratische Senatoren es nicht gern sehen würden, wenn die umstrittene Vizepräsidentin Kamala Harris bis zur Wahl 2024 als Nachfolger Bidens im Weißen Haus säße.



Gute Miene zum bösen Spiel: Der Sprecher des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy mit dem Präsidenten Joe Biden (v.l.)

FOTO: US-BUNDESREGIERUNG

VIERTE GEWALT

Wie die Medien für Biden trommeln

Die meisten wichtigen US-amerikanischen Medien berichten positiv über Joe Biden. Ein Grund ist die ideologische Ausrichtung der Verantwortlichen. Doch offenbar gibt es auch noch andere Gründe für eine Biden-freundliche Propaganda. Wie die „New York Post“ enthüllte, haben die Open Society Foundations des Milliardärs und angeblichen „Philanthropen“ George Soros allein 2020 und 2021 5,5 Millionen US-Dollar an die linksradikale Accelerate Action Inc. gezahlt, damit diese unter der Jugend Amerikas Stimmung zugunsten von Biden macht und die Akzeptanz des politischen Programms des Präsidenten erhöht. So flossen beispielsweise 300.000 Dollar über Accelerate Action an die Influencer-Gruppe „Gen-Z for Change“, die sich zuvor „Tik Tok for Biden“ genannt hatte.

Das alles scheint dem Weißen Haus aber nicht mehr auszureichen, seit das Repräsentantenhaus am 12. September eine formelle Amtsenthebungsuntersuchung gegen den Präsidenten initiierte. Denn kürzlich schickten die Anwälte der US-Regierung Musterschreiben an die Führungskräfte der Medienkonzerne im Lande, in denen sich unter anderem diese Passage findet: „Es ist an der Zeit, dass die Medien die Republikaner im Repräsentantenhaus genauer unter die Lupe nehmen, weil sie ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet haben, das auf Lügen beruht.“ Dies sollte „die Alarmglocken bei den Nachrichtenorganisationen läuten lassen“. Dazu fügte das Weiße Haus gleich noch ein 14 Seiten langes „Faktenblatt“ hinzu, das die gewünschte Art der Berichterstattung skizzierte.

Der Fernsehsender CNN machte das Schreiben publik, obwohl er Bidens Demokraten nahesteht, und löste damit heftige Diskussionen aus. Davon unberührt blieben allerdings die deutschen „Qualitätsmedien“. Sie verschweigen den Vorfall. Stattdessen vermeldete der „Spiegel“ nur, Biden bestreite alle Vorwürfe der Republikaner, die auch „keine Belege für wirkliches Fehlverhalten“ vorweisen könnten. W.K.

SICHERHEITSDIENSTE UND SOZIALE MEDIEN

Wer Biden bisher geschützt hat

Die Rolle von FBI, CIA und Internetkonzernen wie Facebook bei der Verhinderung von Ermittlungen

Spätestens seit dem Bekanntwerden des gemeinsamen Untersuchungsberichtes des Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs und des Senate Committee on Finance vom September 2020 (siehe oben) wären Ermittlungen gegen Joe Biden fällig gewesen, um zu klären, ob dessen politische Entscheidungen oder Handlungen als Vizepräsident durch die Zahlungen aus dem Ausland, die an mehrere Mitglieder seiner Familie gingen, beeinflusst worden waren. Dass diese nicht erfolgten, resultierte ganz offensichtlich auch aus Vertuschungsversuchen des Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA), des Federal Bureau of Investi-

gation (FBI) und einiger großer Technologiekonzerne.

So initiierte das Prepublication Classification Review Board (PCRB) der CIA eine gemeinsame Erklärung von 51 ehemaligen Mitarbeitern der US-Nachrichtendienste, die am 19. Oktober 2020 an die Presse ging und in der es wahrheitswidrig hieß, dass die in der „New York Post“ veröffentlichten Enthüllungen über die Geschäftspraktiken von Hunter Biden „alle klassischen Anzeichen einer russischen Desinformationsoperation“ aufwiesen.

Noch stärker engagierte sich das FBI, das sowohl als Bundespolizei als auch als Inlandsgeheimdienst der US-Regierung

fungiert. Die zentrale Sicherheitsbehörde der USA ignorierte geleakte Telefongespräche von Joe Biden mit dem damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, welche die Korruptionsvorwürfe gegen den Biden-Clan untermauern. Des Weiteren unterstützte es die erwähnte Lügenkampagne der ehemaligen Geheimdienstler. Dazu kommt das monatelange Verschweigen der Tatsache, dass im Zuge von Hausdurchsuchungen bei dem ehemaligen Vizepräsidenten Biden geheime Dokumente aus dessen Amtszeit gefunden worden waren. Das erfuhr die Öffentlichkeit erst nach den Zwischenwahlen von 2022, wohingegen das FBI im Falle von Donald Trump, der ebenfalls illegal

Die oberste Verantwortliche bei Facebook für das Löschen von Nachrichten und Sperren von Nutzern koordinierte einst für Vizepräsident Biden dessen Ukraine-Kontakte

Akten aus dem Weißen Haus mitgenommen hatte, sogleich die Medien einbezog.

Außerdem trat das FBI an die führenden Internetkonzerne der Vereinigten Staaten heran, um diese zu bewegen, die „Falschinformationen“ über Hunter Biden und dessen anrüchige Geschäfte zu zensieren. Damit rannte es zumeist offene Türen ein, was vor allem für Facebook galt. Und das kann auch kaum verwundern, denn die oberste Verantwortliche in dem IT-Konzern für das Löschen von Nachrichten und Sperren von Nutzern war 2020/21 mit Anna Makanju die frühere Sonderberaterin des Vizepräsidenten Biden für Europa und Eurasien, die unter anderem Bidens Kontakte mit der Ukraine koordinierte. W.K.

„Uns werden Mittel vorenthalten“

Die Fraktionen im Bundestag arbeiten an einer Neuregelung der staatlichen Zuschüsse für die parteinahen Stiftungen. Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung soll weiterhin vom staatlichen Geldregen ausgeschlossen bleiben. Das wirft Fragen auf

IM GESPRÄCH MIT ERIKA STEINBACH

Das Urteil war eindeutig. Am 22. Februar entschied das Bundesverfassungsgericht, dass der Deutsche Bundestag mit seiner bisherigen Praxis der Finanzierung der parteinahen Stiftungen „die Partei Alternative für Deutschland ... in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt hat, soweit dieses die Ausreichung von Globalzuschüssen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit für politische Stiftungen ermöglicht, ohne dass dem ein gesondertes Parlamentsgesetz zugrunde liegt.“ Zugleich beauftragte das Gericht den Gesetzgeber, eine rechtliche Basis zu schaffen, die dem Grundsatz der Chancengleichheit gerecht wird. Vor wenigen Tagen nun sickerten Informationen über einen ersten Entwurf für das geforderte Gesetz durch. Fragen zum Stand der Dinge an die Präsidentin der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, die mit ihrer Klage das Urteil vom Februar bewirkt hatte.

Frau Steinbach, in den letzten Tagen berichteten mehrere Medien über einen Entwurf der Regierungsparteien für das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gesetz zur Finanzierung der parteinahen Stiftungen. Den Medien liegt dieser Entwurf demnach vor. Ihnen auch?

Bislang liegt unserer Stiftung kein Gesetzentwurf vor. Der AfD-Bundestagsfraktion übrigens auch nicht. Unsere Kenntnisse beruhen ausschließlich auf Medienberichten. Es ist schon erstaunlich, dass sieben Monate nach Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts immer noch daran gearbeitet wird und dass zudem der Haushaltsplanentwurf für 2024 das Urteil vollständig ignoriert.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Finanzierung der parteinahen Stiftungen ausdrücklich festgehalten, dass keine Stiftung per se benachteiligt oder gar ausgeschlossen werden darf. Sehen Sie diese Vorgabe nach dem, was bislang über den Gesetzentwurf bekannt ist, als erfüllt an?

Nach all dem, was zu lesen war, muss man davon ausgehen, dass die langwierigen Bera-



Streitet für die Gleichberechtigung ihrer Desiderius-Erasmus-Stiftung: Erika Steinbach

Foto: pa

tungen innerhalb der Bundesregierung den einzigen Zweck verfolgen, die Desiderius-Erasmus-Stiftung von einer öffentlichen Förderung auszuschließen.

Wo genau sehen Sie die Ungleichbehandlung Ihrer Stiftung?

Ohne genauen Gesetzestext lässt sich das natürlich nicht spezifizieren. Erkennbar ist aber, dass die Journalisten, die im Besitz des Textes sind, davon ausgehen, dass unserer Stiftung die zustehenden Fördermittel vorenthalten werden sollen.

In den bislang zu dem Thema erschienenen Artikeln war zu lesen, dass namhafte Staatsrechtler – unter anderem die von der Regierung beauftragten Christoph Möllers und Christian Waldhoff – erhebliche Zweifel daran äußerten, die Erasmus-Stiftung einfach ausgrenzen zu können. Das müsste Sie doch eigentlich positiv stimmen, oder? Natürlich stärken diese Stimmen unsere Position zumindest moralisch. Da aber die Bundesregierung immer wieder Recht und Gesetz ignoriert, wird sie sich vermutlich durch kritische Stimmen von Staatsrechtlern kaum beeindruckt lassen. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herr Haldenwang, wird der Bundesregierung sicherlich hilfreich unter die Arme greifen. So wie er das inzwischen häufig unter Auslassung des Rechts getan hat.

Zu den in den Medienberichten genannten Kriterien, die möglicherweise zu einem Ausschluss von der staatlichen Finanzierung einer Parteistiftung führen könnten, gehören das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates und zur Völkerverständigung. Hat Ihre Stiftung mit diesen Punkten ein Problem?

Mit solchen Anforderungen haben wir keinerlei Probleme. Unentwegt kritisiere ich ja die Bundesregierung, die sich häufig nicht an Recht und Gesetz hält und unsere freiheitliche Demokratie damit schwer beschädigt.

Andere Förderungsempfänger müssen sich da eigentlich tatsächlich Sorge machen. Sowohl die politische Stiftung der GRÜNEN als auch der PDS/Linken haben Kontakte zu linksextremistischen Strömungen und unterstützen sie teils sogar finanziell. Das hat aber selbst die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht davon abgehalten, diesen Stiftungen die Fördermittel zuzugestehen.

Wie bewerten Sie es grundsätzlich, dass die Stiftung einer Partei, die derzeit in Umfragen die zweitstärkste politische Kraft im Lande ist und in einigen Bundesländern sogar an erster Stelle steht, von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden soll?

Nicht nur unsere Stiftung, sondern auch die uns nachstehende AfD wird demokratiefeindlich behandelt. Uns werden Mittel vorenthalten und der AfD-Bundestagsfraktion die elementarsten demokratischen Mitwirkungsrechte. Würden Polen oder Ungarn so mit ihren oppositionellen Kräften umgehen, so würde das in Deutschland mit gutem Grund zum Skandal gemacht.

Sind Sie eigentlich von den bisher in der Sache berichtenden Medien zum Stand der Dinge befragt worden?

Bislang haben sich ausschließlich die „Junge Freiheit“ und die „taz“ mit Fragen an mich gewandt.

Haben Sie Kontakte zu den bestehenden parteinahen Stiftungen, die ja quasi Ihre Kollegen sind?

Die anderen Stiftungen lehnten von Anfang an einen Kontakt mit uns ab. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Wie werden Sie in dieser Sache weiter vorgehen?

Unsere Stiftung wartet zunächst den exakten Gesetzestext ab. Sodann verfolgen wir die Beratungen und die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages. Sollte das Ergebnis so sein, dass wir wiederum von der Förderung ausgeschlossen sind, führt kein Weg an einer Klage vorbei.

Falls Sie jedoch erfolgreich sein sollten, winken der Erasmus-Stiftung – wie den Stiftungen der anderen Parteien auch – alljährlich Millionen Euro. Was planen Sie, mit dem vielen Geld zu unternehmen?

Zunächst würde sich die Fördersumme auf etwa 14 Millionen Euro belaufen und dann stetig steigen. Abhängig von den Wahlergebnissen der AfD.

Als einzige konservative politische Stiftung und Bildungseinrichtung Deutschlands wollen wir die geistigen Grundlagen für eine politische, demokratische Erneuerung unseres Landes legen. Wir wollen die kulturelle Identität unseres Landes nicht nur bewahren, sondern zurückgewinnen. Als politische Stiftung, die wachsam registriert, wie sich unser Staat und unsere Gesellschaft entwickeln, sehen wir mit Sorge eine subkutane Abnahme demokratischer Freiheiten und eine schleichende Erodierung unseres Rechtsstaats. Dem wollen wir durch bundesweite Seminare entgegenwirken.

Die Fragen stellte René Nehring.

● **Erika Steinbach** war von 1990 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1998 bis 2014 Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV). Am 15. Januar 2017 trat sie aus der CDU und der Unions-Fraktion aus. Im März 2018 wurde Steinbach Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, die 2017 von AfD-Mitgliedern gegründet worden war und 2018 als parteinahe Stiftung anerkannt wurde. Im Februar 2022 trat sie der AfD bei.

www.erasmus-stiftung.de

ANZEIGE

4 Wochen gratis lesen
Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

● MELDUNGEN

Zu wenig Abschiebungen

Berlin – In Deutschland gibt es zurzeit 782 Abschiebehaftplätze. Diesen stehen 279.098 Personen gegenüber, die ausreisepflichtig sind und sofort abgeschoben werden könnten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner hervor. Der kritisierte das mangelnde Engagement der Behörden, das einer „Farce“ gleichkomme und die Sozialsysteme unnötig belaste. Allerdings erfolgen etliche Abschiebungen ohne vorherige Inhaftierung, wobei die Zahlen aber relativ niedrig ausfallen: So wurden in der ersten Jahreshälfte 2023 insgesamt 7895 Personen außer Landes geschafft, wobei im Januar nur 979 Abschiebungen stattfanden, während im Mai/Juni jeweils mehr als 1500 Personen ausreisen mussten. Zugleich registrierte die Bundespolizei 45.338 illegale Grenzübertritte im Zeitraum von Anfang Januar bis Ende Juni dieses Jahres. W.K.

Gesetzwidrige Speicherung

Leipzig – Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung in der Bundesrepublik als europarechtswidrig eingestuft. Damit darf die diesbezügliche gesetzliche Regelung nicht mehr angewandt werden. Damit reagierte das Gericht auf eine Klage der beiden Internetzugangsanbieter Deutsche Telekom und Spacenet sowie die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 20. September 2022. Letzterer zufolge dürfen die Kommunikationsdaten der EU-Bürger nur bei einer ernststen Bedrohung der nationalen Sicherheit oder zum Zwecke der Bekämpfung von Schwerekriminalität gespeichert werden. Deswegen – so das Leipziger Gericht – verstoße der Paragraph 175 des bundesdeutschen Telekommunikationsgesetzes gegen unionsrechtliche Vorgaben, „weil keine objektiven Kriterien bestimmt werden, die einen Zusammenhang zwischen den zu speichernden Daten und dem verfolgten Ziel herstellen“. W.K.

Mehr illegale Einreisen

Berlin – Im August 2023 sind 14.960 Personen illegal nach Deutschland eingereist. Davon kamen 14.309 über die Landgrenzen oder wurden im Landesinnern aufgegriffen. Die meisten Grenzübertritte, nämlich 9881, registrierte die Bundespolizei an den Grenzen zu Polen, Tschechien und Österreich. Über See oder auf dem Luftweg gelangten hingegen nur 63 beziehungsweise 588 Immigranten ohne entsprechende Einreiseerlaubnis in die Bundesrepublik. Im Vergleich zum August 2019 stellen die 14.960 illegalen Einreisen eine Steigerung um 342 Prozent dar. Wobei die Zahl der Grenzübertritte aus Polen in den letzten vier Jahren von 162 auf 3964 hochschnellte – somit betrug der Zuwachs hier über zweitausend Prozent. Noch größer fiel das Plus bei den illegalen Immigranten aus, die nicht schon im Grenzgebiet gestellt werden konnten: Während es sich 2019 noch um 60 Personen handelte, zählte man jetzt 2395. Das ergibt einen drastischen Anstieg. W.K.



Nach Ausschreitungen in Stuttgart: Polizisten kreisen eine Gruppe Eritreer ein

Foto: pa

„ERITREA-SEMINARE“

Krieg auf deutschen Straßen

Außer Kontrolle – Verfeindete Afrikaner schlugen alles kurz und klein

VON PETER ENTINGER

An markigen Worten mangelte es nicht, als in der baden-württembergischen Hauptstadt Stuttgart eine erste Bilanz gezogen wurde. „Härteste Maßnahmen“ wurden gefordert, und Politiker aller Couleur schlossen sich der Bundesinnenministerin Nancy Faeser an, die analysierte, dass ausländische Konflikte nicht in Deutschland ausgetragen werden dürften. Hintergrund waren handfeste Auseinandersetzungen am Rande einer Veranstaltung regierungsnaher eritreischer Vereine in Stuttgart.

Dort versammelten sich 80 bis 90 Menschen zu einem „Eritrea-Seminar“. Diese Veranstaltungen gibt es laut Polizeiangaben bereits seit rund 40 Jahren. Seminare und private Veranstaltungen von eingetragenen Vereinen sind nicht genehmigungspflichtig. Hierzulande werden die Veranstaltungen vom Zent-

ralrat der Eritreer in Deutschland durchgeführt oder von örtlichen Vereinen wie dem „Verband der eritreischen Vereine Stuttgart und Umgebung e.V.“

Gewalt auch in anderen Ländern

Zu Ausschreitungen kam es bereits im Frühsommer in der hessischen Stadt Gießen. Doch die Tumulte beschränken sich nicht ausschließlich auf den bundesdeutschen Raum. Es gab sie auch in der Schweiz, in Norwegen, in Israel oder in Kanada. Die eritreische Gesellschaft ist seit Jahrzehnten tief gespalten. Die Eritreer, die teilweise auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sind in den 1980er Jahren während des Unabhängigkeitskriegs von Äthiopien geflüchtet. Darunter viele Anhänger der damaligen Befreiungsfront, die seit 1991 die Regierung stellt.

Ausländische Beobachter attestierten der Regierung des ostafrikanischen Staates eindeutig autoritäre Strukturen. In

den vergangenen Jahren ist es so zu einer weiteren Fluchtwelle gekommen, diesmal von Regime-Gegnern, die in Deutschland und in anderen westlichen Ländern um Asyl baten. Aus diesem Kreis stammen nun die Gegendemonstranten, die in Stuttgart und in Gießen sprichwörtlich alles kurz und klein schlugen. „Eritrea ist eine der schlimmsten Diktaturen der Welt, und deshalb ist es eben befremdlich, dass Deutsche eritreischer Abstammung diese Diktatur feiern“, erklärte Nicole Hirt vom GIGA Institut für Afrika-Studien, die selbst mehrere Jahre in dem Land gelebt hat, gegenüber dem Deutschlandfunk und fügte hinzu: „Es ist eine Hölle auf Erden.“ Für die sogenannten Eritrea-Seminare hat die Expertin wenig Verständnis, spricht von Propaganda-Shows der Regierung. In Gießen seien sogar Offizielle des Regimes aufgetreten.

Nach dem Fiasko von Stuttgart brannte die Diskussion darüber auf, ob man sol-

che Seminare verbieten könne. Bei den gewalttätigen Protesten wurden insgesamt 27 Polizeibeamte verletzt, sieben von ihnen waren vorläufig dienstunfähig. Der Veranstalter Johannes Russom wusch seine Hände in Unschuld. Gewalt dürfe nicht das Sagen haben, der Schutz der Veranstaltung sei Aufgabe des Staates. Und: Selbstverständlich werde man weitere Seminare durchführen. Russom ist in der Vergangenheit als Sprecher des „Zentralrats der Eritreer in Deutschland“ aufgetreten, der nach eigenen Angaben aus vier Säulen besteht: Eine Säule sei die „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ (PFDJ), die einzige legale Partei des Landes, eine zweite Säule ist der Jugendver-

„Eritrea ist eine der schlimmsten Diktaturen der Welt, und deshalb ist es eben befremdlich, dass Deutsche eritreischer Abstammung diese Diktatur feiern.“

Nicole Hirt
Institut für Afrika-Studien

band der Partei. Die regierungstreuen Auslands-Eritreer zahlen eine sogenannte Diaspora-Steuer in Höhe von zwei Prozent ihres Einkommens. Damit fließt viel Geld in den 3,8-Millionen-Einwohner-Staat. In Deutschland leben derzeit rund 90.000 Menschen aus dem ostafrikanischen Land.

Gewalttäter sind Asylsucher

Es scheint, als sei der deutsche Staat wieder einmal machtlos sei. Die wütenden Forderungen nach Verboten, Schnell-Verfahren oder gar Abschiebungen dürften wirkungslos verpuffen. Denn Veranstalter wie Russom besitzen in den meisten Fällen die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Gegendemonstranten sind in aller Regel anerkannte Asylsuchende. „Wenn Politiker in Baden-Württemberg fordern, Gewalttäter sofort auszuweisen, dann sollten sie bedenken, wohin sie die Menschen abschieben wollen. Zurück in einen Terrorstaat“, so der Stuttgarter Linken-Stadtrat Luigi Pantisano. Für eine Abschiebung dürfte es schlicht und ergreifend keine rechtliche Handhabe geben.

MIGRATION

Asylpolitik spaltet die Ampelkoalition

Vor neuer „Flüchtlingswelle“: Akzeptanz in der Bevölkerung weicht wachsender Verärgerung

In der vergangenen Woche erreichten die Umfrage-Werte für die Alternative für Deutschland (AfD) einen neuen Höchstwert. 23 Prozent würden die Rechtspartei wählen, und es ist eindeutig, dass das Thema Heizungsgesetz längst von der neuen Migrationskrise abgelöst ist.

Auf der italienischen Halbinsel Lampedusa kommen derzeit pro Tag 5000 Migranten an, und die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Fluchtwelle nach Italien stets Vorbote einer neuen, großen Welle Richtung Deutschland ist. Im laufenden Jahr haben in der Bundesrepublik bereits mehr als 200.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Hinzu kommen noch die ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die gesondert erfasst werden. Kommunen stöhnen ob der Überlastung, und die Politik reagiert wieder einmal hilflos.

Der sich im Wahlkampf befindende bayerische Ministerpräsident Markus Sö-

der (CSU) fordert eine „Wende in der Migrationspolitik“ und spricht von einer „Integrationsgrenze“. Das war schon 2016 so, als sich gefühlt halb Syrien auf den Weg nach Europa machte. Doch geschehen ist seitdem wenig bis nichts. 2017 hatten sich die Unions-Parteien in der Diskussion über eine Obergrenze fast entzweit. Am Ende einigte man sich auf einen unverbindlichen Richtwert von 200.000 pro Jahr.

Obergrenze ist längst erreicht

Ein Blick in die Realität des Jahres 2023 zeigt, dass dieses Vorhaben längst überholt wurde. Zudem widerspricht die Forderung nach einer Obergrenze der geltenden Asylgesetzgebung. Die Möglichkeit, einen entsprechenden Antrag zu stellen, ist ein individuelles Recht, das der Nummer eins genauso zusteht wie Migrant 200.001.

Die regierende Ampelkoalition, die sich schon vor dem letzten EU-Migrationsgipfel nur mühsam auf einen gemeinsamen Nenner einigen konnte, ist abermals gespalten. Die FDP fordert, die Maghrebstaaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer zu klassifizieren.

Die Grünen sprechen sich dagegen aus, verweisen auf Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern. Es ist ohnehin eher ein stumpfes Schwert. Denn trotz abgelehnter Asylanträge können die Behörden kaum in solche Länder abschieben. Dafür müssten die jeweiligen Regierungen mitspielen. Die tun das, wenn überhaupt nur, wenn im Gegenzug der Rubel rollt. Zur bitteren Wahrheit gehört aber auch, dass die meisten Menschen, die nach Deutschland einreisen und einen Asylantrag stellen, aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, dem Irak und dem Iran kommen.

Die Bundesregierung hat mit dem FDP-Mann Joachim Stamp einen Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen installiert, der internationale Verhandlungen führen soll. Bisher mit wenig Erfolg. 30 Prozent aller Asylanträge, die 2023 innerhalb der EU gestellt wurden, entfielen auf Deutschland, ein Land, das über keine EU-Außengrenze verfügt. Stamp hat sich wiederholt für stärkere Kontrollen an den Grenzen ausgesprochen.

Doch gerade Länder wie Italien winken die Migranten gerne Richtung Deutschland durch. Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni hat mit der tunesischen Regierung ein Abkommen geschlossen, das die Asylsucherzahlen begrenzen soll. Doch derzeit explodieren sie förmlich. Experten sprechen von einer Torschlusspanik, die viele Menschen zur Ausreise treibt, weil das Abkommen noch nicht in Kraft ist. P.E.

KENIA-KOALITION

Die Genossen gehen auf Distanz

Streit um Heizungsgesetz und illegale Zuwanderung – CDU droht mit Blockade im Bundesrat

VON HERMANN MÜLLER

Zahlenmäßig ist das Land Brandenburg mit Klara Geywitz (SPD) und den beiden Potsdam-Zuzüglern Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Grüne) eigentlich gut im Bundeskabinett vertreten. Mit Scholz und Dietmar Woidke stehen bei der Ampel-Bundesregierung und der Brandenburger Landesregierung zu dem auch jeweils Sozialdemokraten an der Spitze.

Trotz dieser günstigen Voraussetzungen scheint das Verhältnis zwischen der Ampelregierung in Berlin und der rot-schwarz-grünen Landesregierung in Potsdam derzeit stark unterkühlt zu sein.

Im Fall des Heizungsgesetzes, ausgearbeitet von Klimaschutzminister Robert Habeck und Bauministerin Klara Geywitz, ist Brandenburgs Ministerpräsident Woidke sogar ungewöhnlich deutlich auf Distanz zu dem vom Parteigenossen Scholz geführten Bundeskabinett gegangen. Das Gesetz war mit der Mehrheit der Ampelkoalition am 8. September in namentlicher Abstimmung im Bundestag beschlossen worden.

Alle zehn Brandenburger Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, darunter Scholz, haben für die Neufassung des umstrittenen Gebäudeenergiegesetzes gestimmt. Dessen ungeachtet brachte Woidke einige Tage später ganz massive Kritik an Gesetz vor. Woidke sagte: „Was mir am meisten Sorge macht (...), dass es keine soziale Balance gibt.“

SPD spricht von Ungerechtigkeit

Das von SPD, Grünen und FDP beschlossene Gesetz sieht unter anderem vor, dass Vermieter beim Einbau einer Wärmepumpe die Kosten mit 50 Cent pro Quadratmeter auf die Mieter umlegen dürfen. Bei einer Wohnung mit 70 Quadratmetern seien das 35 Euro im Monat und 420 Euro im Jahr. „Ich halte das für sozial ungerecht“, so Woidke. Verbesserungsbedarf meldete der Ministerpräsident und SPD-Chef Brandenburgs auch bei den Kriterien für die Förderung neuer Heizungen an. Obendrein erklärte Woidke, dass die Frage rechtlicher Schritte gegen das Gesetzesvorhaben geprüft werde.

Minister Guido Beermann (CDU) kündigte inzwischen als Vertreter der



Streitpunkt stationäre Grenzkontrollen: Polizeibeamte in der Grenzregion zu Polen

Foto: pa

Landesregierung im Landtag zudem an, Brandenburg wolle im Bundesrat einen Beitrag leisten, damit das vom Bundestag beschlossene Gesetz so nicht in das Bundesgesetzblatt kommt. Berlins Landesregierung hatte bereits im Juli angekündigt, dem Heizungsgesetz der Bundesregierung im Bundesrat nicht zustimmen zu wollen.

Ob Berlin und Brandenburg über den Bundesrat das Habeck-Gesetz noch aufhalten können, ist fraglich. Bei dem Gebäudeenergiegesetz handelt es sich nicht um ein sogenanntes Zustimmungsgesetz, bei dem die Bundesländer im Bundesrat zwingend zustimmen müssen. Stattdessen ist es ein sogenanntes Einspruchsgesetz, bei dem der Bundesrat lediglich die Einberufung eines Vermittlungsausschusses verlangen kann. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer gilt selbst diese Option unter Beobachtern als unrealistisch.

Dies würde letztendlich einen Erfolg für den kleinsten Koalitionspartner in der Brandenburger Kenia-Koalition, die Grü-

nen, darstellen. Im Kontrast zu den kritischen Tönen aus SPD und CDU zu dem Habeck-Gesetz, hatte sich der Grünen-Fraktionsvorsitzende Benjamin Raschke schon vor der Sommerpause überzeugt gezeigt: „Das Gebäudeenergiegesetz ist aus unserer Sicht ein Meilenstein.“

Uneinigkeit spaltet die Koalition

Ähnlich gespalten ist die Koalition aus SPD und CDU auf der einen und den Grünen auf der anderen Seite in der Frage der illegalen Zuwanderung. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) und auch SPD-Ministerpräsident Woidke fordern bereits seit Monaten im Kampf gegen Schleuserkriminalität die Einführung stationärer Kontrollen an der östlichen Landesgrenze.

Führende Grünen-Politiker aus Brandenburg und dem Bund lehnen diese Forderung dagegen ab. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat bislang die Einführung stationärer Kontrollen an der Grenze zu Polen als „ultima ratio“ bezeichnet, aber solche bisher abgelehnt.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte am 22. September allerdings, aktuell werde die Einführung von stationären Kontrollen geprüft. Dies soll laut Medienberichten nicht nur die Grenze zu Tschechien betreffen, sondern auch die zu Polen. In der „Welt am Sonntag“ begründete Faeser ihre Kehrtwende in Sachen Grenzkontrollen mit dem Argument, es gehe ihr darum, „pragmatisch“ zu handeln: „Solche zusätzlichen Kontrollen müssen mit der Überwachung des gesamten Grenzgebiets durch die Schleierfahndung gut zusammengreifen.“

Der innenpolitische Sprecher der CDU im Bundestag, Alexander Throm, sprach dagegen von einer „Nebelkerze“, die Faeser im Zusammenhang mit dem hessischen Landtagswahlkampf zünde. Sie tritt dort als Spitzenkandidatin der SPD an. Der Unionspolitiker forderte die Innenministerin auf, „unverzüglich Klarheit über ihre Position“ zu schaffen: „Kommen jetzt europäisch notifizierte Grenzkontrollen entlang der Grenzen zu Polen und Tschechien oder nicht?“

STROMAUSFALL

Energietropole stundenlang ohne Versorgung

Straßenbahnen blieben stehen, der Mobilfunk fiel aus, Menschen blieben in Aufzügen stecken

Umgeben von Kraftwerksblöcken und vielen Windparks in der Region mussten die Einwohner von Cottbus vor Kurzem die Erfahrung machen, wie schnell unglückliche Umstände zu einem Ausfall der Stromversorgung führen können. Große Teile der zweitgrößten Stadt Brandenburgs waren am 19. September von einem mehrstündigen und großflächigen Stromausfall betroffen. Gleich in mehreren Stadtteilen der Lausitzmetropole waren insgesamt bis zu 29.000 Haushalte zeitweise ohne Strom. Auch Ampeln und der Straßenbahnverkehr fielen aus. Cottbusser berichteten zudem auch, dass der Mobilfunk entweder gar nicht oder nur noch extrem eingeschränkt verfügbar war.

Nach Angaben der Stadtwerke Cottbus war an dem Dienstag kurz nach 12 Uhr der Strom ausgefallen. Erst bis 15 Uhr konnte der Energieversorger schrittweise

die Versorgung der Stromkunden wieder aufbauen.

Die Ursache für den Ausfall war zunächst unklar. Dies führte dazu, dass in den Sozialen Medien alsbald spekuliert wurde, der Stromausfall sei auf eine neuerliche Aktion von „Klimaschützern“ im Kraftwerk Jänschwalde, einen Cyberangriff oder sogar auf einen Terroranschlag zurückzuführen.

Gestörtes Schaltgerät als Ursache

Nach einer Überprüfung von Trafostationen und rund 900 Kilometern Stromleitungen nannten die Stadtwerke Cottbus schließlich ein gestörtes Schaltgerät in einem Umspannwerk als Ursache des Stromausfalls. Der Geschäftsführer der Elektroenergieversorgung Cottbus (EVC), Sven Wenske, erklärte gegenüber dem Sender rbb, dass bei dem Stromaus-

fall mehrere Umstände eine Rolle gespielt hätten: „Es war in diesem Fall so, dass einer von zwei Trafos in einem Umspannwerk in Wartung war. In dem Moment des Umschaltens, also Zurückschaltens in den Normalzustand, gab es einen Fehler, der auf dieses Schaltgerät zurückzuführen ist.“ Laut dem EVC-Geschäftsführer existieren insgesamt etwa 250 Trafos in den verschiedenen Teilnetzen im Stadtgebiet. Zudem ist das Cottbusser Stromnetz nach Angaben des Versorgungsunternehmens „nicht vollständig digital abgebildet“. Dementsprechend lang hat die Fehlersuche gedauert, so der EVC-Chef.

Obwohl der Stromausfall nur einige Stunden dauerte, hatte er für die Stadt zum Teil gravierende Folgen. Beim Cottbusser Freizeitbad „Lagune“ fielen mehrere Stuelemente für die Gebäudeleittechnik aus. Bis in dem Sport- und Frei-

zeitbad wieder der reguläre Betrieb anlaufen konnte, vergingen Tage. Das Freizeitbad blieb zunächst komplett geschlossen. Teilbereiche des Bades, etwa den Whirlpool im Außenbereich, konnten Besucher auch am Wochenende nach dem Stromausfall nicht nutzen. „Hier müssen defekt gegangene Frequenzrichter ersetzt werden, da diese nicht repariert werden konnten“, so der Lagune-Chef.

Das Cottbusser Carl-Thiem-Klinikum mit seinen 1200 Betten war am 19. September nicht vom Stromausfall betroffen. Nach Angaben der Stadt mussten allerdings zwei Patienten, die auf eine häusliche Stromversorgung angewiesen waren, unterstützt werden. Zudem war die Cottbusser Feuerwehr in fünf Fällen im Einsatz, um Menschen aus Aufzügen zu befreien, die durch den Stromausfall stecken geblieben waren. H.M.

KOLUMNE

Wohnungsnot

VON VERA LENGSELD

Sie herrscht überall in Deutschland, aber besonders in Berlin. Wohnungsneubau wurde immer wieder von Politikern, die gewählt werden wollten, versprochen, aber nie realisiert. Wobei man den Politikern zugutehalten muss, dass Neubau in den letzten Jahren immer teurer, zuletzt fast unbezahlbar gemacht wurde wegen der vielen Auflagen zugunsten des „Klimaschutzes“. Nun hat die Bundesregierung die Notbremse in Form eines 14-Punkte-Planes gezogen und einige dieser Auflagen entsorgt. Unter anderem sollen die EU-Dämmvorschriften nicht gelten, weil sie dank Wirtschaftsminister Habeck vom Heizungsgesetz überflüssig gemacht worden sein sollen.

Auch der Berliner Senat hat sich die Bauordnung vorgenommen. Für baugleiche Gebäude soll künftig nicht mehr jedes Mal eine Genehmigung eingeholt werden müssen, Doppelvorschriften sollen entfallen. Dafür ist eine Pflicht zur Dachbegrünung vorgesehen, was die an anderem Ort verminderten Baukosten wieder in die Höhe treiben dürfte. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen dürfen ihre Mieten um 2,9 Prozent anheben, um Geld für Neubauten zu bekommen. Das Berliner Wohnungsproblem wird so nicht gelöst werden.

War da noch etwas? Ja, eine erfolgreiche Volksinitiative, die eine Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne forderte. Passiert ist seitdem nichts, was diese Vergesellschaftung möglich gemacht hätte, obwohl sie laut Experten mit dem Grundgesetzartikel 15 vereinbar sein soll. CDU und SPD haben lediglich ein „Vergesellschaftungsrahmengesetz“ angekündigt, von dem unklar ist, wann es kommt und was es regelt. Der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ geht das zu langsam und startete deshalb ein neues Volksbegehren mit einem eigenen Enteignungsgesetz. Sie wird wohl Erfolg haben. Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf

MELDUNG

Finanzämter im Chaos

Berlin – Mehr als 400 Vollzeitstellen bei den Berliner Finanzämtern sind nicht besetzt. Der Abgeordnete der Links-Partei, Sebastian Schlüsselburg, will deshalb eine Abwerbekampagne bei Steuerbüros zugunsten der Ämter durchführen. Dazu müssten aber die Gehälter der öffentlich Bediensteten so weit angehoben werden, dass sie über denen der privaten Steuerbüros liegen, um attraktiv zu sein. Plakate der Werbekampagne zur Nachwuchsgewinnung für Berliner Finanzämter zeigen eine weibliche Mitarbeiterin mit einem islamischen Kopftuch. Finanzsenator Stefan Evers (CDU) klagt: „Wir stellen fest, dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber deutlich zurückgegangen ist.“ Die Krise werde sich noch verschärfen, da bis Ende 2023 ein Viertel der Verwaltungsbeschäftigten in Rente gehen wird. Doch damit ist der Höhepunkt noch nicht erreicht. Der Personalrat schätzt, dass ein Drittel der Beschäftigten bis 2025 aus dem Arbeitsleben ausscheiden wird. Frank Bücker

● MELDUNGEN

CIA entlastete Wuhan-Labor

Langley – Ein hochrangiger Mitarbeiter des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) hat in Befragungen durch den Sonderausschuss für die Coronavirus-Pandemie sowie den Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten ausgesagt, dass die CIA sechs Mitgliedern einer Arbeitsgruppe zur Erforschung der Herkunft des Coronavirus „erhebliche finanzielle Anreize bot“, damit diese eine natürliche Herkunft des Erregers behaupteten. Zuvor waren die Experten zu der Ansicht gelangt, SARS-CoV-2 stamme aus dem Labor des Institutes für Virologie in Wuhan – eine Meinung, die auch die Bundespolizei FBI und der ehemalige Direktor der Nationalen Nachrichtendienste, John Ratcliffe, vertraten. Warum die CIA so viel Wert darauf legte, die chinesische Seite zu entlasten, teilte der Whistleblower nicht mit, aber vermutlich werden die US-Parlamentarier diesbezüglich nachforschen. W.K.

US-Regierung will Namen

Washington – Der US-Internetkonzern Meta Platforms wurde von der Biden-Regierung aufgefordert, „Dokumente zu übergeben, die es ermöglichen, alle Facebook-Gruppen, -Seiten und -Konten zu identifizieren, die gegen die COVID-19-Fehlinformationsrichtlinie von Facebook in Bezug auf Inhalte über Impfstoffe verstoßen haben.“ Daraufhin reichte das Unternehmen Klage ein, weil unter den rund 100 Millionen entsprechenden Beiträgen, die von Facebook wegen „Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen“ zensiert wurden, zahlreiche Wortmeldungen waren, die sich im Nachhinein als wahrheits- und somit auch verfassungsgemäß erwiesen. Das Berufungsgericht des District of Columbia entschied allerdings, dass Meta der Forderung nachkommen müsse, denn die Verfasser der Beiträge hätten ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ja bereits ausgeübt. Außerdem wurde der Regierung ein „angemessen relevantes“ Interesse an den Daten zugebilligt. W.K.

Musk klagt gegen Zensur

San Francisco – Der Konzern X, der früher „Twitter“ hieß und sich seit Oktober 2022 im Besitz des südafrikanisch-kanadisch-US-amerikanischen Milliardärs Elon Musk befindet, klagt gegen das neue kalifornische „Hassrede“-Gesetz. Dieses soll dem Zweck dienen, Unternehmer unter „Druck zu setzen, bessere Bürger zu werden, indem sie mehr tun, um Hassreden und Desinformation zu beseitigen“. Denn es bestehe ein „erhebliches Staatsinteresse“ an der „Bekämpfung gefährlich spaltender Inhalte“. Musk hingegen sieht in dem Gesetz den Versuch der demokratischen Führung des Bundesstaates, Anbieter wie X dazu zu zwingen, „verfassungsrechtlich geschützte Äußerungen zu entfernen, weil der Staat sie für unerwünscht oder schädlich hält“. Angesichts anderer aktueller Urteile von US-Gerichten, in denen der Meinungsfreiheit wenig Beachtung geschenkt wurde, ist der Ausgang des Verfahrens komplett offen. W.K.

POLEN

PiS-Mitglieder schleusen Migranten

Erst auf Druck anderer EU-Staaten: Ermittlungen gegen Mitarbeiter des Außenministeriums

VON BODO BOST

In Polen wurde im Außenministerium ein Mafia-Netz ausgehoben, das 350.000 illegale Arbeitsvisa in Afrika und Asien zum Kopfpfeis von 5000 Euro verkauft haben soll. Mitglieder des Netzes sollen PiS-Mitglieder gewesen sein. Endpunkt der Schleusungen war fast immer Deutschland.

In den letzten Monaten ist neben dem Migrantenstrom über die Südroute und Lampedusa auch der über die Ostroute und Polen immer mehr angestiegen. Immer mehr „Syrier“ oder Afghanen kamen seit Jahresbeginn über die polnische Grenze in die Bundesrepublik. Allein in der ersten Hälfte des Jahres wurden von der Bundespolizei bei den unzureichenden Stichproben im Hinterland rund 12.000 illegal

über die polnische Grenze eingereiste Migranten aufgehalten. Die Zahl der tatsächlichen illegalen Einreisen über die polnische Grenze dürfte jedoch mindestens vier bis fünfmal höher liegen. Polen erklärte diesen Anstieg mit der hybriden Politik der Präsidenten Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, die beide Migranten als Mittel der Kriegführung gegen die Ukraine und den Westen einsetzten. Aber auch das war bereits ein Armutseingeständnis, denn angeblich sichert die Republik Polen seine Ostgrenze zu Weißrussland und seine Nordgrenze in Ostpreußen zur Russischen Föderation, mit den besten Sicherheitsanlagen, die „Migranten-dicht“ seien.

Über die Ostroute nach Deutschland

Jetzt wurde jedoch in oppositionellen Medien gemeldet, dass es im polnischen

Außenministerium ein korruptes Netzwerk gibt, über die eine Art Mafia in Polens Konsulaten in Afrika und Asien, in Zusammenarbeit mit privaten Firmen, etwa einer in Dubai ansässigen Firma, Visa vergeben und Schleusungen nach Polen organisiert hatte. Mitglieder der regierenden PiS-Partei, die für ihre Null-Asyl-Politik bekannt ist, sollen in diese Praktiken verwickelt gewesen sein. Es gab bereits sechs Verhaftungen in diesen Kreisen. Polnische Konsulate sollen so 350.000 Arbeitsvisa in Afrika und Asien ausgestellt haben. Da die Partei PiS weite Teile der polnischen Medien und der Justiz beherrscht, zirkulieren in diesen Medien jedoch Zahlen von nur 350 solcher gekauften Visa, doch diese geringe Zahl würde den Anstieg der Migranten auf der Ostroute nicht erklären.

Da Polen mit 2,5 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU hat, erregen Arbeitsvisa keinen Verdacht bei den Geschleusten. Allerdings lohnt es sich für sie kaum, mit einem solchen 5000 Euro teuren Arbeitsvisum in Polen eine Arbeit aufzunehmen. Angesichts des polnischen Durchschnittslohn hätte sich das nicht gerechnet, da die Migranten für Wohnung und Sozialversicherung extra bezahlen müssen. Daher zieht es das Gros der so zu Visa gelangten Migranten in die Bundesrepublik, da bei den deutschen Sozialleistungen für Migranten alles inklusive ist. Dass sie ihre Pässe mit polnischen Visa zuvor vernichten müssen, wurde den Inhabern ausdrücklich beigebracht.

Erst auf Druck anderer EU-Länder nahm das Zentrale Antikorruptionsbüro (CBA) die Ermittlungen gegen diese Mitarbeiter des polnischen Außenministeriums auf. Wenn man bedenkt, dass die PiS-Regierung, bei Asylsuchern eine Null-Aufnahmepolitik betreibt, erscheint die Hilfestellung von Mitarbeitern des polnischen Außenministeriums bei der Schleusung Hunderttausender Migranten nach Deutschland wie ein Hohn.

Extrem antideutscher Wahlkampf

Neben einer Null-Asyl-Politik betreibt die Partei PiS auch einen extrem antideutschen Wahlkampf. Im polnischen Außenministerium und in den Konsulaten dürften auch PiS-treue Beamte sitzen, deren Hemmschwelle, Visa für potentielle Migrationskandidaten auszustellen, niedrig ist, da diese zu 90 Prozent nicht in Polen bleiben, sondern nach Deutschland weiterreisen werden.

Die deutsche Ampelregierung fördert immer noch trotz fehlender Kapazitäten eine liberale Aufnahmepolitik sowie ein neues, für Migranten äußerst vorteilhaftes Sozialregime und Staatsbürgerrecht. So ist damit zu rechnen, dass immer mehr Migration in die deutschen Sozialsysteme stattfindet. Deshalb müssen die korrupten Mitarbeiter des polnischen Außenministeriums nicht einmal ein schlechtes Gewissen haben, bei dem florierenden Geschäft mit den Arbeitsvisa mitzuwirken.



Polen hat angeblich den sichersten Schutz der EU-Außengrenze: Stacheldrahtzaun an der innerostpreußischen Grenze Foto: pa

ALBANIEN

Streit um die griechische Minderheit

31 Korruptionsfälle, aber nur ein griechischer Bürgermeisterkandidat sitzt in Haft

Noch ist der Streit um die Kommunalwahlen im Kosovo, die nach denen Serben boykottiert wurden nicht beendet – die neuen albanischen Bürgermeister wurden nur von ein bis drei Prozent der Bevölkerung gewählt – da gibt es auch schon den nächsten um die dort ansässige griechische Minderheit. In Albanien stellt diese alteingesessene Minderheit in einigen Gemeinden, zumeist im Süden an der griechischen Grenze, sogar die absolute Mehrheit der Bevölkerung, so wie die Serben in einigen Orten des Kosovo..

Im Kosovo hat die Staatsregierung von dem Wahlauftritt der serbischen Parteien zum Boykott der Kommunalwahlen profitiert, um auch in diesen letzten nicht albanisch dominierten Orten albanische Bürgermeister zu installieren. Serbien hat dagegen monatelang protestiert. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die auch die EU, die als Schutzmacht des Kosovo gilt, an den Rand ihrer Möglichkeiten brachte. Die EU fordert sofortige Neuwahlen in diesen serbischen Gemeinden, aber die Ko-

sovo-Regierung stellt sich quer. Aber weder Serbien noch der Kosovo ist ein EU-Mitglied. Anders dagegen im Streit um die griechische Minderheit in Südalbanien.

Korruptions-Anschuldigung nach Wahlsieg

Dort hatte in der mehrheitlich griechischen Gemeinde Himari der griechische Politiker Fredi Dionysos Beleri kandidiert, doch nur zwei Tage vor der Wahl im Mai wurde er wegen angeblicher Korruption von der albanischen Polizei verhaftet.

Der Vorwurf lautete Stimmenkauf. Nachdem er die Wahl am 14. Mai gewonnen hatte, konnte er bis heute nicht verurteilt werden, weil er inhaftiert ist. Sein Mandat ist am 15. September verfallen. Beleri sitzt immer noch in Untersuchungshaft, weil angeblich keine Termine beim zuständigen Gericht frei sind. Was ein Geschmäcke hat, ist vor allem die Tatsache, dass es bei den letzten Kommunalwahlen in Albanien 31 mut-

maßliche Fälle von Korruption gab, aber nur ein Beschuldigter, dazu in einer griechischen Gemeinde, wurde verhaftet und sitzt seit fast fünf Monaten in Untersuchungshaft, wie der griechische Abgeordnete Eyaggelos Syrigos feststellte, der Professor für Internationales Recht ist.

Die Verhaftung des griechischen Oppositionskandidaten Beleri hat zu Irritationen in den Beziehungen zwischen Tirana und Athen geführt, da er die Partei Union für Menschenrechte vertritt, welche die Rechte der griechischen Minderheit in Albanien schützt. Während die griechische Regierung daraufhin auf diplomatischem Wege nach Erklärungen suchte, erklärte der albanische Premierminister Edi Rama nach der Festnahme von Beleri in den sozialen Netzwerken, dass „die Unabhängigkeit der Justizorgane respektiert werden muss“, und rief dazu auf, „geduldig die Beweise und das Wort der Justiz abzuwarten und keine politischen Schlussfolgerungen zu ziehen“. Im Kosovo und in Albanien hofft man, dass die Zeit für die jeweilige Regie-

rung spielt und stellt sich stur.

Griechenland hat mittlerweile die EU eingeschaltet, aber nur die Europäische Volkspartei (EVP), der auch die griechische Regierungspartei „Neue Demokratie“ angehört, hat interveniert. Sie wirft Albanien in einer Resolution vor, die verfassungsmäßigen Grundrechte der griechischen Minderheit verletzt zu haben. Die Regierung in Athen und die Mitglieder der EVP haben wiederholt damit gedroht, Albanien Weg zum EU-Beitritt zu blockieren, wenn die Situation mit Beleri nicht bald rechtsstaatlich gelöst wird.

Griechenland protestiert, aber nur die EVP interveniert

Wie in der Türkei scheint es jetzt auch in dem bis zu den Balkankriegen zum Osmanischen Reich gehörenden Albanien gängige Praxis zu sein, gewählte Bürgermeister aufgrund erfundener Anschuldigungen zu verhaften. Die Anerkennung der Rechte von Minderheiten ist allerdings ein zentrales Kriterium für die Beitrittsreife eines EU-Kandidaten. Bob

VON PETER ENTINGER

Die schlechten Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft reißen nicht ab. Die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland in den kommenden drei Monaten sich erneut einer Rezession ausgesetzt sieht, ist in den letzten Wochen von einem bereits hohen Niveau aus noch leicht angestiegen. Das geht aus dem Konjunkturindikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung hervor.

Für den Zeitraum von September bis Ende November weist der Indikator eine Rezessionswahrscheinlichkeit von 74 Prozent aus. Anfang August betrug sie für die folgenden drei Monate 71,5 Prozent. Der nach dem Ampelsystem arbeitende Indikator zeigt wie in den Vormonaten „rot“, was eine akute Rezessionsgefahr markiert. „Der deutschen Konjunktur fehlt es weiter an Wachstumsimpulsen, aus fast allen Richtungen kommen nach wie vor Gegenwinde“, sagt IMK-Konjunkturfachexperte Peter Hohlfeld über die aktuellen Ergebnisse.

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer Krise. Nachdem sie zu Beginn des Jahres in eine Rezession gerutscht war, stagnierte sie im zweiten Quartal des Jahres. Ausgehend von gesunkenen Konsumausgaben der Verbraucher ist das Bruttoinlandsprodukt laut Angaben des Bundesamtes im ersten Quartal 2023 um 0,3 Prozent geschrumpft.

Zum Ende des Jahres 2022 war die Wirtschaftsleistung Preis-, Saison- und Kalenderbereinigt bereits um 0,5 Prozent gesunken. Im zweiten Quartal dieses Jahres stagnierte die Wirtschaft dann. Nun sind die neuesten Aussichten weiterhin ziemlich schlecht.

Wirtschaft steckt in tiefer Krise

Einer der Hauptgründe sind die gestiegenen Energiepreise. Doch auch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) spielt eine Rolle. „So notwendig sie ist, um die Inflation zu bekämpfen, hat sie eben starke Nebenwirkungen“, erklärt Wirtschaftsexperte Aloys Prinz von der Universität Münster. Durch die höheren Zinsen könne die Konjunktur gedämpft oder sogar zum Absturz gebracht werden.

Dass die Rezessionswahrscheinlichkeit bisher nicht zurückgeht, deutet nach Ansicht des IMK-Konjunkturindikators darauf hin, dass sich die erwartete konsumgestützte Erholung der Konjunktur verzögert und wahrscheinlich erst zum Jahresende beginnt.

Zwar hätten die Nominallohnzuwächse im zweiten Quartal erstmals seit über einem Jahr die Verbraucherpreisinflation ausgleichen können. Da die Inflation aber nur langsam zurückgehe, bleibe der Real-



Steht sinnbildlich für die gesamte Wirtschaft: Der Wohnungsbau in Deutschland stagniert

Foto: pa

WIRTSCHAFTSKLIMA I

Ökonomen sagen eine weitere Rezession voraus

Der Indikator des Instituts für Makroökonomie steht seit Monaten auf „Rot“ – Hohe Energiepreise, steigende Zinsen und Kaufzurückhaltung sind der Grund

lohnzuwachs verhalten und eine durchgreifende Erholung des privaten Verbrauchs komme bisher nicht in Gang. „Gleichzeitig leidet die Produktion in den energieintensiven Industrien unter anhaltend hohen Energiepreisen, woran sich ohne eine wirksame wirtschaftspolitische Initiative zur Stabilisierung nichts ändern wird“, sagt Konjunkturfachexperte Hohlfeld voraus.

Zudem könnte sich die Lage im Baugewerbe nach der weiteren Erhöhung des EZB-Leitzinses und zunehmender Finanzierungskosten der Bauträger weiter verschärfen. Die deutsche Exportwirtschaft sei mit einer lahmenden Auslandsnachfrage konfrontiert, insbesondere aus China und den USA. Unter diesen Umständen sei für die Produktion der Industrie insgesamt derzeit bestenfalls eine Stagna-

tion absehbar. Auch andere Institute kommen zu ähnlich wenig erfreulichen Ergebnissen. Im Juli sagte das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. (ifo-Institut) einen Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung für das Jahr 2023 voraus.

Die Stimmung ist schlecht

Die Stimmung in der Wirtschaft sei schlecht, der ifo-Geschäftsklima-Index sank im Juli das dritte Mal in Folge. „Wir haben eine Mischung aus kurzfristigen Problemen und längerfristigen Herausforderungen, die Deutschland in besonderer Weise treffen“, sagte ifo-Präsident Clemens Fuest und fügte hinzu: „Kurzfristig haben wir steigende Zinsen, wodurch weniger Geld für den Konsum oder für Kredite ausgegeben wird.“

Carsten Brzeski, Chefvolkswirt der ING-Bank, fordert im „Deutschlandfunk“ eine „Agenda 2030“, weil es so viele unterschiedliche Probleme in der Wirtschaft gebe, dass ein Konjunkturpaket allein nicht reichen werde. „Bei den vielen strukturellen Problemen braucht es unterschiedliche Maßnahmen, um in fünf oder zehn Jahren vielleicht wieder Wirtschaftsmotor Europas zu werden“. Generell sind alle Experten der Meinung, dass die Strompreise in Deutschland im internationalen Vergleich zu hoch sind. Dadurch seien die energieintensiven Industriezweige eingebrochen. „Unter diesen Umständen ist für die Produktion der Industrie insgesamt derzeit bestenfalls eine Stagnation absehbar“, ziehen die IMK-Forscher eine wenig erfreuliche Bilanz und blicken düster in die nahe Zukunft.

WIRTSCHAFTSKLIMA II

Gastronomie fürchtet Mehrwertsteuer-Erhöhung

Rückkehr zu 19 Prozent könnte das Gaststättensterben anheizen – Dehoga fordert Maßnahmen

Die Gastronomie galt während der Corona-Krise als eines der Sorgenkinder der deutschen Wirtschaft. Der verregnete Sommer hat die Aussichten noch einmal verschlechtert. Zudem wächst die Angst vor einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ab kommendem Jahr soll die Mehrwertsteuer auf Speisen in Restaurants wieder auf 19 Prozent steigen. Diese war während der Pandemie auf sieben Prozent gesenkt worden. Vor Corona zählte der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) 220.000 Mitgliedsbetriebe.

Heute sind es noch 186.000, so die Dehoga-Geschäftsführerin Ingrid Hartges. „Gerade die Gastronomie erfüllt ja noch andere Zwecke, als einfach nur Essen zu servieren. Unsere Betriebe sind so etwas wie das Wohnzimmer der Gesellschaft. Hier treffen sich Menschen. Während Co-

rona hat uns das so sehr gefehlt. Die Gäste waren glücklich, als wir wieder öffnen konnten. Wo Gaststätten sterben, stirbt ein Teil der Seele des Ortes.“ Und genau dieses Gaststätten-Sterben könnte in den kommenden Monaten noch zunehmen. Der Umsatz im deutschen Gastgewerbe hat sich im Sommer 2023 erneut schwächer entwickelt als im Vorjahr.

Schlechter Umsatz in diesem Jahr

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sanken im Juli die Zahlen real im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,1 Prozent. Im Vergleich zum Juli 2019, dem Vergleichsmonat vor Ausbruch der Corona-Pandemie, ging der Gastgewerbesatz real sogar um 9,8 Prozent zurück. Zwar sind die Preise für Übernachtungen, Essen und Getränke leicht gestie-

gen, aber das könne die gestiegenen Energiekosten nicht ausgleichen. Zudem stöhnt die Branche ob der Tatsache, dass es immer schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden. Während des Corona-Lockdowns sind viele Mitarbeiter in andere Bereiche abgewandert. Und nun kommt auch noch die Angst vor einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar hinzu.

Nach einer NDR-Umfrage planen rund zwei Drittel aller Befragten, seltener auswärts essen zu gehen, sollten die Preise durch die Steuererhöhung weiter steigen. Die ohnehin konjunkturbedingte Konsumzurückhaltung der Bevölkerung dürfte also weiter ansteigen. Diese Steuererhöhung müssten die Betriebe aber in vollem Umfang an die Gäste weitergeben wie auch weitere Kostenbelastungen, da

die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr hätten, warnte Dehoga-Präsident Guido Zöllick und kündigte an: „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“ Der Verband fordert daher, die reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten und weist darauf hin, dass die Steuer auch für das Essen in Kindertagesstätten gelte. Bis zu 12.000 Betriebe seien dadurch in ihrer Existenz gefährdet, prophezeit die Dehoga.

Der NDR-Umfrage zufolge gehen die Menschen im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 viel seltener in Restaurants und Gaststätten essen: 45 Prozent der Befragten gaben an, Restaurant- oder Kneipenbesuche reduziert zu haben. Am häufigsten liegt das an den gestiegenen Kosten für Speisen. P.E.

MELDUNGEN

Uranpreise steigen stark

Berlin – Der Preis für das aufbereitete Uranerzkonzentrat Yellowcake, aus dem die Brennelemente für Kernreaktoren hergestellt werden, ist seit Jahresbeginn um rund ein Drittel gestiegen. Der größte Sprung erfolgte im August. Damit liegt der Preis auf dem Niveau der Zeit vor der Katastrophe von Fukushima, die zu einer teilweisen Abwendung von der Nuklearenergieerzeugung geführt hatte. Es gibt mehrere Gründe für die Verteuerung: Zum Ersten wuchs die Nachfrage seitens der Kernkraftwerksbetreiber und zum Zweiten wurde die Förderung in den letzten Jahren zurückgefahren. Hinzu kommt der Putsch im Niger, denn das Land deckte bisher ein Viertel des europäischen Uranbedarfs. Darüber hinaus drohen Sanktionen gegen die russische Uranindustrie, welche auf dem globalen Markt ebenfalls eine wichtige Rolle spielt. Der steigende Uranpreis könnte bald auch die Kosten für Atomstrom in die Höhe treiben. W.K.

Reue über E-Auto-Kauf

Berlin – Gemäß einer Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag des Berliner Softwareunternehmens Monta, das technische Lösungen für Elektrofahrzeug-Ladestationen anbietet, bereuen mittlerweile 53 Prozent der deutschen Käufer von E-Autos ihre Entscheidung. Die Antworten decken sich mit den Aussagen von Elektroauto-Besitzern in anderen europäischen Ländern: In Frankreich liegt die Quote der Unzufriedenen bei 54 Prozent. Als wichtigsten Grund für ihre Frustration über den Erwerb nannten die Befragten mehrheitlich die laufenden Kosten, die deutlich höher seien als erwartet, was vor allem aus den stark gestiegenen Strompreisen resultiere. Laut dem Verantwortlichen für das operative Geschäft bei Monta, Max Scherer, seien allerdings nur die Ladevorgänge im öffentlichen Bereich teuer, während die Benutzer von privaten Ladestationen noch vergleichsweise günstig davonkämen. W.K.

VW stellt Produktion ein

Dresden – Wie die Branchen- und Wirtschaftszeitung „Automobilwoche“ und andere Blätter meldeten, plant der Volkswagenkonzern offenbar die Einstellung der Fahrzeugproduktion in seiner Gläsernen Manufaktur in Dresden. Allerdings solle der Standort zunächst bestehen bleiben – die rund 300 Mitarbeiter würden andere Aufgaben bekommen. Der Hauptgrund für die Entscheidung dürften die gravierenden Absatzprobleme bei Elektroautomobilen sein. Die im März 2002 eröffnete Gläserne Manufaktur ist eine von drei Fertigungsstätten der Volkswagen Sachsen GmbH und dient derzeit noch als sogenanntes Center of Future Mobility (Zentrum künftiger Mobilität). Bis 2016 wurden hier Oberklasse-Limousinen der Typen VW Phaeton und Bentley Continental Flying Spur montiert. Ab 2017 begann die Produktion der Elektro-Pkw VW e-Golf und VW ID.3. Der Volkswagenkonzern hat die Presseberichte bislang weder dementiert noch bestätigt. W.K.

KOMMENTARE

Mundtot gemacht

BODO BOST

Bei einer Lesung an der Universität Jena wurde der Journalist und „Tagesschau“-Sprecher Konstantin Schreiber mit einer Torte beworfen. Sein letztes Werk „Die Kandidatin“ über eine fiktive muslimische Bundeskanzlerin war im Vorfeld von Linksextremisten mit dem NS-Propagandafilm „Jud Süß“ in Verbindung gebracht worden. Als er mit einem Taxi nach Hause fuhr, berichtete Schreiber, sprach der Fahrer die ganze Fahrt über kein Wort, erst vor der Haustür sagte er: „Jetzt weiß ich, wo du wohnst.“

Das war für Schreiber, der zwei kleine Kinder hat, eine Mahnung, um in Zukunft auf öffentliche Auftritte zum Islam zu verzichten, nur noch als Nachrichtensprecher aufzutreten und seine Erkenntnisse über den Islam in Zukunft für sich zu behalten. Schreiber, der in der arabischen Welt als Journalist unterwegs war und perfekt Arabisch spricht, hatte vielleicht vor dem Auftritt in Jena geglaubt, er habe als Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an prominentester Stelle einen gewis-

sen Schutz gegen islamische und linksradikale Gewalttäter. Jetzt wurde er eines Besseren belehrt.

Dass man Menschen, die man nicht mag, mit Massenmördern gleichsetzt, ist eine Strategie, die auch Jan Böhmert verfolgt, wenn er Unliebsame als Nazis bezeichnet. Die Tiraden gegen Schreiber sollen die Radikalen ermuntern, eine kritische Stimme in der Islamdiskussion mundtot zu machen.

Schreiber hat mit seinem Auftrittsverzicht in Deutschland aus verständlichen Motiven einen Rückzieher gemacht. Er wolle sich nach den ganzen Vorfällen zu nichts mehr, was mit dem Islam zu tun habe, äußern. Da er aber sein Schweigen begründete, löste er damit wenigstens noch eine Debatte und einen Aufschrei aus.

Wenn sogar Mitarbeiter von öffentlich-rechtlichen Sendern als islamkritisch oder rechtsextrem verunglimpft werden, zum Teil von eigenen Kollegen, dann hat Deutschland ein Umgangs- und Debattenproblem. Dann ist auch die Meinungsfreiheit endgültig in Gefahr, der Gewalt der Straße zu weichen.

Laxer Corona-Umgang

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Galten bis zum Frühjahr dieses Jahres in Krankenhäusern und Arztpraxen noch strenge Corona-Schutzmaßnahmen – das Tragen von FFP2-Masken oder ein negativer Schnelltest – so scheinen jetzt sämtliche Vorsichtsmaßnahmen gefallen zu sein, auch in Krankenhäusern.

Inzwischen steigen die Infektionszahlen wieder an, doch laut Gesundheitsminister Karl Lauterbach soll es im kommenden Herbst und Winter keine verpflichtenden Maßnahmen wie in den vergangenen Jahren geben. Man hätte eigentlich erwarten können, dass Maßnahmen zumindest in Krankenhäusern angedacht würden. Dass dem nicht so ist, zeigt der Fall einer 85-Jährigen, die sich in einer südwestfälischen Klinik einer Krebs-Operation unterziehen musste. Diese erfolgte in der größten Klinik der Stadt. Pech für die Patientin, dass die Station, auf der sie untergebracht war, im Altbau angesiedelt war, was bedeutet,

dass das Bad sich auf dem Flur befand und von Patienten der benachbarten Station mitbenutzt wurde. Pech auch, dass dort offenbar Corona-Patienten untergebracht waren. Deren Zimmer betrat das Personal nur mit Maske, die anderen nicht.

Nach der Entlassung stellte sich heraus, dass die Patientin nicht nur sich, sondern auch ihre Angehörigen samt Ehemann infiziert hatte. Für den endete das Ganze mit einer Notarztweisung, diesmal in ein anderes Krankenhaus der Stadt. Dort war der Umgang mit Corona nicht besser. Bei der Visite trugen die Ärzte zwar Maske, das Pflegepersonal trat jedoch ungeschützt ans Bett.

Da wundert sich der Laie – wie kann es sein, dass man zu Hochzeiten der Pandemie Schwerkranken derart isoliert hat, dass viele ohne den Trost ihrer Angehörigen sterben mussten, und nun, da eine neue Infektionswelle auf dem Vormarsch ist, nicht einmal vulnerable Gruppen wie frisch Operierte geschützt werden?

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Sonnt sich gern im Glanz der Stars: Kulturstaatsministerin Claudia Roth bei der Berlinale im Februar mit dem Ehrengast Steven Spielberg und ihrem inzwischen ehemaligen Intendanten-Duo Mariette Rissenbeek und Carlo Chatrion (v.l.) Foto: pa

LEITARTIKEL

Ein Hilferuf für die Berlinale

HARALD TEWS

Nach der Documenta ist Kulturstaatsministerin Claudia Roth gerade dabei, eine weitere wichtige Kulturinstitution nachhaltig zu beschädigen. Hatte sie beim Antisemitismus-Eklat der Kasseler Kunstaussstellung documenta im vergangenen Jahr nur halbherzige Konsequenzen gefordert, was im In- und Ausland für Entsetzen sorgte, so könnte nun die Berlinale das nächste Opfer einer fragwürdigen Entscheidung Roths sein.

So hat Carlo Chatrion seinen Rücktritt als künstlerischer Leiter angekündigt, nachdem der Berlinale-Aufsichtsrat unter Führung der Staatsministerin entschieden hatte, seinen Vertrag nicht zu verlängern. Vorausgegangen war der Rückzug der niederländischen Berlinale-Geschäftsführerin Mariette Rissenbeek, mit der Chatrion seit 2020 eine Doppelspitze gebildet hatte. Roth hatte daraufhin erklärt, dass es zukünftig kein Duo mehr an der Spitze des Filmfestivals geben solle.

Dem Turiner Filmkritiker Chatrion, der zuvor sechs Jahre lang mit Erfolg – alleiniger – künstlerischer Leiter des Internationalen Filmfestivals von Locarno gewesen war, scheint sie es nicht zuzutrauen, die Berlinale im Alleingang wieder in die Gänge zu bringen, jedenfalls nicht so, wie sie es sich möglicherweise gerne vorstellen: bunter, diverser, feministischer.

Für die Staatsministerin hat sich die Causa Chatrion bereits zu einem Kommunikationsdesaster entwickelt. Erst hatte der Aufsichtsrat Chatrion eine Vertragsverlängerung in Aussicht gestellt, um sie nur eine Woche später zurückzunehmen. Auf diesen Affront hin stellten sich 200 internationale Persönlichkeiten aus der Filmbranche in einem offenen Brief hinter Chatrion. Darin heißt es: „Wir protestieren gegen das schädliche, unprofessionelle und unmoralische Verhalten von Staatsministerin Claudia Roth, die den geschätzten künstlerischen Leiter Carlo Chatrion zum Rückzug zwingt.“

Prominentester Unterzeichner ist der Hollywood-Regisseur Martin Scorsese. Daneben finden sich aber auch die deutsche Regisseurin Margarethe von Trotta oder die weltbekannten Schauspieler Tilda Swinton, Paul Schrader sowie die diesjährige Jurypräsidentin der Berlinale, Kristen Stewart.

Chatrion hatte mit Rissenbeek das Pech, die Berlinale-Leitung zu einem

denkbar ungünstigen Zeitpunkt zu übernehmen. Nach dem Ausscheiden des langjährigen Berlinale-Leiters Dieter Kosslick musste das Duo das Festival durch die Pandemie-Zeit leiten. Im ersten Corona-Jahr 2020 hat man die Berlinale gerade noch so durchschaueln können, 2021 hat man das Festival bei abgespecktem Programm auf zwei Termine verteilt, und im Jahr 2022 durfte nur die Hälfte der Kinohäuser besetzt werden. Erst in diesem Jahr konnte das Publikum wieder ungehindert in die Veranstaltungen strömen.

Ein Festival nach Vorstellungen grüner Kulturpolitik: bunter, diverser, feministischer

Dafür muss das Festival für das kommende Jahr den nächsten Nackenschlag hinnehmen, nachdem im Juli beschlossen wurde, wegen der Inflation und des Rückzugs von Sponsoren das Budget massiv zu kürzen. Das weltweit größte Publikumsfestival der Welt soll verschlankt werden. Zuvor schon wurde immer wieder Kritik laut an der Unzahl an Filmen und einem unübersichtlichen Programm, das keinen roten Faden erkennen ließe.

Dieses Jahr wurden dem Publikum während der zweiwöchigen Veranstaltung 287 Filme präsentiert. Im kommenden Jahr soll die Anzahl um fast ein Drittel auf 200 reduziert werden, was immer noch 120 Produktionen mehr sind als in den Filmfestivals von Cannes oder Venedig.

Dass die Berlinale derart aufgebläht daherkommt, ist weniger das Werk Chatrions als das seines Vorgängers Kosslick. Er wollte mit Quantität punkten und so den Anschluss an die Konkurrenz in Cannes und Venedig halten. Dank seiner umtriebigen Persönlichkeit hielt er das Ganze zusammen und lockte Jahr für Jahr Schauspielstars nach Berlin, die trotz kalter Jahreszeit leicht bekleidet auf dem roten Teppich für die Fotografen posierten. 18 Jahre lang bestimmte er auf diese Weise die Geschehnisse der Berlinale. Seine charismatische Vorgehensweise trug ihm viel Verehrung, sein ausuferndes Programm aber zuletzt auch deutliche Kritik ein.

Anders als Kosslick ist Chatrion kein Showmann, sondern ein Feingeist, der das Rampenlicht eher scheut. Erschwerend kommt hinzu, dass der Italiener kaum Deutsch spricht und daher keine große Publikumsnähe aufbauen konnte.

Das alles hätte man vorher wissen sollen, als man ihn und Rissenbeek für die Nachfolge Kosslicks nach Berlin holte. Im Vergleich zu dem Festival von Locarno, das Chatrion zuvor leitete, ist die Berlinale ein schwerfälliger Tanker, der nur mit viel Mühe auf Kurs zu halten ist. Das ist umso aufwendiger, als man von dem Duo Chatrion und Rissenbeek einen Spagat zwischen deren eigenen künstlerischen Vorstellungen und den „woken“, gendergerechten Interessen der Stadt abverlangte. In Locarno war Chatrion solchen Einflüssen nicht ausgesetzt gewesen. Dort hat er ein kleines, aber feines Filmfest etablieren können, das so manchen Star dazu antrieb, ins Tessin zu reisen.

Für die Berlinale hatte der Festivalorganisator allerdings nicht die Gelegenheit bekommen, ein ähnlich stringentes Profil zu entwickeln. Auch musste er sich sicher zu Recht Kritik wegen der schwammigen Programmplanung anhören, was wohl zu möglichen Spannungen mit Rissenbeek führte, die mutmaßlich deshalb ihren Job quittierte. Aber eine echte Chance hat man den beiden wegen Corona, Budgetkürzungen und Einmischungen durch die grüne Kulturpolitik nie gegeben.

Der Berlinale, die in ihren Glanzzeiten zu den sogenannten A-Festivals gehörte, sich zuletzt aber schwertat, mit Cannes und Venedig mitzuhalten, droht nun der endgültige Abstieg in die zweite Liga. Das liegt aber nicht daran, dass es an einer engagierten Festivalleitung und einem filmbegeisterten Publikum mangelt. Zu verdanken wäre das einer kulturpolitischen Einflussnahme, die das Festival zu demontieren anschiekt.

Kulturstaatsministerin Roth, die sich immer gern auf dem roten Teppich präsentiert, stellt sich nun auch in der Personale um einen neuen Festivalleiter in den Vordergrund. Eine Doppelspitze solle es zukünftig nicht mehr geben, heißt es aus ihrem Haus. Das Experiment sei gescheitert. Dafür soll eine Findungskommission unter ihrer Leitung die Nachfolge klären. Man kann sich vorstellen, wie die im Idealfall auszusehen hat: grün, „woke“, weiblich. Der nächste Hilferuf für die Berlinale von Weltstars wie Martin Scorsese käme dann wohl endgültig zu spät.

VON CLAUSS-M. WOLFSCHLAG

Die ungebrochene Freude an der Kunst um das Jahr 1900 scheint sich zu offenbaren, wenn man die langen Besucherschlangen in Berlin betrachtet. Kunstinteressierte, die über kein online erworbenes Zeitfenster-Ticket verfügen, sind dazu verurteilt, vor dem Eintritt einige Minuten den Blick über die Fassade der klassizistischen Alten Nationalgalerie schweifen lassen zu müssen, ehe Einlass zu einer Schau der Extraklasse gewährt wird. Es gibt schlechtere Anblicke, zumal in der berechtigten Erwartung, dass einem in der Ausstellung „Secessionen“ weiterer Augenschmaus geboten wird.

„Secessionen“ waren die zahlreichen Abspaltungen vom traditionellen akademischen Kunstbetrieb während der Jugendstil-Epoche. Neue Künstlervereinigungen unter diesem Leitbegriff bildeten sich unter anderem in Wien, Berlin und München. Dabei hatte die 1892 gegründete Münchner Secession Vorbildfunktion. Doch auch hierbei spielte nicht nur die Kunst eine Rolle, sondern auch der Mammon. Der steigende Erwerbsdruck einer wachsenden Künstlerschaft führte zu Verteilungskämpfen. So wollten die „Secessionen“ staatliche Fördergelder dem Monopol des Wirtschaftsverbandes der Künstler und der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft entziehen, um damit wirtschaftliche Vorteile zu erlangen.

Die ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts langsam einsetzenden neuen künstlerischen Entwicklungen werden heute von Nationalgalerie-Direktor Ralph Gleis als „Impulsgeber für den Aufbruch in eine neue Kunstära“ verstanden. Ob sich viele der sich ebenfalls unter dem Begriff „modern“ vermarktenden Gegenwartskünstler zu Recht auf jene damaligen, noch akademisch und in Kunstfertigkeit geschulten Meister der Jahrhundertwende berufen dürfen, sei dahingestellt.

Der Anspruch auf Individualität und die Freiheit der Kunst bei den neuen Strömungen des Impressionismus und Jugendstil war zweifellos ein Moment der Ablösung vom traditionellen akademischen Betrieb. Hinzu kam der Wunsch des Jugendstils, ein gesellschaftlich wirkendes ästhetisches Gesamtkunstwerk zu



Schlugen als führende „Secessionisten“ neue künstlerische Wege ein: Max Liebermann, „In den Zelten“ (1900), und Gustav Klimt, „Bildnis Emilie Flöge“ (1902)



Die Kunstketzer aus Berlin, München und Wien

Eine Schau der Extraklasse in der Berliner Nationalgalerie zeigt Arbeiten von Klimt, Stuck und Liebermann

schaffen, wozu auch die Architektur gehörte. Dies wird in der Ausstellung exemplarisch an Otto Wagners Modell der monumental Ehrenhalle für die Akademie der Bildenden Künste erkennbar.

Dennoch blieben die Künstler gebunden, denn die meisten jener Zeit waren gar nicht so strikt individualistisch, wie bisweilen behauptet wird. Viele Motive und Techniken tauchen auch bei ihren Kollegen auf. Es fand also vielfache Befruchtung und Nachahmung statt.

So dürfte Jules Joseph Lefebvres „La Vérité“ von 1870 ein Vorbild für Franz von Stucks 1892 gemaltes Bild „In vino veritas“ sein. In beiden Bildern hält eine nackte Wahrheitsallegorie den Spiegel der Selbsterkenntnis in die Höhe, bei Stuck indes auf einem Buckelkelch balancierend. Diese Fokussierung des Bildes auf die Frauenfigur könnte später wiederum Einfluss auf die 1910 entstandene Bildreihe „Tempeltanz der Seele“ des Malers Fidus gehabt haben. Auch Klimts „Liebe“

von 1895, bei der ein sich küssendes Paar von Köpfen und Fratzen aus dem dunklen Hintergrund beobachtet wird, wirkt, als hätte es konzeptionell Einfluss auf Karl Wilhelm Dieffenbachs Programmgemälde „Du sollst nicht töten“ von 1906 gehabt, in dem Gott diese Beobachterrolle einnimmt. Analogien zu anderen Künstlern finden sich auch bei Richard Riemerschmids „Wolkenspenstern“ oder den Badebildern Ludwig von Hofmanns.

200 Gemälde von 80 Künstlern

Gleichwohl setzte mit den „Secessionen“ der Jugendstil-Ära ein Zwang zu steter Innovation ein, der sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts in Sackgassen festfahren sollte. Am ehesten ist dem heutigen Betrachter diese Innovation in der geometrisch strukturierten Plakatkunst jener Jahre erkennbar, von der die Schau einige beeindruckende Arbeiten der Österreicher Koloman Moser, Ferdinand Andri und Alfred Roller zeigt.

Die Berliner Schau präsentiert viele Jugendstil-Stars der damaligen „Secessionen“-Vereinigungen. Ralph Gleis versteht sie als „Teil einer europäischen Bewegung“. Der Fokus liegt indes auf den Metropolen Wien, München und Berlin. So werden zahlreiche Gemälde von Gustav Klimt und Franz von Stuck dargereicht, während der Berliner Max Liebermann exemplarisch für die impressionistische Stilrichtung gezeigt wird.

Insgesamt sind über 200 Gemälde, Skulpturen und Graphiken von 80 Künstlern zu sehen. Speziell für die Ausstellung konnte dabei das 1898 gemalte Portrait „Dame in Weiß“ (1898) von Ernestine Schultze-Naumburg erworben werden. Die Künstlerin war Gründungsmitglied der Berliner Secession und die erste Frau des Architekten Paul Schultze-Naumburg.

Den Besuchern der Schau begegnen ansonsten zahlreiche Kunst-Klassiker des Jugendstils und Symbolismus. Interessant ist dabei zu sehen, wie die Künstler

ähnliche Motive mit jeweils eigener Handschrift umgesetzt haben. Die griechische Schutzgöttin Pallas Athene, Sinnbild der künstlerischen Wehrhaftigkeit, wurde bei Stuck als fast lebensgetreue Person vor einem monochrom goldenen Hintergrund in Szene gesetzt, während sie bei Klimt mit aufgerissenen Augen und schuppenartigem Panzer zum Glied eines ornamentalen Spiels wird.

Dass die Kunst jener Jahre auch im Kleinen eindrucksvolle Leistungen hervorgebracht hat, beweisen nicht nur zahlreiche Skizzen Klimts, sondern auch das 1904 gefertigte sensible Selbstportrait der 1867 in Königsberg geborenen Käthe Kollwitz und der „Flötenbläser“ der aus Thorn stammenden Julie Wolfthorn.

„Secessionen. Klimt, Stuck, Liebermann“, bis 22. Oktober in der Alten Nationalgalerie, Museumsinsel Berlin, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro. www.smb.museum

TV-KRITIK

Die Bestien im Unterholz

ARD-Krimi mit brisantem Thema – Waren Wölfe schuld am Tod einer Saisonarbeiterin in Brandenburg?

„Der Wald ist friedvoll. Doch es gibt etwas, wovor ich mich fürchte“, raunt die Stimme der Protagonistin im Vorspann. Sind es die Wölfe, die sich in immer größerer Zahl hechelnd durchs brandenburgische Unterholz durchschlagen? „Seit vielen hundert Jahren ist in Deutschland kein Mensch mehr von einem Wolf getötet worden“, versichert Wildhüterin Sara Jahnke (Maria Simon). Aber wie lange können sich die Menschen in der mitteldeutschen Einöde noch sicher sein?

Der Fernsehfilm „Wolfsjagd“ (30. September, 20.15 Uhr, Das Erste) greift ein brisantes Thema auf, um dann zügig bei den Versatzstücken der üblichen Krimihandlungen zu landen. Die Problematik wildernder Wölfe dient nur als Aufhänger für die Angst der Menschen in einem Dorf in Brandenburg: Die geschützten Raubtiere verlieren zusehends die Scheu und nähern sich einem Kindergarten. Sara, anlässlich der Beerdigung ihrer Mutter aus Kanada eingeflogen, soll ein auffälliges Tier „entnehmen“, wie es ebenso sachlich wie beschönigend heißt.

Ein Auftrag, der der Tierschützerin sichtlich zuwider ist. Da steht sie nun im stillen Wald, die Haare nachlässig zurückgebunden, das Gewehr im Anschlag, und dann sichtet sie tatsächlich einen Wolf, der sich an einem blau gekleideten Bündel, der sich an einem blau gekleideten Bündel zu schaffen macht – offensichtlich ein toter Mensch. Was Sara entdeckt, könnte

die These, dass Wölfe dem Menschen nicht gefährlich werden, ein für allemal aushebeln. Denn die Leiche einer jungen rumänischen Saisonarbeiterin weist tatsächlich Wolfsbisse auf.

Aber waren die Raubtiere schuld an ihrem Tod? Was folgt, ist Krimiroutine: Im Mittelpunkt agiert eine Frau, die vor

einem traumatischen Erlebnis in ihrer Jugend bis nach Kanada floh und ihre Tochter beim Vater und Ortspolizisten (Jörg Schüttauf) zurückließ. Ein junger Ermittler (Jacob Matschenz) konfrontiert sie bei der gemeinsamen Fährtsuche mit ihrer verdrängten Vergangenheit. Beide setzen sich auf die Spur des Verbrechens, und nur wenig unterstützt vom Vater, der sich von seiner Tochter entfremdet hat.

Bald stoßen Sara und Falk auf dunkle Umtriebe in der nahe gelegenen Fleischfabrik, wo die Arbeiter unter erbärmlichen Umständen hausen und junge Mädchen offensichtlich zur Prostitution gezwungen werden. Die Jagd beginnt, und ins Visier geraten zusehends menschliche Bestien – Wölfe dienen nur noch als Zwischenschritte.

„Der Mensch ist des Menschen Wolf“, lernt der Zuschauer einmal mehr und kann sich immerhin an spektakulären Tieraufnahmen sowie der früheren „Polizeiruf“-Kommissarin Maria Simon erfreuen, deren sensibles Spiel die arg bemühte Story sehenswert macht. *Anne Martin*



Nimmt im Wald die Krimifahrte auf: Wildhüterin Sara Jahnke (Maria Simon)

MELDUNGEN

Zu viel Blei im Charlottenhof

Potsdam – Wegen erhöhter Bleiwerte ist Schloss Charlottenhof im Potsdamer Park Sanssouci für den Rest der Ende Oktober auslaufenden Saison geschlossen worden. Alle Räume und das Kunstgut werden nun einer fachgerechten Feinstaubreinigung unterzogen, damit das Schloss zum Saisonbeginn 2024 wieder geöffnet werden kann. *tws*

In Bonn ist die Welt im Wandel

Bonn – Unter dem Titel „Welt im Wandel. Das Rheinland vom Mittelalter bis Morgen“ eröffnet das LVR-LandesMuseum Bonn am 29. September den ersten Teil seiner neugestalteten Dauerausstellung. Gefeierte wird die Neupräsentation mit einem bis 15. Oktober dauerndem Festival. Internet: www.landesmuseum.lvr.de *tws*

OTTI BERGER

Wegbereiterin des Textildesigns

Die vor 125 Jahren geborene Textilkünstlerin und Weberin leitete zeitweilig die Werkstatt für Weberei am Bauhaus

VON MARTIN STOLZENAU

Otti Berger wurde am 4. Oktober 1898 in Zmajevac geboren. Der Ort liegt im Nordosten der heutigen Republik Kroatien an der Grenze zum heutigen Ungarn in der damaligen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Berger hatte wohlhabende jüdische Eltern, die ihr wegen ihrer künstlerischen Begabung einen Besuch der Königlichen Kunstakademie und Kunstgewerbeschule in Zagreb ermöglichten. Von 1921 bis 1926 eignete sich Berger dort weitere künstlerische Kenntnisse an. Sie erfuhr vom Programm des 1919 in Weimar gegründeten und 1925 nach Dessau umgezogenen Bauhauses. Es zog sie magisch an.

Mit Unterstützung ihrer Eltern wechselte die junge Frau wie viele junge Künstler der Avantgarde im Wintersemester 1927 nach Dessau. Dort fand sie Aufnahme in der Weberei. Zum einen wurden in der Werkstatt für Weberei am Bauhaus vornehmlich Frauen ausgebildet. Zum anderen war Berger aufgrund einer Erkrankung fast taub und verfügte deshalb über ein entsprechend sensibles Tastvermögen. Berger etablierte sich am Bauhaus schnell, vervollkommnete sich im Sommer 1929 an der Stockholmer Webschule von Johanne Brunsson und erhielt im November desselben Jahres eine Mitarbeiterstelle in der Weberei des Dessauer Bauhauses. Im Sommer 1930 vertrat sie zusammen mit Anni Albers die Leiterin der Weberei, Gunta Stölzl, die im Vorjahr ein Kind bekommen hatte. Im September des Jahres legte sie ihre Webergesellenprüfung in Glauchau bei der Handwerkskammer ab und erhielt im November des Jahres ihr Bauhaus-Diplom.

Damit wurde sie anschließend von der „Weberei Fischer & Hoffmann“ in Zwickau als künstlerische Mitarbeiterin übernommen. Doch die ausufernde Weltwirtschaftskrise sorgte für häufige Arbeitgeberwechsel. Es folgte 1931 die Weberei „Websky, Hartmann & Yiesen“ in Wüstewaltersdorf [Walim], einem im Eulengebirge nahe Waldenburg gelegenen Zentrum der Textilindustrie in Schlesien. Die Firma hatte über hundert Mitarbeiter



Klasse von Webmeister Kurt Wanke am Bauhaus um 1928: Jeweils von links nach rechts in der oberen Reihe Lisbeth (Birmann-)Oestreicher, Gertrud „Gert“ Preiswerk, Helene „Lene“ Bergner (Léna Meyer-Bergner) und Margaretha „Gretel“ Reichardt sowie in der unteren Lotte (Stam-)Beese, Anni Albers, Ljuba „Ljuka“ Monastirsky, Rosa „Rosel“ Berger, Gunta Stölzl, Otti Berger und Kurt Wanke

und produzierte Tischdecken und Leinwandstoffe. Dort erreichte sie dann ein Ruf an ihre alte Ausbildungs- und Wirkungsstätte in Dessau.

Großes Talent

Im Oktober 1931 wurde sie Stölzls Nachfolgerin als Leiterin der Weberei. Stölzl, die Berger ja bereits im Sommer 1930 vertreten hatte, hatte sich aufgrund politischer und Bauhaus-interner Konflikte zur Kündigung ihrer Stelle gezwungen gesehen und das Bauhaus verlassen. Als Meisterin zählte die neue Leiterin der Weberei zur Führung des Bauhauses. Alles schien gut.

Doch der politische Druck und die hausinternen Querelen nahmen zum Ende der Weimarer Zeit hin zu. Ihr im März

1932 auslaufender Vertrag wurde nicht verlängert. Neue Leiterin der Weberei wurde die Innenarchitektin und Designerin Lilly Reich, deren Stellvertreterin sie nun wurde. Im November 1932 eröffnete Berger in der Reichshauptstadt ein eigenes Atelier für Textilien in der Fasanenstraße. Umstritten ist, ob Bergers Hauptmotiv, das Bauhaus zu verlassen, Lilly Reich war oder das sich abzeichnende Ende des Bauhauses unter dem Druck der Nationalsozialisten.

Die waren im April 1932 bei den Landtagswahlen im Freistaat Anhalt, dessen Hauptstadt Dessau war, stärkste Partei geworden. Im August 1932 beschloss der Gemeinderat von Dessau auf Antrag der NSDAP-Fraktion die Schließung des Bau-

hauses. Zum 30. September 1932 wurde die Schließung vollzogen. In Berlin setzte es nun als privates Institut seine Arbeit fort.

Noch schwieriger wurde die Situation nicht nur für das Bauhaus, sondern auch für Berger, als die Nationalsozialisten 1933 auch auf Reichsebene an die Macht gelangten. Berger wich ins Ausland aus, nach Zürich. In der Schweizer Stadt wurden Stoffe nach ihren Entwürfen produziert.

Widrige Zeitumstände

Trotz der zurückliegenden schlechten Erfahrungen hoffte Berger auf Aufnahme in die im November gegründete Reichskammer der bildenden Künste und die Möglichkeit zur Weiterarbeit im Deutschen Reich. Die Hoffnungen zerschlu-

gen sich. 1936 erhielt Berger ein generelles Berufsverbot.

Daraufhin versuchte sie es 1937 auf Anraten des Gründers und vormaligen Direktors des Bauhauses, Walter Gropius, in London. Dort fand sie weder Arbeit noch Freunde und fühlte sich isoliert. Fehlende Englischkenntnisse und eine latent deutschfeindliche Stimmung auf der Insel erschwerten der Schwerhörigen das Leben. „Ich komme an die Leute nicht ran, sitze tag für tag, abend für abend alleine und traurig und mutlos“, notierte sie 1938 resigniert. In ihrer Verzweiflung kehrte sie kurz ins Deutsche Reich zurück, zog dann jedoch – noch war es möglich – wegen der Erkrankung ihrer Mutter weiter in die nun zum Königreich Jugoslawien gehörende Heimat ihrer Kindheit, zur Familie. Dort erhielt sie eine Einladung von Laszlo Moholy-Nagy. Die beiden hatten sich kennen- und schätzengelert, als sie 1927 seinen Vorkurs am Bauhaus besucht hatte. Nun bot der Bauhaus-Lehrer von 1923 bis 1928 ihr an, an dem von ihm gegründeten und geleiteten New Bauhaus in Chicago zu unterrichten. Doch Berger erhielt kein Visum mehr.

Nach der Besetzung Jugoslawiens durch die Wehrmacht war Berger mit ihrer jüdischen Familie den Nationalsozialisten ausgeliefert. Mit ihren Angehörigen wurde sie zunächst im ungarischen Mohatsch (Mohács) in einem Lager für Juden interniert und dann ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Dort kam sie wahrscheinlich Anfang Mai 1944 um. Von ihrer Familie überlebte die Judenvernichtung nur ein jüngerer Bruder.

● Beiträge über Otti Berger gibt es von Ingrid Radewaldt in der 2009 in München von Ulrike Müller herausgegebenen Sammelbiographie „Bauhaus-Frauen. Meisterinnen in Kunst, Handwerk und Design“, von Barbara von Lucadou im 1986 in Marburg erschienenen Band „Wechselwirkungen Ungarische Avantgarde in der Weimarer Republik“ sowie im von Patrick Rössler und Elizabeth Otto 2019 in München veröffentlichten Buch „Frauen am Bauhaus. Wegweisende Künstlerinnen der Moderne“.

DORA RAPPARD

„Die Mutter von St. Chrischona“

Die Schweizer Missionarin und evangelische Kirchenlieddichterin starb vor 100 Jahren

Die „Mutter von St. Chrischona“ wurde am 1. September 1842 als Dora Gobat auf Malta geboren. Ihr Vater, der Missionar und spätere evangelisch-anglikanische Bischof von Jerusalem Samuel Gobat, war damals auf der Insel im kirchlichen Auftrag tätig. Er stammte aus dem Berner Hochland und hatte nach Missionsreisen im Auftrag der Basler Mission und der Londoner Missionsgesellschaft nach Kairo und Abessinien in Europa Marie Zeller geheiratet, mit der er dann auf Malta weilte, wo er im kirchlichen Auftrag eine Bibelübersetzung ins Arabische begann und Tochter Dora geboren wurde.

Nach den Jahren auf Malta wurde Doras Vater als Nachfolger von Michael Salomo Alexander zum zweiten evangelischen Bischof von Jerusalem erhoben. Er gründete auf der Grundlage des lutherisch-anglikanischen Bündnisses in der Folge evangelische Gemeinden, Schulen, sowie Kranken- und Waisenhäuser. Mit seiner Ehefrau sorgte er für eine streng religiö-

se Unterrichtung der Tochter. Dora überstand eine Hirnhautentzündung und wurde nach ihrer Genesung zur weiteren Ausbildung auf das Töchterpensionat der Brüdergemeinde in Montmirail geschickt.

Der Ort im Schweizer Kanton Neuenburg, der auf den Schlossbau eines französischen Offiziers zurückgeht, ging durch Schenkung in den Besitz der Herrnhuter Brüdergemeinde über, die dort 1766 ein Mädchenpensionat eröffnete. Dort vervollkommnete Gobat ihre Bildung umfassend, trat zu der Engländerin Florence Barker in eine enge freundschaftliche Beziehung und fungierte anschließend unter der Regie ihres Vaters in Jerusalem als Lehrerin an dessen Mädchenschule.

1867 lernte Gobat den Missionar und damaligen Leiter der Missionsstation der Pilgermission St. Chrischona in Alexandrien, Carl Heinrich Rappard, kennen, der ebenfalls Schweizer Herkunft war, im Gegensatz zu ihr mit Giez sogar in der Eidgenossenschaft geboren war.



Dora Rappard Berger Foto: Wikimedia

Gobat und Rappard heirateten noch im Jahr ihres Kennenlernens. Ebenfalls im Jahre 1867 starb im fernen Basel Chris-

tian Friedrich Spittler, der 1840 unweit der Stadt in der auf seine Veranlassung wiederaufgebauten ehemaligen Wallfahrtskirche St. Chrischona die gleichnamige Pilgermission St. Chrischona gegründet hatte. Als Inspektor der Pilgermission trat Rappard dessen Erbe an.

Rappards Ehefrau wurde an seiner Seite zur „Mutter von St. Chrischona“. Nebenbei brachte sie zehn Kinder zur Welt und betätigte sich als Dichterin. Zu den frühen „Gemeinschaftsliedern“ und „Glaubensliedern“ kamen mit wachsender Reife ihre „Erinnerungen aus meinem Leben“. Besonders nachhaltige Bekanntheit erlangten ihre Lieder „Ich blicke voll Beugung und Staunen“, „Dass Jesus siegt“, „Auf dein Wort will ich trauen“ und „O du Lamm Gottes“.

Dora Rappard erfüllte über Jahrzehnte ihre Pflichten als Mutter und Ehefrau an der Seite des Inspektors der Pilgermission St. Chrischona. Über die Region hinaus genoss sie große Anerkennung. Vor 100 Jahren, am 10. Oktober 1923,

starb sie in ihrer Hauptwirkungsstätte, 14 Jahre nach ihrem Mann, der am Ende ein maßgeblicher Führer der internationalen Heiligungsbewegung geworden war. M.S.

● An Monographien erschienen über Dora Rappard 2005 in Gießen Lothar von Seltmanns „Dora, die Tochter des Bischofs. Das spannende Leben der Dora Rappard“, 1956 ebenfalls in Gießen Friedhelm Rudersdorfs „Dora Rappard – Die Mutter von St. Chrischona“, Band 103/104 aus der Sammlung „Zeugen des gegenwärtigen Gottes“ sowie 1929 in Gießen und Basel Emmy Veiel-Rappards „Mutter – Bilder aus dem Leben von Dora Rappard-Gobat“. In den Nachschlagewerken „Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon“ (BBKL) und „Historisches Lexikon der Schweiz“ (HLS) sind ihr Artikel des evangelischen Pfarrers und Theologen Burkard Krug beziehungsweise des Theologie- und Philosophiehistorikers Werner Raupp gewidmet.

Volksfest der deutschen Katholiken

Die Geschichte der Deutschen Katholikentage begann vor 175 Jahren mit einer Generalversammlung der Katholischen Vereine Deutschlands in Mainz. In der barocken Peterskirche fand der feierliche Eröffnungsgottesdienst statt

VON JÖRG KOCH

Die Französische Revolution von 1789 erschütterte auch die Autorität der katholischen Kirche. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts rangen Freiheitsbewegungen des sogenannten Vormärz mit Kräften der politischen Restauration um die staatliche Ordnung. Dies erstreckte sich auch auf kirchliche Fragen. Papst Gregor XVI. hatte 1831 viele revolutionäre Errungenschaften wie Vereins-, Versammlungs-, Presse-, Gewissens- und Religionsfreiheit als „pesthaften Irrtum“ verdammt.

Vor diesem Hintergrund wirkt es erstaunlich emanzipiert, dass sich am 23. März 1848 in Mainz der erste „Piusverein für religiöse Freiheit“ nach revolutionärem, bürgerlichem Vereinsrecht gründete. Nach und nach wurden im gesamten deutschsprachigen Raum weitere Vereine gebildet, allein im Großherzogtum Baden kam es bis zum Herbst des Jahres 1848 zur Gründung von rund 400 Vereinen mit mehr als 100.000 Mitgliedern. Bis zur Jahrhundertwende entwickelten sich die Piusvereine zur größten katholischen Massenbewegung. Benannt waren sie nach Papst Pius IX., der zu Beginn seiner Amtszeit als Vertreter liberaler Ideen galt.

Um die kirchlichen Interessen in Staat und Gesellschaft wirkungsvoll zu äußern, organisierten sich die Piusvereine in einer Generalversammlung der deutschen Katholiken, dem Katholikentag. Der erste Deutsche Katholikentag fand vom 3. bis zum 6. Oktober 1848 in Mainz statt – vor 175 Jahren. In der Provinzhauptstadt des Großherzogtums Hessen(-Darmstadt) lebten damals rund 35.000 Menschen, annähernd 28.000 von ihnen waren Katholiken. Wie alle späteren des 19. Jahrhunderts war schon der erste Katholikentag eine öffentliche Kundgebung des sozialen und politischen Katholizismus. Die Teilnehmer waren papsttreu und zugleich revolutionär. Die Verbesserung der Lage der sozial Schwachen war ein Schwerpunkt ihrer Diskussion, ebenso die Unabhängigkeit der Religion und der Kirche vom Staat sowie die Freiheit aller religiösen Vereinigungen. Katholikentage sind damit die frühesten Wurzeln unseres Sozialstaates. Beschlüsse, die gefasst wurden, fanden Widerhall in der gesellschaftlichen Diskussion.

1367 Eintrittskarten

Die 87 Abgeordneten der Piusvereine sowie weitere rund hundert Geistliche und Laien versammelten sich am 3. Oktober 1848 in der barocken Peterskirche zum feierlichen Eröffnungsgottesdienst. Von Schlesien und Tirol, Berlin und Wien, vom Bodensee bis zur Ostsee und der Steiermark waren viele Theologen anwesend, die im katholischen Leben einen Namen hatten. Die offiziellen Versammlungen der Vereinsmitglieder und Delegierten fanden im Akademiesaal des Kurfürstlichen Schlosses statt, den der Mainzer Stadtrat dem Piusverein zur Verfügung gestellt hatte. Zu einigen Veranstaltungen, beispielsweise der konstituierenden Sitzung, waren Gäste zugelassen, Frauen durften von eigenen Emporen aus zusehen. Insgesamt wurden 1367 Eintrittskarten ausgegeben, ein Ergebnis, das alle Erwartungen übertraf. Der Vorsitzende des Mainzer Piusvereins, Domkapitular Adam Franz Lennig, eröffnete den Katholikentag. Nicht die kirchliche Hierarchie, sondern die katholischen Laien waren zur Selbstbesinnung gekommen und forderten das Recht zur freien



Vor einem Vierteljahrhundert fand mit dem 93. der vorerst letzte Kirchentag in Mainz statt: Im Hintergrund die Peterskirche

Entfaltung der Kirche nach ihren eigenen Grundsätzen.

Am 4. Oktober 1848 erhielt die Versammlung Besuch von 23 katholischen Parlamentariern aus der Frankfurter Paulskirche. Die Abgeordneten der seit Mai bestehenden Nationalversammlung hatten sich zum „katholischen Klub“ zusammengeschlossen. Unter ihnen waren auch Joseph Ambrosius Geritz, Bischof von Ermland und Abgeordneter für Marienburg, sowie Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, damals noch Pfarrer von Hopsten in Westfalen, ab 1850 Mainzer Bischof. Die Lösung der sozialen Frage stellte Ketteler in seiner Rede als dringende Aufgabe der Piusvereine dar.

Am 6. Oktober 1848, dem letzten Tag der Generalversammlung, berieten die Delegierten über das Selbstverständnis des Katholikentags. Man betonte den Charakter als ausgesprochene Laienvereinigung. Innere Strukturen der Kirche kamen (noch) nicht auf die Agenda, man unterstellte sich dem Papst und dem deutschen Episkopat. Aus diesem Selbstverständnis richtete man ein Protestschreiben an die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung. Gefordert wurde die kirchliche Freiheit gegenüber dem Staat, das kirchliche Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht beziehungsweise Konfessionsschulen. Mit ihrem Protest hatte die Versammlung Erfolg. Ebenso erfolgreich war die Gründung des Katholischen Vereins Deutschlands als Zentralorganisation durch die Mitglieder der Piusvereine auf dem ersten Katholikentag. Diese Interessenvertretung war der Vorläufer des seit 1952 bestehenden Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), das seit 1970 Träger des Katholikentages ist.

Zweiter Katholikentag in Breslau

Der nächste Katholikentag fand bereits im Mai 1849 in Breslau statt, das erste Mal auch offiziell unter dieser Bezeichnung. Das niederschlesische Breslau, sechstgrößte Stadt im Kaiserreich, war auch in den Jahren 1872, 1909 und 1926 Austragungsort eines Katholikentages. In Mainz, Sitz eines der ältesten und bedeutendsten Bistümer Deutschlands, fanden weitere

Kurzbiographien

FOTO: WIMMERMUSEE DE HISTOIRE DE FRANCE



Gregor XVI. hieß mit bürgerlichem Namen Bartolomeo Alberto Cappellari. Er kam 1765 in Beilun (Belluno) zur Welt, wurde 1831 Papst und starb 1846.



Adam Franz Lennig rief den ersten Piusverein für religiöse Freiheit ins Leben. Ab 1852 war er Generalvikar und ab 1856 Domdekan des Bistums Mainz.



Pius IX. hieß mit bürgerlichem Namen Giovanni Maria Mastai Ferretti. Er kam 1792 in Senigallia zur Welt, wurde 1846 Papst und starb 1878.

Katholikentage in den Jahren 1851, 1871, 1892, 1911, 1948 und 1998 statt. Bis zur Reichsgründung 1871 fanden Katholikentage auch in Österreich statt, so in Linz, Wien, Salzburg, Prag und Innsbruck. Ab 1877 gab es in der Donaumonarchie eigene Katholikentage. Eine verkehrsgünstige Lage und ein überwiegend katholisches Umfeld waren ausschlaggebend für die Wahl des Veranstaltungsortes. Eine Abweichung von dieser Regel stellte Danzig dar. In der westpreußischen Metropole fand 1891 der Katholikentag statt.

In den ersten Jahrzehnten waren die Katholikentage reine Delegiertenversammlungen. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts stehen sie allen Interessierten offen. Bis 1932 fanden sie fast jedes Jahr, während der NS-Zeit überhaupt nicht und seit dem Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg jedes zweite Jahr statt. Bis heute wurden 102 Katholikentage veranstaltet. Wie die Kirche insgesamt, haben sich auch diese Versammlungen inhaltlich verändert, doch in den nunmehr 175 Jahren stand stets der Mensch mit seinen Ängsten und Nöten im Vordergrund.

Bereits 1869, anlässlich des 20. Katholikentages in Düsseldorf, brachte Karl Marx sein Missfallen über das politische Engagement der Katholiken zu Papier: Er schrieb: „Die katholischen Hunde kokettieren ... wo es passend erscheint, mit der Arbeiterfrage.“

Mit der Gründung der Zentrumsparterie 1870 erhielt der politische Katholizismus eine eigene Partei. Damit hatte sich das große Ziel der Piusvereine, die Rechte der Kirche gegenüber dem Staat zu sichern, erfüllt. Die Katholikentage unterstützten fürderhin die Forderungen des Zentrums, in dem schließlich die Piusvereine aufgingen, und sahen ihr Betätigungsfeld vornehmlich in der Sozial- und Bildungspolitik, boten also ebenfalls ein Gegenangebot zur Sozialdemokratie.

Regier Besuch von Politikern

Wie präsent die Politik auf den Katholikenversammlungen war und ist, zeigt sich daran, dass bereits seit Jahrzehnten prominente aktive oder ehemalige Politiker als Gastredner auftraten oder gar als Präsidenten fungierten. 1922 etwa hielt Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrats, als Präsident des Katholikentages in München die Eröffnungs- und Schlussansprache. Der damalige Zentrumsminister, dessen Stadt mit dem übrigen linksrheinischen Deutschland damals von französischen Truppen besetzt war, nahm Bezug auf die Tagespolitik und kritisierte den 1920 in Kraft getretenen Versailler Frieden heftig.

In späteren Jahren waren unter anderem Karl Arnold, vormaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Bundesbauminister Paul Lücke und der

rheinland-pfälzische Kultusminister Bernhard Vogel Präsidenten des Kirchentages. Ab 1970 war der amtierende Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zugleich Präsident des Katholikentages. Zu den Spitzenpolitikern, die als Gastredner auftraten, zählten in den letzten Jahren Bundeskanzlerin Angela Merkel 2012, Bundestagspräsident Norbert Lammert 2017 oder Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2018.

Beim 54. Katholikentag 1907 in Würzburg sprach mit Emy Gordon erstmals eine Frau. Auch auf ihre Initiative hin war vier Jahre zuvor in Köln der Katholische Deutsche Frauenbund gegründet worden, der erste katholisch-kirchliche Verein, der von Frauen geleitet wurde. Mit Hedwig Klausener, die im August 1952 den 75. Katholikentag in Berlin eröffnete, stand erstmals eine Frau an der Spitze der Versammlung. Erste Präsidentin des Zentralkomitees war von 1988 bis 1997 die CDU-Politikerin Rita Waschbüsch, seit 2021 steht mit Imre Stetter-Karp erneut eine Frau an der Spitze des kirchlichen Gremiums.

Kritik an der Kirche seit den 60ern

Galten auf den Kirchentagen jahrzehntelange Forderungen nach Verbesserung der kirchlichen Zustände als unangebracht und verpönt, wurde spätestens nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil von 1965 eine Reform der Kirche angemahnt, um sie zukunftsfähig zu machen. Die heutigen Katholikentage stehen unter einem Motto, wie „Suche Frieden“ 2018 oder „leben teilen“ 2022, und werden im Mai oder Juni als fünftägiges Glaubensfest begangen. Längst ist der Katholikentag zu einer Institution geworden. Neben Gottesdiensten, Kundgebungen, Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen wie Frauenordination, Klima, Umgang mit geschlechtlichen Identitäten, Genderfragen, Wokeness oder interkulturellen Begegnungen gehört auch eine „Kirchenmeile“ zum festen Angebot, auf der sich Verbände, Medien, Ordensgemeinschaften, diverse gesellschaftliche Gruppen etc. präsentieren. Kritiker mahnen, bei all dieser „Buntheit“ dürften die Treffen nicht in Beliebigkeit ersticken, auch heute noch sollten angesichts der Tradition der Kirchentage eindeutige und kritische Positionen formuliert werden, sollten die Spiritualität und Theologie im Mittelpunkt stehen, um die zunehmende Entfremdung der Gläubigen von der Kirche aufzuhalten. Welche Folgen die stark politischen Evangelischen Kirchentage mit ihren linken und grünen Positionen haben („Gott ist queer“, 2023) zeigen die schwindenden Teilnehmerzahlen bei den Veranstaltungen und anhaltende Kirchenaustritte.

Seit 1957 wechselt sich der Katholikentag mit dem erstmals 1949 veranstalteten Deutschen Evangelischen Kirchentag ab. Beide Institutionen organisierten in den Jahren 2003, 2010 und 2021 einen Ökumenischen Kirchentag, wobei die letzte dieser Versammlungen in Frankfurt pandemiebedingt digital stattfand. Auch wenn die Teilnehmerzahlen kontinuierlich abnehmen – auf dem Stuttgarter Katholikentag 2022 wurden nur noch rund 26.000 Besucher gezählt –, erhalten die Versammlungen öffentliche Zuwendungen im zweistelligen Millionenbereich von der jeweiligen Stadt, dem jeweiligen Bundesland und der Bundesrepublik Deutschland. Der nächste Deutsche Katholikentag soll Ende Mai, Anfang Juni 2024 in Erfurt unter dem Motto „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ stattfinden.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Sommer 2023 war angeblich der heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Dabei blieb freilich unerwähnt, dass immer mehr Messstationen an falsch ausgewählten Plätzen stehen, wo ein lokaler Wärmestau herrscht. Stattdessen überschlugen sich viele deutsche Medien in hysterisch-apokalyptischer Panikmache: „Südeuropa glüht bei fieberhaften Temperaturen, bei denen selbst ein Tag am Strand oder in der historischen Altstadt zur tödlichen Gefahr wird“, barmte beispielsweise das Online-Nachrichtenportal „Watson“.

Und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) beschwor ausnahmsweise einmal nicht die Corona-Gefahr, sondern meldete sich am 13. Juli mit folgenden Worten aus dem Italien-Urlaub: „Die Hitzewelle ist spektakulär hier. Wenn es so weiter geht, werden diese Urlaubsziele langfristig keine Zukunft haben. Der Klimawandel zerstört den Süden Europas. Eine Ära geht zu Ende.“ Damit gab er den Startschuss für eine auffällig konzentriert wirkende Welle von Berichten und Interviews, in denen es immer wieder hieß, dass der „Klimawandel Reiseströme verschieben“ werde.

Mit daran beteiligt war das ZDF, welches den Nachhaltigkeits- und Tourismusforscher Harald Zeiss zu Wort kommen ließ: „Wenn wir auf die nächsten Jahre und Jahrzehnte schauen, wird es im Sommer immer wärmer werden ... Jeder einzelne Urlauber wird sich vorher überlegen, ob es ihm oder ihr wert ist, in diesen heißen Sommern in den Mittelmeerraum zu reisen.“

Zeiss' Fachkollege Markus Pillmayer fügte im Gespräch mit dem gleichen Sender hinzu: „Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die auch deutlich sichtbar und spürbar sind. Eine Strategie ist das ‚Degrowth‘, also das Zurückfahren, ein Gesundschumpfen ... Ich bin der Meinung, dass mittlerweile alle Touristikerinnen und Touristiker verstanden haben sollten, dass der Klimawandel stattfindet und Konsequenzen für Reisegebiete und Reiseformen haben wird. Davon auszugehen, dass der Klimawandel zu keinerlei Konsequenzen führt, halte ich für fahrlässig, um es ganz deutlich zu sagen.“

Heißester Sommer seit Wetteraufzeichnungen?

Eine Möglichkeit der Veränderung skizzierte der Vorstandsvorsitzende des Reisekonzerns TUI AG, Sebastian Ebel: „Es könnte durchaus eine Verschiebung der Nachfrage von der Hauptferienzeit, also Juli und August, in die Vor- und Nachsaison geben.“ Deshalb bietet die TUI nun auch Griechenlandreisen im Herbst beziehungsweise Spätherbst an, obwohl ab Ende September die Regenwahrscheinlichkeit deutlich steigt und es zugleich un-



Spanien erlebte in diesem Sommer trotz Hitze einen Touristenansturm: Urlauber auf der Baleareninsel Menorca Ende Juli

Foto: imago/Zuma Wire

KLIMAWANDEL UND TOURISMUS

Reise-Experten sagen das Ende des Sommerurlaubs im Süden voraus

Die Urlauberströme könnten sich laut den Vorhersagen von Touristikforschern zunehmend in Richtung Norden oder auch zeitlich verschieben – Doch es gibt auch gegenteilige Ansichten

angenehm stürmisch werden kann. Dagegen glaubt Stefan Gössling, Professor für Tourismus an der schwedischen Linné-Universität, eher an Anpassungen bei den Reisezielen, weg von den klimatisch „unsicheren“ Regionen, wie man sie beispielsweise rund ums Mittelmeer finde, hin zu sicheren Destinationen.

Der gleichen Meinung ist die European Travel Commission (ETC), die Dachorganisation der europäischen Tourismusverbände und -behörden. So wurde deren Exekutivdirektor Eduardo Santando kürzlich mit folgenden Worten auf dem Newskanal der Deutschen Presse-Agentur zitiert: „Wir gehen davon aus, dass die Reiseströme in Europa in Zukunft stärker von unvorhersehbaren Wetterbedingungen beeinflusst werden ... Dies könnte dazu führen, dass es mehr Europäer auf der Suche nach milderem Temperaturen in den Sommermonaten zu Zielen in Mittel- und Osteuropa ziehen wird.“

Die EU-Kommission legte kürzlich sogar eine spezielle Studie vor, die mit Blick auf die zu erwartenden Folgen des Klimawandels sagt: „Wir stellen bei den Veränderungen der Tourismuskonsums ein klares Nord-Süd-Muster fest ... Die Regionen Mittel- und Nordeuropas werden voraussichtlich ganzjährig attraktiv für touristische Aktivitäten zum Nachteil der südlichen und mediterranen Gebiete.“

Allerdings gibt es auch Experten, welche das Ganze etwas differenzierter beziehungsweise gelassener sehen. Einer davon ist Samed Kizgin, Leitender Analyst für Reiserisiken beim Sicherheitsdienstleister A3M Global Monitoring mit Sitz in Tübingen. Er vertritt zwar ebenfalls die Ansicht, „dass viele Reisende vermehrt auf die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels achten werden“.

Andererseits seien die Touristen aber nicht so leicht zu verschrecken, wie mancher glaube: „Selbst bei den Waldbränden auf den griechischen Inseln haben sich

viele dennoch dazu entschieden, ihren Urlaub wie geplant fortzuführen.“

Parallel hierzu gab Norbert Fiebig, der Präsident des Deutschen Reiseverbandes, bekannt: „Aktuell zeigt sich keine Veränderung im Buchungsverhalten aufgrund der lang anhaltenden Hitzewelle im Süden Europas.“ Und tatsächlich meldeten Länder wie Italien und Spanien in diesem Sommer Rekordzahlen – nach Spanien kamen rund ein Viertel mehr Touristen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Entscheidend bleiben Wärme und Sonnenscheindauer

Einen der Gründe für die Beliebtheit von Urlaub im angeblichen „Hotspot des Klimawandels Mittelmeer“ nannte der Tourismusforscher Torsten Kirstges von der Jade-Hochschule in Wilhelmshaven gegenüber der „Wirtschaftswoche“: Die Türkei, Griechenland, Tunesien und Marokko seien trotz der oft extrem hohen Temperaturen vor Ort auch und gerade

im Sommer seit Jahrzehnten sehr beliebt. „Dafür sorgt ... , dass ein Sommerurlaub dort oft günstiger ist als anderswo. Da gilt quasi: Preis schlägt Hitze.“ Zugleich hält Kirstges jedoch Veränderungen für möglich, wenn weitere heiße Sommer kommen: „Dann wird Wilhelmshaven die neue Karibik und die Leute fahren an die deutsche Ostsee, aber auch nach Polen oder nach Nordfrankreich oder Irland, England, Skandinavien, Dänemark“. Das gelte indes nur, wenn es dort tatsächlich auch entsprechend wärmer werde, denn „das Urlaubsmotiv Sonnenwärme wird ... immer das Entscheidende bleiben“.

Sollte der Wilhelmshavener Tourismusexperte Recht behalten, hätte das einschneidende Folgen für die großen Pauschalreiseunternehmen und Charterfluggesellschaften. Immerhin existiert an den neuen Destinationen noch keine nennenswerte Infrastruktur für den Massentourismus, und anreisen können die Urlauber bequem mit dem eigenen Auto.

EXTREMSPORT

Bergsteiger ohne jede Moral

Massenbetrieb in den Alpen und im Himalaya zeitigt erschreckende Blüten – Verletzte wurden ohne Hilfe zurückgelassen

Früher gab es unter Alpinisten einen strengen Moralkodex, gegen den nur selten verstoßen wurde, weil dies gravierende Folgen für den Ruf des Betroffenen hatte. Im Zeitalter des Massenbetriebs in den Bergen ist das nun aber anders. Hierzu drei Beispiele aus jüngster Zeit.

Durch die Südostwand des Daubenhorns im Kanton Wallis führt ein 900 Meter hoher Klettersteig, der zu den längsten und schwierigsten der Schweiz gehört. Die exponierte Route können ausschließlich echte Könnner bewältigen. Auf einer nur mit Spezialausrüstung zu erreichenden kleinen Wiese fast 300 Meter über dem Einstieg hat der Verein IG Kletter-

steig Leukerbad-Gemmi-Daubenhorn eine Box für Spenden zum Erhalt der Route installiert. Der in die Steinwand eingemauerte, sehr massive Kasten wurde Anfang August von unbekannten „Bergsportlern“ aufgebrochen, welche dabei ein paar hundert Euro erbeuteten. Seitdem herrscht Fassungslosigkeit in Leukerbad, und der Verein schrieb auf seiner Facebook-Seite: „Wir wünschen der Täterschaft ..., dass sie bei jedem Ausflug in den Bergen ein schlechtes Gewissen bis in alle Ewigkeit plagt wird.“

Genauso schockiert wie die Mitglieder der Schweizer IG Klettersteig reagierten österreichische Bergretter, als sie bei Ein-

bruch der Dunkelheit Alarmrufen nachgingen, wonach ein stark geschwächter 64-Jähriger rund 170 Meter unterhalb des Ingolstädter Hauses im Steinernen Meer am Wegrand liege. Der erschöpfte Bergsteiger erzählte, dass er von seinem Begleiter verlassen worden sei. Diesen traf die Bergwacht später friedlich schlafend in der Schutzhütte an. Als Begründung für das Im-Stich-Lassen des Kameraden gab der Niederbayer an, der andere „müsse auch alleine zurechtkommen“.

Noch krasser war der Vorfall, welcher sich am 27. Juli am K2 im Karakorum-Himalaya ereignete. Der 8611 Meter hohe Berg ist der zweithöchste Gipfel der Welt

und gilt als deutlich schwieriger als der Mount Everest. Zu den gefährlichsten Stellen auf der Normalroute zählt dabei der „Flaschenhals“, eine von Stein- und Eisschlag bedrohte Engstelle auf rund 8300 Metern.

Sicherungsexperte kam ums Leben

Hier stürzte der pakistanische Hochträger Muhammad Hassan gegen zwei Uhr morgens bei Sicherungsarbeiten zugunsten der zahlenden Kundschaft der Firma Lela Peak Expeditions ins Seil, wonach er bei unter minus 30 Grad hilflos kopfüber in der Wand hing und dann im Laufe des Vormittags starb. Während des Todes-

kampfes von Hassan passierten mehr als 50 Bergsteiger die Unfallstelle, wobei der 27-Jährige wiederholt hilfesuchend nach den Beinen der Vorbeikletternden griff.

Besonders bemerkenswert an dem Vorfall ist dabei der Umstand, dass zu den „Gipfelsiegern“ des 27. Juli auch die gefeierte norwegische Extrembergsteigerin Kristin Harila gehörte, die alle 14 Achttausender der Welt innerhalb von nur 92 Tagen bezwang. Der österreichische Sportjournalist Stefan Nestler kommentierte das Ganze mit den Worten: „Für Menschlichkeit scheint immer weniger Platz zu sein, je höher es geht und je mehr Leute unterwegs sind.“ W.K.

OSTERODE

Heinrich Hoch ist Ehrenbürger

Der Vertreter der Deutschen Minderheit erhielt den Ehrentitel von zwei Partnerstädten

VON UWE HAHNKAMP

Der 9. September war für Heinrich Hoch, den Vorsitzenden der Osteroder Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Tannen“ und des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, ein großer Tag. Er erhielt im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrats von Osterode im Festsaal der Osteroder Burg den Titel eines Ehrenbürgers seiner Heimatstadt verliehen – als bisher sechste Person.

Mit der Verleihung dieses Titels hat Hoch es geschafft, Ehrenbürger zweier Partnerstädte zu werden – für die Initiierung eben der Partnerschaft und ihrer Begleitung seit beinahe 30 Jahren. „Wir freuen uns, dass Du ab heute nicht nur Ehrenbürger unserer Stadt Osterode am Harz bist, sondern auch Ehrenbürger Deiner Stadt Osterode“, brachte es Jens Augat auf den Punkt. Der Bürgermeister von Osterode am Harz war mit einer Delegation zum regulären Austausch mit den Osteroder Kollegen gekommen und selbstverständlich bei der Feier zur Verleihung des Titels dabei.



Nach der Verleihung der Ehrenbürgerschaft: Heinrich Hoch bei seiner Dankesrede

Foto: U.H.

Begegnung Tausender Menschen

Er ist ein Beispiel von sehr vielen für die Wirksamkeit und Notwendigkeit einer lebendigen Partnerschaft, war er doch bereits als Schüler im Austausch in Osterode. „Damals wusste ich nicht, dass ich das unter anderem Henryk Hoch verdanke. Er hat in dieser langen Zeit sehr viele Menschen aus Osterode am Harz und Osterode zusammengebracht“, so Augat in seinem Grußwort. Momentan sind es vor allem der Schüleraustausch und die gegenseitigen Besuche der Stadträte, aber es haben schon Tausende Mitglieder verschiedener Vereine und Gruppen den Weg zwischen Harz und Drewenzsee in beiden Richtungen zurückgelegt.

Die Partnerschaft mit Osterode am Harz ist aber nur ein Grund für die Aus-

zeichnung des neuen Ehrenbürgers. „Henryk Hoch hat sich unter anderem mit dem Wettbewerb des deutschen Liedes für die Kultur eingesetzt und weitere Veranstaltungen organisiert“, lobte etwa die ehemalige Leiterin des Kulturzentrums Osterode Anna Zapašnik-Baron. Und Czesław Najmowicz, der Vorgänger des jetzigen Bürgermeisters, betonte die lange gute Zusammenarbeit im Stadtrat, besonders im Bereich des Sports: „Nicht nur als aktiver Sportler im Fußball, Tennis und Tischtennis, sondern auch später als Funktionär in den Osteroder Vereinen hat er viel geleistet.“

Ein weiterer wichtiger Tätigkeitsbereich von Hoch ist die Rettung oder der Wiederaufbau von wichtigen histori-

schen Bauwerken in Stadt und Kreis Osterode. Ein Beispiel dafür schilderte er selbst in seiner Dankesrede; es ging um den Festsaal, in dem er geehrt wurde: „Mit dem damaligen Bürgermeister Babalski haben wir finanzielle Unterstützung bei der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit beantragt. Dazu brauchten wir einen deutschen Partner; diesen Part hat die Stadt Osterode am Harz übernommen. Dadurch wurde der Saal so, wie Sie ihn heute vor sich sehen.“

Erhalt des kulturellen Erbes

Weitere Projekte konnten dank der vielfältigen Unterstützung der Kreisgemeinschaft Osterode verwirklicht werden, deren Mitglieder ihrer Heimat dabei mit

Rat und Tat sowie Spenden zur Seite stehen.

Außerdem steht hinter jedem aktiven und erfolgreichen Mann fast immer eine Familie, die ihm Rückhalt für seine Tätigkeit gibt und ihm den Rücken freihält. Daher galt der erste große Dank des frisch gebackenen Ehrenbürgers seiner Frau, seiner Schwester Ingrid Lipka, die mit ihm die Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Tannen“ leitet, und dem Rest seiner Familie bis hin zu seinem Enkel, die alle zu seinem Ehrentag gekommen waren.

Mit stehenden Ovationen segnete der Stadtrat den offiziellen Beschluss zur Verleihung des Titels des Ehrenbürgers von Osterode ab.

KÖNIGSBERG

Ein Denkmal für die Familie

Skulptur am Schlossteich – Frauen sollen positiv auf die Mutterschaft eingestimmt werden

Die an den Schlossteich im Königsberger Zentrum angrenzenden Uferbereiche wurden in den vergangenen Jahren systematisch verschönert. Es wurden neue Fuß- und Radwege, Plätze, Bänke sowie Beleuchtungsanlagen installiert.

Bis vor Kurzem wirkte allerdings das kleine Grundstück zwischen dem Gewerkschaftshaus und dem Palast der Kinder- und Jugendkreativität eher vernachlässigt. Seit 2012 gehört es der Königsberger Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche. Im vergangenen Jahr wurde das Gelände eingezäunt und mit der Pflasterung sowie der Aufstellung von Bänken begonnen. Zurselben Zeit beantragte die Diözese bei der Stadtverwaltung die Genehmigung, einen „Platz der glücklichen Familie“ einzurichten.

Ein solcher ist im Frühjahr dieses Jahres offiziell eröffnet worden. In der Mitte des Platzes steht eine neue Skulptur mit der gleichlautenden Bezeichnung „Glückliche Familie“. Die Komposition

besteht aus einem Vater, einer Mutter, drei Kindern sowie einem Hund. Die Mutter und das Kind sitzen auf einer Bank mit einer Bronzetafel, auf der zu lesen ist:

„Suche dein Glück nicht in den Häusern anderer Leute, dort findest du es nicht.“

Auf der Rückseite der Bank befindet sich eine Informationstafel, die darüber



Neu in Königsberg: Eine der Familie gewidmete Skulptur

Foto: J.T.

informiert, dass „der Platz der glücklichen Familie von der Königsberger Diözese mit Unterstützung des Gouverneurs von Königsberg, Anton Alichanow, und Jewgenij Wercholas geschaffen wurde“. Wercholas ist ein Abgeordneter der regionalen Duma und Inhaber eines großen Bauunternehmens. Der Künstler der neuen Skulptur ist der Bildhauer Iwan Melnikow aus Samara.

Die Kirche will Werte stärken

Für die Gestaltung des neuen Denkmals war zuvor ein Wettbewerb unter Künstlern ausgeschrieben worden. Aus den Einsendungen wählte die Diözese den nach ihrer Auffassung besten Entwurf aus. Nach Angaben der Diözese existierte die Idee für das Denkmal schon seit einiger Zeit. Sie beruht auf der Absicht, die Bedeutung der Ehe und der Familienwerte in der Gesellschaft zu stärken und die Mutterschaft unter den Frauen populärer zu machen. Jewgenij Tschernyschew

MELDUNGEN

Von Jatwingern und Wilhelm II.

Goldap – „Zum Kaiserstein“ nennt sich ein neues Geländespiel, mit dem der Landschaftspark Rominter Heide zwischen Goldap und Szittkehenen entlang der Grenze zum Königsberger Gebiet zur Entdeckung seiner Geheimnisse einlädt. Die etwa vier Kilometer lange Trasse beginnt und endet nahe der Eisenbahnbrücke in Staatshausen, dem „Aquädukt des Nordens“. Die Aufgaben findet man auf der Internetseite des Landschaftsparks. Die Erkundung von Wald und Feld führt die Teilnehmer auf den höchsten Punkt einer Siedlung der Jatwinger, auf die alte Trasse der Eisenbahn, und zu einem „Kaiserstein“, der einen besonders stattlichen Jagderfolg Kaiser Wilhelms II. dokumentiert. Davon gibt es einige in der Rominter Heide, die Anfang des 20. Jahrhunderts geschlossenes kaiserliches Jagdrevier war. Empfohlen wird auch ein Abstecher zum Aussichtsturm nach Pablindszen. U.H.

Energie aus Mini-AKW

Heilsberg – Heilsberg hat eine Absichtserklärung für die Ausarbeitung eines Energiesystems für die Stadt unterzeichnet, die sich auf kleine Kernkraftwerke der sogenannten SMR-Technik, also Reaktoren aus kleinen Modulen, stützt. Das Konzept erarbeitet das polnisch-tschechisch-ukrainische Konsortium Cesta Synergatom, das in einigen Forschungszentren derzeit diese kleinen Reaktoren entwirft. Ein Reaktor von der Größe eines Fußballfelds könnte eine Stadt wie Heilsberg mit Strom versorgen. „Die Stadt trägt keine Kosten und kann ein interessantes Projekt für die Zukunft haben“, so Bürgermeister Jacek Wiśniowski zu Radio Olsztyn, „das ist ein Forschungsprojekt, das in zehn bis 15 Jahren eingeführt wird.“ Laut Konsortium sind die kleinen Reaktoren eine sichere und effektive Technologie, die große Einsparungen bei den Energieausgaben ermöglichen wird. U.H.

Ein Kind – ein Baum

Lyck – Einen ungewöhnlichen, aber liebenswerten Weg wählt die Selbstverwaltung der Stadt Lyck zur Begründung des Stadtgebiets. Dank der Aktion „Ein Kind – ein Baum“ soll jeder kleine Lycker, der oder die nach dem 1. Januar 2019 geboren wurde, einen eigenen Baum bekommen können. So entsteht entlang des Flusses Lyck und beim Papst-Johannes-Paul II.-Platz ein typischer Park, die Familien haben ein lebendiges Andenken, und in der Stadt gibt es mehr Bäume. Um einen solchen Baum zu pflanzen, reicht ein Antrag im Lycker Rathaus. Jeder Baum erhält eine kleine Tafel mit dem Vornamen des Kindes und seinem Geburtsdatum und wird von der Familie und den Kindern gepflegt. Die Stadt Lyck wird für die Setzlinge und die Tafeln sorgen, auf die Eltern kommen keinerlei Kosten zu. U.H.

Wir gratulieren...



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

PAZ-Abo

E-Mail
vertrieb@paz.de

Telefon
(040) 41 40 08 42

Werkwoche

Die 69. Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. steht wieder vor der Tür. Diese findet in der Zeit vom **9. bis 15. Oktober in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V.** statt.

In der alljährlichen Werkwoche werden alte ostpreußische Handarbeitstechniken unter dem Motto „erhalten und gestalten“ gelehrt. Mit großem Eifer und Freude wird in den einzelnen Werkgruppen gewebt, geknüpft, gestrickt, gestickt und trachtengeschnitten.

Schon jetzt wünschen wir allen Teilnehmerinnen gute Anreise nach Helmstedt, viel Freude und Leidenschaft für das neu entstehende Werkstück.
Hannelore Mosbacher, Leitung

LO-Termine 2023

9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober:
14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitsstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 41/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 41/2023 (Erstverkaufstag 13. Oktober) **bis spätestens Montag, den 2. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung

erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kusserow, Harry, aus Groß Warnau, Kreis Lötzen, am 30. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Busse, Hildegard, geb. **Manneck**, aus Backeln, Kreis Fischhausen, am 1. Oktober
Freitag, Dr. Max, aus Groß Altenhagen, Kreis Mohrungen, am 1. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Burow, Erna, aus Groß Trakenen, Kreis Ebenrode, am 30. September
Kotowski, Hans, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Schmerl, Ella, geb. **Glowatz**, aus Lyck, am 30. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bräutigam, Wilhelm, Kreisgruppe Kassel, am 30. September
Polixa, Oskar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Ströh, Erika, aus Lyck, am 2. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Nestler, Ingard, geb. **Eichel**, aus Lyck, aus 5. Oktober
Wilkop, Ursula, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bartsch, Ernst, aus Dollkeim, Kreis Fischhausen, am 5. Oktober
Opitz, Elisabeth, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 29. September
Schöler, Ursula, geb. **Böhm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Thimm, Erika, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
Vortlage, Martha, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Schönemann, Waltraud, geb. **Negrasmus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Serafin, Friedel, aus Klein Schläpfen, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bliese, Wally, geb. **Gudduscheit**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Fafra, Loni, geb. **Beckmann**, aus Groß Schiemannen, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
Gabel, Helga van de, geb. **Feyerabend**, aus Kalkstein, Kreis Fischhausen, am 2. Oktober
Keiter, Reinhold, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Kolberg, Erwin, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Meyer, Gerda, geb. **Wohlgethan**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober
Nowotzin, Horst, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Picard, Irma, geb. **Szeszkewitsch**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Sellhorn, Otto, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September

Tobies, Georg, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Engler, Hedwig, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Oktober
Gnewuch, Willi, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 30. September
Scholla, Reinhard, aus Seedorf, Kreis Treuburg, am 1. Oktober
Walendy, Ulrich, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 29. September
Zachau, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Altherr, Christa, geb. **Börger**, aus Mohrungen, am 29. September
Borris, Willi, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 29. September
Emde, Hannelore, geb. **Döhring**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 2. Oktober
Engelbrecht, Ursula, geb. **Schukat**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 1. Oktober
Engels, Karl-Heinz, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Hallbach, Käte, geb. **Neumeier**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
Krumpholz, Magdalena, geb. **Bansi**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober
Naddig, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. September
Sander, Eva, geb. **Michalowitz**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 4. Oktober
Siebenhaar, Ursula, geb. **Podlasly**, aus Treuburg, am 5. Oktober
Steinhagen, Johanna, geb. **Wenzek**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 29. September
Tretzak, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 73, am 3. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bandilla, Sergey, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 30. September
Bergmann, Ewald, aus Guttstadt, Kreis Heilsberg, am 3. Oktober
Burzey, Dorothea, geb. **Kossmann**, aus Ortelsburg, am 29. September
Dziarrstek, Herbert, aus Eberdorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober
Horn, Heinrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September
Kowalewski, Eva-Maria, geb. **Dorss**, aus Treuburg, am 3. Oktober
Kroll, Anneliese, aus Neu-Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Piper, Ingrid, geb. **Topat**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Saremba, Josef, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Schnierda, Ursula, geb. **Nowakowski**, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 4. Oktober
Schütt, Gertrud, geb. **Blumental**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Schulz, Ruth, geb. **Papajewski**, aus Hadrichhausen, Kreis Neidenburg, am 30. September
Stanko, Werner, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Sylvester, Hilla, geb. **Jundel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Tietz, Gerhard, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober
Tonzel, Ursula, geb. **Teich**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 29. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Belz, Helga, geb. **Kaspereit**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Finner, Heinrich, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 29. September
Friedländer, Dr. Hans-Heinrich, aus Woytnicken, Kreis Fischhausen, am 2. Oktober
Fürst, Ruth, geb. **Buyny**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Groß, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Hippel, Klaus-Jürgen von, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Judtka, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. Oktober
Klenke, Erich, aus Lissau, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Kraemer, Iris, geb. **Ewert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Sembritzki, Günter, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. September
Sonnak, Heinz, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober
Tubenthal, Hansgeorg, aus Treuburg, am 30. September
Vollack, Edith, geb. **Pätzelt**, aus Freiwalde, Kreis Mohrungen, am 3. Oktober
Wessolk, Waltraud, geb. **Sentek**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 1. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bargholt, Hildegard, geb. **Pruß**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Barkat, Gertrud, geb. **Wenk**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Bucilowski, Waldemar, aus Hellmahlen, Kreis Lyck, am 30. September
Dziondziak, Maria, geb. **Hollach**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Espe, Hildegard, geb. **Winter**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober
Josuwiet, Gerhard, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Kaminski, Anita, geb. **Schumacher**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 30. September
Kleinschmidt, Inge, aus Prostken, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Klug, Margarete, geb. **Lask**, aus Lübecksfelde, Kreis Lyck, am 3. Oktober
Konegen, Gisela, geb. **Gesell**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
Kraffzik, Gerhard, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. September
Krüger, Adolf, aus Prostken, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Metorn, Giesela, geb. **Leichert**, aus Lyck, am 4. Oktober



Müsfield, Marianne, geb. **Pietzenuk**, aus Lyck, Steinstraße, am 30. September
Naujokat, Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. September
Nürnberg, Helga, geb. **Sokolowski**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 30. September
Plehn, Dr. Detlef, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 30. September
Rogalla, Margarete, geb. **Kill**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. Oktober
Romond, Gertraud, geb. **Smollich**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Schmidt, Waltraud, geb. **Heisel**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Stantien, Irene, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fietz, Karin, geb. **Schöning**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober
Kischke, Hans-Georg, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Kobialka, Horst, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Lucht, Ingeborg, geb. **Kaiser**, aus Wehlau, am 30. September
Romoth, Hartmut, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 29. September
Trudrung, Udo, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baumgart, Manfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 1. Oktober
Manegold, Prof. Bodo, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 4. Oktober

ZUR EISERNEN HOCHZEIT

Piaszinski, Erwin, aus Rodental, Kreis Lötzen und Ehefrau **Lieselotte**, geb. **Prengel**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 6. September



Beim Auftritt in Anklam am 16. September: Der Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel. Das Tragen der Schals mit den Wappen der Schule und des Vereins der Deutschen in Memel/Klaipeda symbolisiert die enge Verbundenheit und Kooperation Foto: H.-J. Müller

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Landesgruppe:

Stuttgart – Sonnabend, 30. September, 18 Uhr, Stuttgart Haus der Heimat: „Otto von Bismarck – mehr als nur der, „Eiserne Kanzler“, Referent: Dr. Mario Kandil.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Konzert-Matinee

Ansbach – Dienstag, 3. Oktober, 11 bis etwa 13 Uhr, Karlschule, Karlsplatz: Tag der Heimat des BdV mit einer Konzert-Matinee. Aus organisatorischen Gründen sind wir für einen Hinweis auf Ihre Teilnahme dankbar. Jürgen Danowski

Tag der Heimat

Hof – Sonnabend, 7. Oktober, 11 Uhr, Mahmal der Vertriebenen, Blücherstraße: Tag der Heimat.

Erntedank

Hof – Ernten macht Spaß! Mit dieser Aussage begrüßte Vorsitzender Christian Joachim Mitglieder und Gäste der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Zunächst gratulierte er den Geburtstagskindern herzlich und dankte Frau Morgner für die gelungene Ausschmückung des Raumes.

Seinen Vortrag zum Thema „Erntedank“ begann er mit einer Schilderung der Gefühle, die beim Setzen, Pflegen und Ernten der Pflanzen im eigenen Garten entstehen. Mit Freude und Befriedigung verfolgt der Gärtner das Wachsen und Gedeihen. Frustration kommt beispielsweise bei Misserfolg oder Schädlingsbefall auf. Danksagen und Feiern im Herbst sollte trotz allem nicht fehlen.

Damals in Ostpreußen hatten die Landarbeiter viele Wochen mit schwerer Arbeit verbracht, um die Ernte einzubringen. Das geschah mit viel Mühe, die aber reich belohnt wurde. Nicht umsonst war Ostpreußen die Kornkammer Deutschlands. War die Arbeit getan, wurde bei Gottesdiensten gemeinsam gedankt und der Abschluss der Ernte gefeiert.

Nach dem Krieg lieferte der ost- und westpreußische Boden kein Korn mehr in den Westen. Die neuen Bewohner mussten von Einführen leben. Im Laufe der letzten Jahre wendete sich das Bild wieder. Der Fleiß der Landwirte und ihrer Arbeitskräfte ist deutlich wahrnehmbar.

Aber auch im Westen verändert sich das Aussehen der landschaftlichen Betriebe. Zunehmend geht der Trend zu Massenerzeugnissen, Rentabilität wird großgeschrieben. So stellt sich die Frage: Was können wir tun, um dieses Übel abzuwenden? Dazu kann jeder seinen



Umzug mit Erntekrone: Erntedankfest in Bilderweiden im Kreis Ebenrode, 1937 oder 1938
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Teil beitragen. Die wenigsten Menschen arbeiten noch körperlich schwer. So kommt man heute mit weniger gehaltvoller Nahrung aus und kann dafür mehr auf Qualität achten.

Zum Schluss seiner Ausführungen beschrieb Joachim den „Plon“. Die Erntearbeiter marschierten, unter der Führung des Inspektors und begleitet von einer Musikkapelle, vom Hof. Die Frauen banden aus den Ähren der letzten Garben den Erntestrauß, den Plon. Körner daraus wurden unter die neue Aussaat gemischt, so schloss sich das Jahr zum Kreis. Mit zwei Versen von Agnes Miegel aus „Es war ein Land“ beendete der Vorsitzende seine Ausführungen. Jutta Starosta

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Louis Spohr

Kassel – Donnerstag, 5. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: „Als Louis Spohr Napoleon sehen wollte“.

75 Jahre LOW KG Kassel

Kassel – Im Jahre 2018 trafen sich 49 Mitglieder und Freunde der LOW-Kreisgruppe Kassel, um das 70-jährige Bestehen des Vereins zu würdigen. In diesem Jahr nun stand das 75-jährige Gedenken an. Wie viel Interessierte würden wohl den Weg zum Jubiläumstreffen finden? fragte sich der Vorstand. Das Ergebnis war bezeichnend, aber auch erwartbar, wir zählten 17 Getreue! Eine melancholische Stimmung angesichts der kleinen Schar bestimmte aber nicht die festliche Stunde – im Gegenteil: die Gespräche bei Kaffee und Kuchen und die rege Beteiligung beim Rückblick auf die Vereinsgeschichte machten deutlich, dass der Kern der Gruppe das Interesse und die Liebe zur Heimat unverändert hochhalten und die Gemeinschaft weiterhin pflegen wollen.

Als Überraschungsgäste konnten die Vorsitzenden Gerhard Landau und Gertraud Nitschky zwei Vorstandsmitglieder des Landesverbandes Hessen begrüßen: Landesobmann für Ostpreußen Gerhard Schröder und Beisitzerin Hannelore Neumann. Beide ergänzten den Vortragsteil über die Entwicklung der Landsmannschaft auf Landesebene aufgrund ihres Erfahrungsschatzes. Vor Beginn der Rückschau auf das Werden des Kreisverbands gedachten die Anwesenden der verstorbenen Mit-

glieder der letzten zehn Jahre. Anschließend erinnerten die Vorsitzenden an bemerkenswerte Veranstaltungen, Ausflüge und Ereignisse der Gruppe aus der letzten Zeit. Eingewoben in den Bericht wurden auch Dokumente aus den Vereinsakten mit teils lustigem, teils ernsterem Inhalt. Natürlich fehlte nicht der Hinweis auf das große Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014, auf dem unsere Gruppe einen größeren Messestand bestückte und betreute.

Aus Zeitgründen wurde der historische Weg, den der Bundesverband in den letzten Jahrzehnten gegangen ist, nicht mehr erörtert; dies soll im nächsten Jahr nachgeholt werden. G.L.

Spuren der Hugenotten

Wetzlar – Dienstag, 17. Oktober, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, Telefon (06441) 45439: „Auf den Spuren der Hugenotten“, Film-Vortrag von Wolfgang Post und Erntedankfeier. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Erntedank

Oldenburg – Mittwoch, 11. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel: Erntedank-Nachmittag der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen, Oldenburg, mit einem Vortrag über die Kartoffel: „Alles Tolle von der Knolle“ von Irmgard Mohrmann. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. Gisela Borchers

Bericht

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen nahm ihr Programm wieder auf mit einem Bildervortrag von Gisela Borchers über „Lebensbilder – Vertriebene in der Nachkriegsgeschichte Oldenburgs und

des Oldenburger Landes.“ Deutsche Vertriebene haben nach der Flucht aus ihrer deutschen Heimat im Osten aktiv und sehr beflissen am Aufbau im Oldenburger Land und einer eigenen neuen Existenz gearbeitet. Der Vortrag stellte knapp 40 Personen mit Bild, Lebensdaten und kurzer Lebensbeschreibung vor: ein buntes Bukett unterschiedlichster Persönlichkeiten. Viele Persönlichkeiten weckten Erinnerungen und Geschichten, so ging der Nachmittag kurzweilig schnell vorbei. G. B.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Veranstaltung

Dresden – Dienstag, 10. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Flammenmeer über Königsberg (Preußen). Edith Wellnitz

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Im September trafen sich die Ost- und Westpreußen bei Lieschen und Ulrich Klemens in Bad Oldesloe. Thema des Nachmittags war „Das Memelland _ Stiefkind der Geschichte“. Die Memel, der Fluss ist 937 Kilometer lang, mündet in einem Delta ins Kurische Haff. Memel, die Stadt mit dem litauischen Namen Klaipeda, 1252 vom livländischen Zweig des Deutschen Ordens

gegründet, bekam zunächst Lübsches Recht, 1475 Culmer Recht. Das Memelland war ursprünglich ein Teil Ostpreußens, nördlich der Memel und des Ruß. Nach dem Ersten Weltkrieg (Versailler Vertrag) musste Deutschland das Memelgebiet ohne Volksabstimmung an die Alliierten abtreten. Am 16. Februar 1920 übernahm Frankreich in deren Namen die Verwaltung. 1924 überließen die Alliierten das Gebiet mit überwiegend deutscher Bevölkerung Litauen. So gab es im Landtag immer wieder Spannungen. Unter dem Druck der nationalsozialistischen Reichsregierung gab Litauen am 22. März 1939 das Memelland an Deutschland zurück, damit Wiedereingliederung in die Provinz Ostpreußen. Im Winter 1944/45 verließ der größte Teil der deutschen Bevölkerung die Heimat. Nach der Niederlage Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Memelland 1948 in die Litauische-SSR (heute Republik Litauen) eingegliedert.

Anschließend hörten die Teilnehmer die Ansprache von Pastorin Marita Klein zur Goldenen Hochzeit von Christian und Walburg Tiemann, geb. Klemens, Schwester von Ulrich Klemens. Walburg Klemens war im August 1944 in Ansbach, Kreis Elchniederung, geboren worden und wenige Monate alt, als es mit dem Treck vom elterlichen Bauernhof auf die Flucht ging. Nach einem langen beschwerlichen Fluchtweg wurde Neulingen in der Altmark mit Mutter und Brüdern ihre neue Heimat. Vom Vater gab es kein Lebenszeichen. Nach einer kaufmännischen Lehre heiratete sie vor 50 Jahren den staatlich geprüften Landwirt Christian Tiemann. Zusammen mit eigenen Kindern wuchs auch Pflege Tochter Ramona in dieser wunderbaren Familie auf. Ulrich und Lieschen Klemens hatten mit Tochter Bettina an der Goldenen Hochzeit teilgenommen und berichteten darüber. Die Teilnehmer verabschiedeten sich mit herzlichem Dank für den interessanten Nachmittag. Gisela Brauer

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Sonntag, 1. Oktober, 10 Uhr, Kirchengemeinde St. Michael: Erntedankfest, anschließend Wrukenessen, Anmeldung war erforderlich.

Flensburg – Mittwoch, 25. Oktober, 12 Uhr, TSB-Heim: Wrukenessen, anschließend Vortrag zum Tag der Heimat. Anmeldung bitte bis spätestens Mittwoch, 18. Oktober bei Frau Kunde. Michael Weber



Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 1. Oktober, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Naturkundliche Höhepunkte im Ostpreußischen Landesmuseum.** Sonntagsführung mit Dr. Christoph Hinkelmann.

Mittwoch, 11. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Das Königsberger Wolfsmädchen Ursula, Lesung und Gespräch** mit dem Autor Dr. Christian Hardinghaus und der Zeitzeugin Ursula Dorn, moderiert von Dr. Christopher Spatz.

Für beide Veranstaltungen ist die Teilnehmerzahl begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 12. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Tiere und Natur im Jahreszeitenbruch, Kinderclub** mit Monja Breyer. Der Einstieg ist für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

ANZEIGE



4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder
vertrieb@paz.de anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

69. Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Auf Einladung der Kreisgemeinschaft Angerburg und des Landkreises Rotenburg (Wümme) trafen sich die Angerburger und deren Freunde am 8. und 9. September zu den 69. Angerburger Tagen.

Bereits zum Begrüßungsabend am Freitag im Restaurant Harmonie war ein deutlicher größerer Teilnehmerkreis gekommen als im Vorjahr. Bei gutem Essen, frischen Getränken und spätsommerlichen Temperaturen entwickelten sich interessante Gespräche, und es wurden viele Erinnerungen ausgetauscht. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft freute sich besonders über einige neue, jüngere Gesichter in der Runde, die erstmals oder nach vielen Jahrzehnten wieder einmal, den Weg zu den Angerburger Tagen gefunden hatten.

Der gute Zuspruch sollte sich am Sonnabend Morgen zur Kranzniederlegung am Patenschaftsstein fortsetzen. Kreisvertreter Wolfgang Schiemann erinnerte an die vielen Verstorbenen der Kriege und die Opfer von Flucht und Vertreibung. Zur anschließenden Mitgliederversammlung im Kreishaus waren neben Landrat Marco Prietz auch mehrere aktuelle und ehemali-



Kreisvertreter Wolfgang Schiemann (links) gratuliert: Björn Bröcher ist der neue stellvertretende Kreisvorsitzende Bild: Heinz-Wolfgang

ge Kreistagsmitglieder erschienen. In seinem Grußwort ging Prietz auf den seit 1945 erarbeiteten Wohlstand in Deutschland ein, der bereits vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein sorgenfreies Leben ermöglicht und schlug einen Bogen zur heutigen Arbeitsmarktsituation. Schiemann führte nachfolgend durch die Mitgliederversammlung, auf deren Tagesordnung Berichte des Vorstandes, der Schatzmeisterin Brigitte Junker und aus der Geschäftsstelle beziehungsweise dem Archiv standen und ein Ausblick auf die Aktivitäten im Jahr 2024 gegeben wurde. Nach dem Tod der stellvertretenden Kreisvertreterin Susanne Hagen im Frühjahr dieses Jahres wurde Björn Bröcher einstimmig

zu ihrem Nachfolger gewählt. Der 42-jährige Familienvater aus dem Sauerland, dessen Großmutter in Angerburg geboren wurde, ist der Kreisgemeinschaft seit vielen Jahren verbunden und zeichnet seit Kurzem für den Angerburger Heimatbrief verantwortlich.

Nach der Mittagspause und einer Stärkung mit Suppe und Königsberger Kloppen in der Kantine des Kreishauses verfolgten die Teilnehmer den Film „Ermland und Masuren im Spiegel der Seen“, der einen vielfältigen Überblick über interessante Städte und Sehenswürdigkeiten in Ostpreußen vermittelte. Zeitgleich hatten sich mehrere neue Gäste auf den Weg ins Angerburger Archiv gemacht, um in den Archivalien nach Infor-

mationen und Hinweisen zu ihren Vorfahren und deren Lebensgeschichten zu suchen.

Beim gemeinsamen Kuchen essen in gemütlicher Runde wurden dann die Gespräche des Vorabends fortgesetzt, über die Zukunft des Heimatbriefes diskutiert, neue Bekanntschaften geschlossen und bereits Verabredungen für die nächsten Veranstaltungen getroffen. Alle Anwesenden zogen ein positives Fazit und hoffen, dass die erfreuliche Entwicklung der Teilnehmerzahlen und das Interesse an Ostpreußen bestehen bleiben. B. B.

Braunsberg

Kreisvertreter: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Telefon (02306) 21236, Manuela.Begett@t-online.de, GSt.: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Münster, 48127 Münster, Telefon (0251) 4926051

Jahreskreistreffen

Münster – Sonnabend, 30. September, bis Sonntag, 1. Oktober, Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64: Jahreskreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 30. September, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Begrüßung, Bericht der Kreisvertreterin Manuela Begett, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer/innen, Aussprache zu den Berichten, Vorstandswahl, Verschiedenes. 18 Uhr: gemeinsames Abendessen, 19 Uhr:

Begegnungen, Gespräche, gesellige Beisammensein.

Sonntag, 1. Oktober, 8.30 Uhr: Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche, 10.30 Uhr: Festliche Stunde in der Johanniter-Akademie mit musikalischer Gestaltung: Begrüßung, Totenehrung, Grußworte, Gastvortrag von Monsignore Achim Brennecke, Präses der Ermlandfamilie e.V., Ostpreußenlied, Nationalhymne, Empfang durch die Patenstadt Münster, 14 Uhr: Kaffee, Ausklang des Tages.

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Wahlergebnisse

Bad Nenndorf – Am 8. September trafen sich die Delegierten der Kreisgemeinschaft Elchniederung e. V. zu ihrer regulären jährlichen Sitzung in Bad Nenndorf. Neben den üblichen satzungsgemäßen Aufgaben hatten sie diesmal nach dem Rücktritt des bisherigen Kreisvertreter Manfred Romeike im Mai des Jahres einen neuen Kreisvertreter zu wählen. Zu einer Kandidatur hatte sich im Vorfeld der bisherige 1. Stellvertreter bereiterklärt, und sollte er gewählt werden, stünde als Kandidatin für diese Funktion die bisherige 2. stellvertretende Kreisvertreterin als Kandidatin bereit.

Für die dann eventuell vakante Position der 2. Stellvertretung kandidierte dann eine Kirchspielvertreterin. Alle drei Wahlvorgänge wurden in offenen Abstimmungen durchgeführt. James-Herbert Lundsziens wurde als neuer Kreisvertreter und Barbara Dawideit als 1. Stellvertreterin jeweils einstimmig gewählt. Als 2. Stellvertreterin wurde Astrid Schriewer-Romeike mit Stimmenmehrheit gewählt. Vor ihrer Wahl musste noch eine Hürde aus dem Weg geräumt werden: Die Satzung der Kreisgemeinschaft lässt keine Vorstandsmitglieder zu, die zugleich ein Kirchspiel vertreten oder eine andere Aufsichtsfunktion wahrnehmen. Astrid Schriewer-Romeike musste daher vor dem Wahltag ihre Ämter als Kirchspielvertreterin für die Kirchspiele Herdenau und Karkeln als auch die Aufgabe der Kassenprüferin niederlegen.

Nach den Wahlgängen gratulierte der Leiter der Delegiertenversammlung den jeweils Gewählten ganz herzlich, dankte für die bisherigen Aufgabenwahrnehmungen und wünschte eine glückliche Hand in der Amtsführung. Er stellte abschließend fest, dass mit dieser Wahl erstmals kein in der Heimat geborenes Mitglied mehr im Vorstand ist. Dies wird zwar in bestimmten Momenten eine Herausforderung darstellen, aber sicherlich durch das Engagement und die Verbundenheit mit der fernen Heimat die Erreichung der satzungsgemäßen Ziele der Kreisgemeinschaft sicherstellen.

Leider konnte die Sitzung nicht genutzt werden, dem bisherigen Vorsitzenden für seine langjährige Arbeit an vorderster Stelle für die

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in question marks.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für geschriebener Text.

Word puzzle grid with words in the middle and clues on the sides.

Magisch: 3. erbauen, 6. Laüter, 7. Vitamin – Schrift, 3. Fahrten, 4. Gewerbe, 5. Geheimnis, Mittelworträtsel: 1. Personal, 2. Schicht, Schüttelrätsel: So ist's richtig: 1 eingängige Melodie, 2 Stadt in Sachsen, 3 ein Haus errichten

Magisch: Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm. 1 eingängige Melodie, 2 Stadt in Sachsen, 3 ein Haus errichten

Heimatkreisgemeinschaften



Gewählt: James-Herbert Lundszen als Kreisvertreter und Barbara Dawideit ist 1. Stellvertreterin
Bild: J.-H. L.

Kreisgemeinschaft zu danken. Manfred Romeike musste der Sitzung aus gesundheitlichen Gründen fernbleiben. Der neue Vorstand wird es sich aber nicht nehmen lassen, nach einer passenden Gelegenheit für eine Ehrung zu suchen.

Am darauffolgenden Tag hatte die Kreisgemeinschaft zur Mitgliederversammlung geladen. Leider sind dieser Einladung nur wenige Mitglieder gefolgt. Der neue Vorstand wird gemeinsam mit den Kirchspielvertreterinnen und -vertretern die möglichen Ursachen analysieren und neue Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung entwickeln und nutzen.

Da am Vortag Astrid Schriewer-Romeike ihre Ämter als Kirchspielvertreterin niedergelegt hatte, mussten hier Neuwahlen durchgeführt werden. Für das Kirchspiel Herdenau wurde Ines Laue vorgeschlagen, die schon Kirchspielvertreterin für Schakendorf ist. Sie wurde in offener Wahl einstimmig gewählt. Für das Kirchspiel Schakendorf wurde Kathrin Bretzke-Schönknecht vorgeschlagen und ebenfalls in offener Abstimmung einstimmig gewählt. Die altersbedingt abnehmende Mobilität der Landsleute erschwert die Aufrechterhaltung der Kommunikationswege mit ihnen. Dies ist nur eine der Herausforderungen die auf die neuen Kirchspielvertreterinnen wartet, die aber auch von den anderen Funktionsträgern zu bewältigen ist.

Zur Mitgliederversammlung hatte Pastor Loeper aus Aachen, dessen Eltern in der Elchniederung geboren waren, ein geistliches Wort zugeleitet und der Landrat unseres Patenkreises Landkreis Grafschaft Bentheim hatte ein Grußwort übersandt. Beides wurde durch den Kreisvertreter verlesen. Wir gedachten der Verstorbenen beim Klang der Heinrichswalder Kirchenglocke und schlossen den offiziellen Teil mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes ab. Anschließend wurden bei Kaffee und Kuchen noch viele Erinnerungen an die Heimat ausgetauscht. Abends saßen noch einige Landsleute mit Delegierten und Vorstand beim gemeinsamen Abendessen zusammen, was angesichts der hochsommerlichen Temperaturen im Freien stattfinden konnte. So ging ein ereignisreiches Wochenende stimmungsvoll zu Ende.
J.-H. L.

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Rendsburg – Sonnabend, 7., und Sonntag, 8. Oktober, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38-42, Kleiner Festsaal: Hauptkreistreffen, zu dem alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, eingeladen sind.

Das Treffen steht ganz im Zeichen des 70-jährigen Bestehens der Patenschaften des Kreises Rendsburg (-Eckernförde) und der Stadt Rendsburg für Kreis und Stadt Gerdauen sowie des 75-jährigen Bestehens der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen.

Laut Paragraph 1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdauen: fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen): drei Vertreter, Assaunen, Friedenberg/Groß Schönau, Klein Gnie, Laggargen/Löwenstein, Molthainen/Momehnen, Muldszen (Mulden), Abteilung GIRDAWE: jeweils ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinsatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor: Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Uwe Nitsch, Dietmar Plaumann; Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagnolo; Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher; Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick; Kirchspiele Laggargen/Löwenstein: Gertrud Holtermann; Kirchspiele Molthainen/Momehnen: Monika Weppelmann; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar

Hoffmann; Abteilung GIRDAWE: Brigitte Havertz-Krüger. Für das Kirchspiel Friedenberg/Groß Schönau liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern.

Folgendes Programm ist geplant (Änderungen vorbehalten): Sonnabend, 7. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Kleinen Festsalles im Hotel Conventgarten (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen), 9.30 bis etwa 11.30 Uhr: Kreistagssitzung mit Wahlen im Kleinen Festsaal, im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung), ab 12.30 Uhr: Mittagessen, 14 bis 17 Uhr: Möglichkeit zum Besuch der Heimatstube Kreis Gerdauen in Büdelsdorf, Neue Dorfstraße 67a, und der Ausstellung „Kreis Gerdauen – unvergessen“ im Neuen Rathaus Rendsburg, Am Gymnasium 4. Ein Pendelbusverkehr ist eingerichtet. Die Ausstellung über den Kreis Gerdauen vor 1945 kann bis Ende Januar 2024 zu den Öffnungszeiten des Rathauses besichtigt werden. Ab 15 Uhr: Kaffeetrinken, 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen, danach gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen, gemeinsame Gestaltung; eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen.

Sonntag, 8. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Kleinen Festsalles, 10.30 Uhr: Feierstunde mit Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte der Gäste, Festrede (Vertreter der Stadt Rendsburg), Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes, anschließend Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten.

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38-42, 24768 Rendsburg, Telefon (04331) 9050, Telefax (04331) 590565, E-Mail: info@conventgarten.de, Internet: www.conventgarten.de. Bitte geben Sie das Stichwort „Heimatkreistreffen Gerdauen“ an. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Rendsburg-Information wenden: Altstädter Markt, 24768 Rendsburg, Telefon (04331) 6634566, Mail: tourismus@rd-tm.de, Internet: www.rd-tm.de.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen in Rendsburg begrüßen zu können.
Walter Mogk, Kreisvertreter

Georg Dehio-Kulturpreis

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa e. V. in Potsdam vergibt 2023 zum elften Mal den Georg Dehio-Kulturpreis am Donnerstag, 5. Oktober, 19 Uhr, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin.

Mit dieser von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth, dotierten Auszeichnung ehrt das Kulturforum besondere Leistungen in der Erforschung, Bewahrung und Präsentation von Zeugnissen des gemeinsamen kulturellen Erbes in jenen Regionen des östlichen Europa, in denen im Laufe der Geschichte auch Deutsche gelebt haben, sowie herausragendes

Engagement für gegenseitiges Verständnis und interkulturellen Dialog.

Der Georg Dehio-Kulturpreis ist aufgeteilt in einen Hauptpreis und einen Förderpreis.

Der Hauptpreis würdigt das Engagement des Zentrums Gedankendach an der Jurij-Fedkowysch-Universität in Czernowitz/Tscherniwzi in der Ukraine, das sich der Bewahrung des kulturellen Erbes der Bukowina sowie dem wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen der Westukraine und den deutschsprachigen Ländern widmet.

Der Förderpreis geht an das Autorensteam des Films „DFC: Die

Legende kehrt zurück“ – Dr. Ondřej Kavan, Thomas Oellermann und Martin Vaško. Der Film erzählt die bewegte Geschichte des 1896 gegründeten Prager Deutschen Fußball-Clubs.

Laudationes halten Judith Stumptner (München) und S.E. Tomáš Kafka, Botschafter der Tschechischen Republik (Berlin).

Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor Ort ist eine Anmeldung bis Mittwoch, 4. Oktober per E-Mail: deutsches@kulturforum.info oder telefonisch unter (0331) 20098-0 erforderlich. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt, Anmeldungen werden der Reihe nach berücksichtigt und bestätigt.

PAZ-Abo

vertrieb@paz.de
Telefon (040) 41400842

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshöhle, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshöhle

Jubiläen

Memel – Sonntag, 1. Oktober, 15 Uhr, Hotel Aurora: Gründungsjubiläum der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) und der Patenschaft zwischen Mannheim und Memel.

Dienstag, 3. Oktober, Konzertsaal, dem früheren Schützenhaus: Tag der Deutschen Einheit.

Für Ende Oktober ist auch eine Jubiläumsfeier in Düsseldorf vorgesehen. Näheres in einer der nächsten Ausgaben.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

Herne – Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg feierte am 17. September beim Hauptkreistreffen ihr 75-jähriges Bestehen. Der erste Vorsitzende Marc Plessa begrüßte über 200 Gäste aus Nah und Fern. Das Grußwort der Stadt Herne sprach, wie in den letzten Jahren,

Karola Kalinski

Ruth Geede: De Koornfru

De Nacht is witt, de Halm böögt kromm,
doe geit ent Föld de Koornfru om.
Dat Heimke schirpt, de Wachtel schnarrt.
Ob se bi ons ok koame ward?
Ent Moorbrook stöck de Woatermann
sien allerlängste Lichtkes an,
on utem Woold reppt de Schuhu,
ok he wacht op de hoge Fru.
Nu ward et stöll, nuscht darf sik rege,
Se kemmd in brengd dem Broot dem Sege.
On wenn de Mönsch doavon ward ete,
sull he dat Danke nich varjete.



GEHEIMBUNDPROZESS

Prozess wegen Beleidigung des russischen Zaren

1904 mussten sich neun Sozialdemokraten vor dem Königsberger Landgericht verantworten – Otto Braun wurde freigesprochen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im November 1903 wurde der prominente Königsberger Sozialdemokrat Otto Braun von der preußischen Polizei festgenommen und für mehrere Monate in Untersuchungshaft gesteckt. Das gleiche Schicksal traf acht seiner Parteigenossen. Der Vorwurf lautete in allen Fällen auf „Geheimbündelei“ sowie Beihilfe zum Hochverrat am russischen Zaren beziehungsweise zur Beleidigung des Monarchen durch den Schmuggel „anarchistischer“ Schriften. Das entscheidende „Beweismaterial“ hatte die russische Geheimpolizei Ochrana geliefert, deren Agenten auch auf deutschem Boden agierten. Dies führte zu heftigen Debatten im Reichstag, in dem Brauns Verteidiger Hugo Haase, der für die SPD im Parlament saß, diesen Umstand öffentlich machte.

Im Verlauf der Diskussionen ging es bald auch um den Umgang mit russischen Emigranten im Reich beziehungsweise deren mögliche Auslieferung. So unterstellte der SPD-Vorsitzende August Bebel der Regierung „Kriecherei vor Russland“, während Reichskanzler Bernhard von Bülow konterte, Deutschland gewähre Duldung und Schutz nur für diejenigen, „die sich unter unsere Gesetze stellen ... und die sich anständig aufführen ... Wir sind in Deutschland noch nicht so weit gekommen, dass wir uns von ... Schnorrern und Verschwörern auf der Nase herumtanzen lassen.“ Und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Oswald Freiherr von Richthofen fügte hinzu: „Anarchisten sind uns gänzlich unwillkommen.“

Vor diesem Hintergrund begann Anfang Juli 1904 der Prozess gegen die neun Sozialdemokraten vor dem Landgericht Königsberg – außer Otto Braun waren die Angeklagten fast alle Arbeiter oder Handwerker. Im Verlaufe des Verfahrens konnten die Verteidiger, zu denen neben Haase der Rechtsanwalt Karl Liebknicht ge-



Stand zu Beginn seiner politischen Karriere wegen Beihilfe zum Hochverrat vor Gericht: Der preußische Ministerpräsident von 1920 bis 1932, Otto Braun, hier im Jahr 1930 bei einer Ansprache im Rundfunk *Foto: akg images*

hörte, die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft weitestgehend entkräften.

Verteidiger Haase und Liebknicht

Zum Ersten wiesen sie nach, dass die Passagen in den nach Russland verbrachten Schriften, die als Beweis für die „Verbrechen“ herangezogen worden waren, gar nicht existierten. Die preußische Polizei hatte das beschlagnahmte Material zur Prüfung an den russischen Konsul Wywodzew gesandt, der tatsächlich auf einige strafbare Sätze gestoßen sein wollte, wobei er deren Inhalt auf Deutsch übermittelte. Allerdings sagten drei offiziell

bestellte Gutachter übereinstimmend aus, dass in der russischen Originalversion etwas ganz anderes stehe. Daraufhin musste auch Wywodzew vor Gericht erscheinen, wo er einräumte, „nicht wörtlich“ übersetzt zu haben.

Zum Zweiten zeigte Haase mit Hilfe des Professors an der Juristischen Fakultät der Universität Tomsk, Michail Reissner, dass überhaupt keine rechtliche Handhabe bestand, um deutsche Staatsangehörige wegen Beleidigung des Zaren anzuklagen. Dazu wäre ein auf Gegenseitigkeit beruhender Vertrag zwischen Russland und dem Deutschen Reich nötig gewesen, den

es aber nicht gab. Angeblich anderslautende Abschnitte aus dem russischen Strafgesetzbuch hatte die zaristische Botschaft auf Anfrage der preußischen Justizbehörden bewusst falsch übersetzt.

Und zum Dritten wiesen die Verteidiger den Vorwurf des Hochverrates mit weiteren plausiblen Argumenten zurück. So sagte Haase: „Ist es denkbar, dass ein kraftvolles Volk, welches Männer wie Dostojewskij, Puschkin, Turgenjew, Tschchow, Gorkij, Tolstoj hervorgebracht hat, dauernd diese Zustände erträgt? ... Aus den Schriften klingt eine Sehnsucht heraus nach Fortschritt, nach

Kultur, nach der Aufnahme in die Familie der westeuropäischen Völker ... Wenn aber das Verlangen nach einer Konstitution Hochverrat ist, dann waren alle unsere Großväter Hochverräter.“

Paragraph 128 behielt bis zum Jahr 1968 seine Gültigkeit

Angesichts dieser Sachlage hielt das Gericht die Anklage für unzureichend untermauert und sprach am 25. Juli 1904 drei der neun Angeklagten, darunter auch Otto Braun, frei. Die anderen sechs erhielten kurze Haftstrafen wegen „Geheimbündelei“ gemäß Paragraph 128 des Reichsstrafgesetzbuches vom 1. Januar 1872. Dieser verbot „die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannt Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird“. Hierbei handelte es sich um einen „Gummiparagraphen“, dessen Anwendung erfolgte, obwohl der Versand der sozialdemokratischen Schriften nach Russland alles andere als konspirativ abgelaufen war.

Der sogenannte Königsberger Geheimbundprozess zeitigte zwei Folgen. Weil der preußische Justizminister Karl Schönstedt im Berliner Abgeordnetenhaus mit den ungeprüften, falsch übersetzten Zitaten gegen die in Untersuchungshaft befindlichen SPD-Mitglieder polemisiert hatte, war er politisch nicht zu halten und musste im November 1905 von seinem Amt zurücktreten.

Darüber hinaus machte Hugo Haase in der Folgezeit immer wieder öffentlich auf die Missstände im deutschen Strafrecht aufmerksam und forderte dessen grundlegende Reformierung. Eine Abschaffung des dubiosen Paragraphen 128 erreichte er damit allerdings nicht. Der blieb noch bis zum Jahre 1968 gültig.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Die Steffi fahlt ganz ferchterlich“

Die Oberschlesierin Steffi Wróbel engagierte sich für den Erhalt des deutschen Kulturerbes und ihres Dialekts

Steffi Wróbel-Fuhrmann sang, spielte Akkordeon und dichtete in der schlesischen Mundart. Bei keinem Fest der deutschen Gesellschaft in Niederschlesien durfte die „Lerge vom Zobten am Berge“, wie sie sich selbst nannte, fehlen. Am 16. September verstummte sie im Alter von 94 Jahren für immer.

Am 30. April 1929 in Königlich Dombrowka [Dąbrówka Dolna] im ober-schlesischen Kreis Oppeln als Tochter eines Försters geboren, kam Fuhrmann 1936 nach Klein Silsterwitz [Sulistrowiczki]. Dort, im Forstamt Zobten [Sobótka], am Fuße des heiligen Bergs der Schlesier, des „Zotabarchs“ [Zobten/Ślęza], wuchs sie unbekümmert auf, ging zur Schule und sog die niederschlesische Mundart auf. „Du pauerst wieder wie ein Bauer“, warf ihr die stets hochdeutsch sprechende Mutter vor.

Als der Sohn des Gutsbesitzers eines Tages im Dorf der kleinen Steffi seine Ziehharmonika auslieh und sie sofort eine Melodie darauf spielen konnte, war es um sie geschehen – das war ihr Instrument. Mit zehn Jahren schlachtete sie ihr Sparschwein, die Eltern gaben etwas drauf und Steffi bekam ihre „Quetschkommode“. 1945 kamen die Russen und stahlen das Instrument. Die Welt und Klein Silsterwitz standen Kopf.

Steffis Vater durfte zwar noch als Förster in Klein Silsterwitz arbeiten, aber von nun an für die Polen. Der neue, junge Förster, Eugeniusz Wróbel, warf ein Auge auf die 16-jährige Steffi. „Der Wróbel wollte mich nirgendwo alleine hingehen lassen, er hat auf mich aufgepasst wie auf einen kleinen Hund. Und das hat mich schon geärgert. Ich sagte zu ihm: ‚Heirate mich, oder lass mich in Ruhe!‘“, berichtete die ebenso temperamentvolle wie willensstarke Frau, und ihre Augen funkelten hinter der großen Brille fröhlich.

Schwere Zeiten nach dem Krieg

„Es waren schwere Zeiten, aber mit ein wenig Mut habe ich es gemeistert. Ich bin in Klein Silsterwitz geblieben ... und manchmal habe ich gedacht, ich vergesse meine Muttersprache. Ich durfte doch so viele Jahre nach dem Krieg kein Deutsch sprechen, also blieb mir nur das Bücherlesen. Ich habe auch viel mit vertriebenen Bekannten und Freunden korrespondiert. Später habe ich in der Nähe noch ein paar Deutsche gefunden, mit denen man schlesisch ‚pauern‘ konnte“, berichtete sie mir 2013 bei unserer Begegnung auf Schloss Klitschdorf [Kliczków].

1947 heirateten Steffi Fuhrmann und Eugeniusz Wróbel. Aus der Ehe gingen fünf

Kinder hervor. Sie las polnische Literatur, aus der sie die Hochsprache lernte. Doch im Dorf blieb sie die „Niemra“ (negativ für Deutsche) bis sie bei den katholischen Messen in Groß Silsterwitz [Sulistrowice] die Orgel spielte. Das Leben nahm einen geregelten Lauf an, Familie Wróbel zog in ein neugebautes Haus nach Zobten am Berge. Steffi war ehrgeizig und wollte ler-

nen. Mit 41 Jahren bestand sie ihr Abitur auf der Forstabendschule in Militsch [Milicz].

Im Hause Wróbel wurde das „Ślowo Polskie“ (Polnisches Wort) gelesen, ein von 1945 bis 2004 in Breslau erscheinendes Tagesblatt. „Eines Tages sehe ich darin, in einer kleinen Rubrik der Sonntagsausgabe, einen deutschen Text mit sehr

vielen Fehlern. Darunter stand: Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft. Und da wusste ich, ich muss sie in Breslau aufsuchen“, so Steffi.

Das war 1991. Nun engagierte sich der Wirbelsturm vom Zobten am Berge in Breslau. Sie gründete die Trachtengruppe „Heimatsänger“, organisierte die Niederschlesischen Kulturtreffen mit.

Ende der 90er Jahre erschienen Steffis Mundartgedichte und später ihre Erinnerungen. Es verlangte große Überwindung, sagte sie, ihre oft traumatischen Nachkriegserlebnisse niederzuschreiben, aber überwogen habe die Liebe zur Heimat und der Wunsch, ein Stück dieser für die Nachwelt zu bewahren. In „Steffis Geschichte. Ich bin eine Deutsche in Polen“ schildert sie den Alltag einer daheimgebliebenen Deutschen. In Veranstaltungen und Jugendbegegnungen berichtete und unterrichtete sie junge Niederschlesier über die Suche nach eigener Identität und tat es am liebsten in „ihrer“ Mundart. Ihre Zuhörer lauschten und bewunderten sie, doch: „Ei denner Nähe fielt ma sich geburga/Du hilfst vergessa monche Surga,/aber Diech ploagt woas, genau asu wie miech,/ins fahln die Schlesier ganz ferchterlich“ (aus Steffi Wróbel's Gedicht: Derr Zuta-berg und die Schlesier). *Chris W. Wagner*



Abschied von einer „Pauer-Frau“: Steffi Wróbel, hier mit Willi *Foto: Wagner*

AUS DER VERGANGENHEIT

Ein Schutz, der keiner war

Der Pommernwall – Eine Betonkette zieht sich durch die Landschaft, Fledermäuse leben in den Gewölben

VON BRIGITTE STRAMM

Üppige Informationen über den Pommernwall im Osten Pommerns gibt es nicht. Der Verlauf war laut Hans-Ulrich Kuchenbäcker, Zeitzeuge aus dem Heimatkreis Rummelsburg, von der Ostsee westlich von Rügenwalde über Pollnow, Baldenburg, Neustettin, Deutsch-Krone, Tütz bis zur Netze und weiter bis Landsberg/Warthe. Teilweise war auch eine weitere Linie vorgelagert.

Nachdem die Grenzen zu Polen nach dem Ersten Weltkrieg durch den Versailler Vertrag neu festgelegt wurden, begann Deutschland 1932 mit dem Bau von Befestigungsanlagen. Betonierete befestigte Stellungen ähnlich der Festungsfront Oder-Warthe-Bogen unter Ausnutzung der Seenlandschaft zogen sich durch die Landschaft. Es waren zirka 900 Bauwerke, von denen noch diverse Reste, verborgen in den Wäldern, auch heutzutage zu finden sind und großes Interesse bei den Interessierten hervorrufen.

Zunächst Betonbauten

Bei Neustettin wurde der Bau der Betonbunker im Jahre 1934 begonnen. Hier und bei Deutsch Krone waren die vorgesehenen Schlüsselpunkte (Operationskorridore) der befestigten Linie. 1934 wurde ein Abschnitt des Pommernwalls zwischen Vilmsee [Jeziro Wielimie] und Dolgensee [Jeziro Dolgie] erbaut. Nach Kriegsbeginn wurden die Arbeiten eingestellt. Erst etwa Juli 1944 bis Januar 1945 wurden weitere Arbeiten durchgeführt.

Kuchenbäcker berichtet, dass der Befehl zum Baubeginn kurz nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 kam. Die ersten Ostwallarbeiter aus Rummelsburg verließen die Kreisstadt bereits am 1. August 1944. Jetzt galt es allerdings Panzergräben auszuheben, im Volksmund „das Schippen“ genannt. Zumeist mussten Jugendliche diese Arbeit verrichten. Der Holterdiepolder ausgesprochene Befehl, ohne geeignete Unterkünfte und Verpflegung zur Verfügung zu stellen, war eine Herausforderung. Die zu bewältigten Erdbewegungen waren gewaltig, Ein Panzer-



Deutsch Krone: Reste einer Bunkeranlage des Pommernwalls

graben war oben zirka vier Meter breit, unten einen halben Meter, bei zirka 3,5 Meter Tiefe, dazu mit Faschinen verstärkt. Für Panzer sollte dieser Graben ein nicht zu überquerendes Hindernis sein.

Frauen und Kinder arbeiteten

Es waren Jugendliche, 14- bis 16-Jährige, Frauen und ältere Männer, zu der Zeit war der Volkssturm noch nicht aufgestellt, die diese Arbeit zu erledigen hatten. Außerdem wurden Bauern mit ihren Gespannen teilweise verpflichtet, was zulasten der Ernte und Feldarbeit ging.

Der Wehrkreis II hat die Zahl der von der pommerschen Gauleitung verpflichteten Zivilisten auf 125.000 geschätzt, alleine im Bereich Rummelsburg-Bütow sollen es zirka 35.000 Personen gewesen sein. Aufgrund des schnellen Vordringens der Roten Armee kam es auch in dieser Stellung zu keiner planmäßigen Besetzung. Nur Teile der Anlage waren besetzt und wurden von den vorrückenden Verbänden der Roten Armee umgangen beziehungsweise komplett ignoriert, das heißt von der Umgebung abgeschnitten. Erstmals durchbrachen die Sowjets den Pommernwall am 28. Januar 1945 bei

Hochzeit im Kreis Arnswalde, am 26. Februar 1945 bei Baldenburg. Da standen die Panzerspitzen schon vor Rummelsburg, Bublitz und Pollnow.

Fluchtweg abgeschnitten

Am 1. März 1945 erreichten Aufklärungs-panzer die Ostsee bei Köslin. Der Bevölkerung des Kreises Rummelsburg, deren rechtzeitige Evakuierung die NSDAP verhindert hatte, war jetzt der Fluchtweg nach Westen abgeschnitten. Angestrebte Ostseehäfen erreichten die viel zu spät aufgebrochenen Trecks nicht mehr, sie waren auf dem Wege dorthin von den Sowjets überrollt worden. Man kann wohl rückwirkend sagen, dass das Projekt eine große Fehlplanung war, das von den Menschen großen Einsatz und Opfer gefordert hat, ohne Nutzen.

Man trifft in dem gesamten Abschnitt immer wieder auf Reste der Befestigungen, die oft sogar begehbar sind und deren Beschriftungen im Inneren noch deutlich zu lesen sind. Gerade im Bereich Deutsch Krone gibt es zahlreiche Objekte, die auch zu besichtigen sind. Das Schloss Tütz beispielsweise weist eine Besonderheit auf: In den Jahren 1934 bis 1937 wurden in der

Böschung unter dem Schloss Stahlbetonbunker des Pommernwalls eingebaut. Im Frühjahr 1945 wurde das Schloss durch Kampfhandlungen und Sprengung der Bunker beschädigt, blieb jedoch im nutzbaren Zustand. Nach dem Großbrand 1947 stand die Ruine bis 1957 verlassen, 1958 bis 1962 wurden archäologische Grabungen durchgeführt, die die Reste der gotischen Burg enthüllten. 1966 bis 1976 wurde das Schloss wiederaufgebaut, wobei der Zustand aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts wiederhergestellt wurde.

Auch der Verein Studienkreis für internationales Festungs-, Militär- und Schutzbauwesen führte eine Besichtigungstour im Bereich Deutsch Krone durch und berichtete unter anderem vom dem Zustand der Werkgruppe „Ziegelei“, die aus den beiden Panzerwerken „Ziegelei Ost“ und „Ziegelei West“ besteht. Das Befestigungswerk „Ziegelei-West“ gehört zu einem Museumsgelände, das kostenlos besucht werden kann. Man kann sich dort informieren, wie die Verbindung zwischen den Werken einst war und wie sie technisch ausgerüstet waren.

„Lost Places“ von Interesse

Einige Enthusiasten haben sich aufgemacht und diverse Aufnahmen und Videos gefertigt, denn auch solche Objekte sind heutzutage „Lost Places“, ein internationaler Trend, der vieles aus der Vergangenheit preisgibt. Anzumerken ist, dass sich auch in diesen alten Gewölben zahlreiche Fledermäuse ein Zuhause gesucht haben.

Die größte Kolonie befindet sich allerdings im Oder-Warthe-Bogen. Bei den Bunkern der Festungsfront handelt es sich um das größte von Menschenhand errichtete Fledermausquartier Europas. Über 35.000 Fledermäuse überwintern hier. Es handelt sich überwiegend um Großes Mausohr, Fransenfledermaus und Wasserfledermaus. Es wurden bisher zwölf Fledermausarten nachgewiesen. Hier findet man kilometerlange Bunker voll tausender Fledermäuse, die hier ihr Winterquartier haben. Eine durchaus sinnvolle und friedliche Nutzung der einstigen Militäranlagen.

VERKEHR

Gute Fahrt zwischen Usedom und Wollin

Der Swinetunnel hat seine Bewährungsprobe bestanden

Wer von der Ostseeinsel Usedom auf die benachbarte Insel Wollin reisen will, muss die Swine, den mittleren Mündungsarm der Oder, überqueren. Fähren gibt es hier bereits seit Jahrhunderten, aber erst in neuester Zeit macht ein etwa 1,8 Kilometer langer Tunnel unter der Swine zumindest die Autofähren überflüssig. Der tiefste Punkt des Tunnels befindet sich rund elf Meter unter der Sohle der Swine, die in Swinemünde eine Tiefe von 13 bis 15 Metern hat. Der Außendurchmesser des Tunnels beträgt 13,46 Meter, was für zwei Fahrbahnen ausreicht. Die Geschwindigkeit im Tunnel ist auf 50 Kilometer pro Stunde beschränkt, die Durchfahrt ist kostenlos und dauert drei bis vier Minuten.

Baubeginn für den längsten Unterwassertunnel Polens war im Februar 2019 gewesen. 85 Prozent der Kosten, die mit 220 Millionen Euro angegeben werden, trägt die EU, den Rest übernimmt die Stadt Swinemünde. Die Stadt plant – nicht zuletzt durch den Tunnel – die Zahl

seiner Touristen von aktuell 1,5 Millionen auf jährlich 2,5 Millionen zu erhöhen.

Der am 30. Juni 2023 eröffnete Straßentunnel hat bereits seine Bewährungsprobe bestanden. Die Mehrzahl der Nutzer ist des Lobes voll, denn vor der Eröffnung des Tunnels mussten Autofahrer Fähren zur Überfahrt nutzen. In Spitzen-

zeiten bedeutete das für Benutzer der Kaseburger Fähre nicht selten eine Wartezeit von zwei Stunden. Einheimische durften die günstigere Stadtfähre nutzen.

Für Fußgänger und Radfahrer bleibt die Stadtfähre auch weiterhin erhalten, während die größere Fähre bei der Insel Kaseburg stillgelegt wird. Kassandraru-

fer regionalen Presse wie „Swinetunnel undicht“ oder „Tunnel schon wieder geschlossen“ sollten die Nutzer des neuen Bauwerks nicht abschrecken. Der Verkehr rollt allgemein störungsfrei. Gründe für die kurzzeitige nächtliche Schließung waren notwendige Konservierungsarbeiten, Tests, Überprüfungen und die Montage von neuen Geräten.

Es ergibt sich die Frage, ob den Polen mit dem Tunnelbau verkehrstechnisch der ganz große Wurf gelungen ist? Ja und nein, kann die Antwort nur lauten, denn ebenso wie in der Wissenschaft gebiert auch in der Technik die Lösung eines Problems allgemein eine Reihe neuer, noch zu lösender Probleme.

So mehren sich in Swinemünde Befürchtungen, dass der zunehmende Verkehr, an Spitzentagen werden 10.000 Fahrzeuge den Swinetunnel passieren, die Straßen verstopfen wird, zumal es zu wenig Parkplätze gibt. Vor der Tunnelöffnung hatten die langsamen Fähren den Pkw-Verkehr reguliert. *Erwin Rosenthal*



Der Swinetunnel: Problemlose Fahrt zwischen den Inseln im Oderhaff

● MELDUNGEN

Mittelalterfest, Oldtimer und Plattdeutsch

Stettin – Trotz des durch das Friedrich-Loeffler-Instituts (Riems) gemeldeten Auftretens der Afrikanischen Schweinegrippe bei Wildschweinen unweit Stettins wurden die Maßnahmen dort gelockert: Das erlassene Verbot des Betretens von Wäldern wurde in den Kreisen Greifenhagen, Pölitz, Soldin und Pyritz aufgehoben. *TS*

Penkun – Am vergangenen Wochenende wurde bereits zum zweiten Mal zu einem Mittelalterfest in den Hof des Schlosses Penkun eingeladen. Etwa 3000 Gäste kamen, um als Knappe am Heerlager oder dem Mittelaltermarkt teilzunehmen. Für musikalische Umrahmung sorgten Trommeln, Laute und Schalmel. *TS*

Bütow – Die vom Deutschen Ritterorden zwischen 1398 und 1405 errichtete Burg von Bütow gilt als das bedeutendste Wahrzeichen der Stadt. Nun soll mit EU-Fördergeldern die Fassade saniert und die Fenster ausgetauscht werden. In der ab 1930 als Jugendherberge genutzten Burg ist heute unter anderem ein Museum. *TS*

Loitz – Viel Resonanz erfuhr am vergangenen Wochenende das 7. Loitzer Oldtimertreffen. Gekommen waren geschätzte 2000 Fans. Sie bestaunten wahre Schmuckstücke, eines von ihnen: ein IFA F8 Cabrio aus den 50er Jahren. Dicht umlagert war auch der Ersatzteile-Markt für kleine und große Schrauber. *TS*

Dünnow – Am 22. September luden das Stolpmünder Kulturzentrum und der Gemeinderat in die örtliche Kirche zu einem Orgelkonzert des Stolper Musikers Zbigniew Gach ein. Der Geschichtsforscher M. Barnowski erzählte zuvor die Geschichte der Kirche und des 1831 in Dünnow geborenen Orgelbauers C. F. Voelkner. *TS*

Sassnitz – In der vergangenen Woche ist erstmals wieder ein Wolf auf der Insel Rügen nachgewiesen worden. Gewissheit brachte eine Genprobe nach einem Wildtierriß im Nationalpark Jasmund. Weitere Informationen zur Herkunft des Wolfes gibt es noch nicht. Das Raubtier galt auf der Insel als ausgerottet. *TS*

Swinemünde – Im Bereich des LNG-Terminals Swinemünde wurden nun auch Grenzschutzbeamte stationiert. Begründet wurde dies mit dem Schutz strategischer Infrastrukturen vor hybriden Angriffen. Das Terminal in Swinemünde wird als Teil einer neuen „Gasdrehscheibe für Osteuropa“ angesehen. *TS*

Greifswald – Seit vergangener Woche begrüßt die pommersche Universitätsstadt Greifswald ihre Besucher auch auf Plattdeutsch: An sechs Ortseingängen wurde der Name „Griepsbold“ angebracht. Für Baudezerntin Jeanette von Busse gehört das Plattdeutsche zur regionalen Kultur und Identität. *TS*

Stettin – Vom 6. bis 8. Oktober findet an der Blumenallee/pl. Żołnierza Polskiego 1 das 5. Oktoberfest statt. Es ist das Fest kleiner und großer handwerklicher Brauereien. Vermittelt wird die Kunst des Bierbrauens, man erfährt interessante Fakten und kann sich auf drei Tage voller Biergenuss, Live-Musik und jede Menge Spaß freuen. *BS*

„Ist Baron Münchhausen auferstanden?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Einfach exzellent“

Henriette Laumans, Bocholt
zum Titelthema: Das entlarvende
Schweigen deutscher Journalisten
(Nr. 37)



Ausgabe Nr. 37

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

NICHTS WURDE VERZIEHEN
ZU: VERSCHWEIGEN, VERNEBELN,
WEGDUCKEN (NR. 37)

Dass das politische Establishment versucht, eine systematische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen zu verhindern, erklärt sich aus unserer politischen Unkultur, Fehlleistungen zum Abschluss gegnerischer Akteure zu nutzen.

Moralisch verwerflich daran ist, dass auf eine durchaus mögliche Verbesserung von Pandemie-Maßnahmen bewusst verzichtet wird. Man wird auch auf die nächste Pandemie instinktiv und interessengeleitet antworten und dabei weiterhin im Blindflug unterwegs sein. Das weise Wort von Jens Spahn, man werde sich vieles verzeihen müssen, ist leider wirkungslos verhallt. *Jörg Neubauer, Neu-Isenburg*

FALSCH FOKUSSIERTE POLITIK
ZU: VERSCHWEIGEN, VERNEBELN,
WEGDUCKEN (NR. 37)

Leider kommen immer noch nicht die möglich gewordenen Alternativen ab der dritten Coronawelle zur Sprache, nämlich Prävention durch Lüftungsgeräte mit mittlerer Luftfeuchte, Kupfermasken (die Kupfermasken galten nicht als gleichwertig zur FFP II, denn sie hätten möglicherweise den Träger der Maske auch geschützt), Halstabletten, orthomolekulare Medizin und Holunderbeersaft.

Alles war auf Impfungen ausgerichtet oder vielleicht auf eine gewollte Durchsuchung. Die Wiener Ärztin, die mit einem Asthmaspray von Anfang an den Krankheitsverlauf mindern konnte, ist bis heute nicht gehört worden.

Die „Kasernierung“ der alten Menschen in den Pflegeheimen trotz Impfungen war dabei die herzloseste Maßnahme. Andere Lösungen wurden gar nicht in Erwägung gezogen wie gut belüftete Besuchsbereiche als Schleuse. Es war eine auf das Impfgeschäft und die Zwangsdigitalisierung der Bürger fokussierte Politik. Es wurde auch nicht geprüft, ob jemand bereits Abwehrkräfte hat, und trotzdem

wurde geimpft. Es hätte Zonen für Geimpfte und Nicht-Geimpfte geben können, man hätte am Supermarkt die Einkaufstüten zur Abholung bereitstellen können, anstatt alles zu schließen und nur die Supermärkte offen zu lassen. Die dann zuhauf zum Teil schlecht programmierten Apps und Programme oder der mangelnde Datenschutz wären auch ein interessantes Thema. *Valentina Selge, Lippstadt*

SCHWACHE ERINNERUNGEN
ZU: AUF DER JAGD NACH NEUEN
SOLDATEN (NR. 37)

Ich muss weit zurückdenken, als Kriegsdienstverweigerer von den Grünen für ihre Haltung bewundert wurden und wie sie Wehrdienstleistende als „Baby Mörder“ verunglimpften. Oder können sich die Linken und Grünen noch an den Spruch erinnern: „Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin.“ Mich würde gerne interessieren, wie die deutschen Behörden heute bei einer Auslieferung reagieren. Ob die grün-rote Politik sich daran noch erinnert? *Bernd Wegter, Nordhorn*

WAS DAS FÜR EIN SCHMARRN
ZU: „EIN STURM IM PAPPBECHER“
(NR. 36)

Es ist Wahlkampf in Bayern, und gewisse Parteien sehen ihre Felle davonschwimmen. Also muss man mit schmutzigen Mitteln versuchen, den Gegner zu diskreditieren. Und wenn man ihn anhand seiner aktuellen Politik nicht fassen kann, dann scheuen sich gewisse Parteien auch nicht, alte Jugendsünden auszugraben und ihn damit zu verleumdern.

Denn wie sich ja herausgestellt hat, war es ja der Bruder, und Hubert Aiwanger hat nur versucht, die weitere Verbreitung zu verhindern. Aber solche Feinheiten und die Tatsache, dass Aiwanger seinen Bruder geschützt und nicht verraten hat, hat man bei der „Süddeutschen Zeitung“ leider vergessen zu erwähnen. Dazu kommt ein früherer Aiwanger-Lehrer, der

30 Jahre lang wartet und immer wieder versucht, seine Geschichte wie Sauerbier an die Medien zu lancieren, wobei die meisten abgelehnt haben mit der Begründung: zu dürrig und schon zu lange her.

Ich kann nur hoffen, dass der aufgeklärte Wähler in Bayern sieht, was das für ein Schmarrn ist und sich dann am Tag der Wahl daran erinnert. Denn wer im Vorfeld mit seinen Gegnern so umspringt und Schmutz verbreitet – was macht der erst mit dem Wähler, wenn er an der Macht ist? Ich denke doch, dass wir schon genug Leute in der Politik haben, die mit Deutschland nichts anzufangen wissen und die Vaterlandsliebe zum Kotzen finden. Da braucht es nicht noch mehr von solchen. *Nils Pellnat, Eddelak*

WO BLIEB DER AUFSCHREI?
ZU: JEDER ZWEITE EIN AUSLÄNDER
(NR. 36)

Es ist zu begrüßen, dass das Thema Vergewaltigung wieder aufgegriffen wird. Die Politik behandelt dieses Thema mit einer unglaublichen Ignoranz. Oder wenn sie sich dazu herabgelassen hat, sich zu äußern, dann in der Weise, dass die Opfer die Tat selbst verschuldet hätten. Aber auch große Teile der Gesellschaft haben sich der Meinung angeschlossen. Es gab keinen Aufschrei. An dieser Stelle muss auch angemerkt werden, dass es falsch ist, wenn vielfach nur von den Ausländern die Rede ist. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

INEFFIZIENTE WÄRMEPUMPE
ZU: WIE KOMMT DIE WIRTSCHAFT
AUS DER ENERGIEKOSTENFALLE?
(NR. 35)

Unsere Regierung beschließt, was von uns zu tun ist, um die deutschen Klimaziele zu erreichen. Sie weist darauf hin, dass in Deutschland 40 Prozent der Emissionen dem Gebäudesektor anzurechnen sind. Da unser Emissionsanteil insgesamt weltweit zwei Prozent ausmacht, fallen diese 40 Prozent mit 0,8 Prozent ins Gewicht.

Dieser Wert soll nun mithilfe von Wärmepumpen in Deutschland gegen Null gesenkt werden. Die Leistungszahl (COP) einer Wärmepumpe gilt für einen bestimmten Zustand. Zum Beispiel einer Lufttemperatur von zehn Grad Celsius und einer Vorlauftemperatur von 35 Grad Celsius. Ein Zustand, der in der Heizungsperiode unrealistisch ist, weswegen die echten Leistungswerte viel niedriger ausfallen. Um zu wissen, ob eine Wärmepumpe im Altbau effizient arbeitet, muss man die Jahresarbeitszahl (JAZ) kennen. Je höher die JAZ ist, desto wirtschaftlicher kann man ein Haus beheizen. Bei effizienten Wärmepumpen liegt die JAZ in einem Bereich von 3,0 bis 4,5. Das heißt, die Wärmepumpe gibt etwa viermal mehr Energie ab, als sie kostenpflichtig aus dem Stromnetz bezieht. Diese JAZ erzielen Wärmepumpen aber nur beim Einbau in gut gedämmten Neubauten und in wärmetechnisch optimal sanierten Altbauten.

Für die Sanierung von Altbauten sind Experten zufolge, 400 bis 600 Euro pro Quadratmeter zu veranschlagen. Diesen Aufwand blenden die Fachkräfte der Ampel aus. Sie verteilen Beruhigungspillen, indem sie versprechen, dafür zu sorgen, dass die Anschaffungskosten einer Wärmepumpe, den Beschaffungskosten einer fossilen Heizung gleichkämen, und tun so, als sei dann schon alles getan, um kostengünstig heizen zu können. Ist Baron Münchhausen auferstanden und als Berater der Ampel tätig? Das Märchen passt zum Lügenbaron. Fakt ist, dass Altbaubesitzer die Sanierungskosten auf sich nehmen müssen, um mit einer Wärmepumpe effizient heizen zu können. Ansonsten ist die Pumpe geschenkt ihr Geld nicht wert.

Wer den Wärmepumpeneinbau im Gesetz verankert, um das Klima zu retten, der sorgt dafür, dass das Lebenswerk vieler Menschen, ihr Wohneigentum, teilentwertet oder gar zum Klotz am Bein wird. Hinzu kommt, dass die Eigentümer von Altbauten nicht mit verbilligtem Industriestrom rechnen können, sondern lediglich mit künftig noch brauner erzeugtem teuren Grünstrom.

Helmut Schmidt, Baltersweiler

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

POMMERN

Unter kaschubischen Bauern

„Zufriedenheit im Herzen ist Sonnenschein im Haus“ – Mit dem Rad entlang der Ostseeküste von Swinemünde bis Danzig

VON ANNE MARTIN

Das Regencape klebt am Fahrradsattel, die Gamaschen triefen vor Nässe, wer eine Brille trägt, wünscht sich jetzt dringend Scheibenwischer: Regenschauer in Swinemünde, Land unter in Cammin. Die polnische Ostseeküste versinkt in einer Regenwand, die so mancher dem Klimawandel zuschreibt, aber vielleicht ist es doch nur eine Kapriole dieses Sommers.

Eine Woche lang werden wir radelnd in Pommern unterwegs sein, dem Land am Meer. Wir werden Städte wie Kolberg, Stettin und Danzig passieren. Bis auf einige Hinweisschilder, die deutsche Untertitel tragen, ist die deutsche Vergangenheit von den Polen ausgelöscht. Am Stettiner Hauptbahnhof, derzeit eine einzige Baustelle, kommt auf die auf Deutsch gestellte Frage nach einem Taxi nur ein Kopfschütteln. Die Wiederholung auf Englisch: Schulterzucken.

Was einmal war, scheint weitgehend vergessen. Der Beitritt zur EU hat zwar Geld in das Land gespült, aber das Flair ist osteuropäisch. Zu einem gepflegten Auftritt gehören bei jungen Polinnen modisch lange Nägel und falsche Wimpern, die Männer tragen bunt bedruckte T-Shirts über prallen Muskeln. Jeder noch so kleine Badeort stellt bunte Karussells auf oder lässt lärmende Autoscooter in Strandnähe rattern.

Deutschen Touristen fällt es schwer, die fremde Sprache mit den vielen Konsonanten bröckchenweise zu verstehen. Nichts lässt sich erschließen, nur wenige deutsche Vokabeln haben es ins Polnische geschafft. „Szlafrok“, etwa für Bademantel. Gut, dass man mit einer Übersetzungsass auf dem Smartphone die QR-Codes auslesen kann, die in vielen Einrichtungen angebracht sind, und hilfreich, dass einige von uns einen Zettel dabei haben, auf dem „Dziękuję“ steht für „Danke“.

Was auffällt: Die Polen sind ungeheuer stolz auf ihr Land. Stadtführerin Danuta in Stettin spricht viel von „wir“. Wenn sie etwa auf das Denkmal zeigt, das an Lech Walesa erinnern soll, den Elektriker und späteren Friedensnobelpreisträger, der das Land mit seiner Gewerkschaft „Soli-



Immer eine Reise wert: Am Ende der Reise belohnt dieser Anblick auf Danzig alle Strapazen

Foto: Martin

darność“ aus dem Klammergriff der Kommunisten befreite. Oder wenn sie mit großer Geste über die Hakenterrasse weist, wo man weit über die Oder blickt und in einem gut besuchten Restaurant zu Abend essen kann.

Moderne trifft Tradition

Vom dritten Tag an zieht sich die Regenwand zurück, wir radeln durch lichte Wälder, schließen unterwegs immer mal wieder die Räder an und lassen die Füße im silberweißen Geriesel des Ostseesandes versinken. In Leba stapfen wir frühmorgens auf die berühmte Wanderdüne, 42 Meter hoch, die langsam ostwärts weht und an die Sahara erinnert. Unten glitzert die Ostsee mit unberührtem Strand – jedenfalls bis um zehn Uhr morgens, bevor die Feriengäste kommen.

Im Naturschutzgebiet rund um die Wanderdünen sieht man Familien umherstreifen, auf der Suche nach Beeren und

Pilzen. Pilzesammeln hat Tradition in Polen, genauso wie das Einkochen von Marmelade und das Einwecken von Gurken. In Städten wie Rewal sitzen Frauen mit ihren Gemüse- und Obstschätzen vor einem Drogeriemarkt, die Röcke um sich gebauscht wie einst kaschubische Bäuerinnen. Moderne trifft Tradition.

Dreht man die Zeit zurück wie im Freilichtmuseum von Klucken, dann nimmt das bäuerliche Leben Gestalt an wie auf vergilbten alten Postkarten: Zwischen Reetdachhäusern watscheln rundliche Gänse, in den dunklen Stuben mit den kurzen Betten finden sich sogar noch Küchentücher mit deutschen Aufschriften: „Zufriedenheit im Herzen ist Sonnenschein im Haus“. Die Relikte der Vergangenheit sind ungleich schöner als die oft mit billigen Materialien errichteten Profanbauten der kommunistischen Ära. Im ehemaligen Kurhaus von Leba, dem heutigen Hotel „Neptun“, das mit seinen

Türmchen an ein Schloss erinnert, versinken wir in tiefen Sesseln und genießen den Charme der Jahrhundertwende.

Der freie Blick über die Ostsee und das Klirren der Cocktailgläser versöhnt mit dem Rummel des Ortes. Oder am Abend zuvor das alte Herrenhaus von Wussek, verwunschen am Ende des Ortes gelegen. In der Empfangshalle blaken Kerzen, eine geschwungene Treppe führt in die oberen Geschosse, an den Speisesaal schließt sich ein Tanzboden an. Wer unterm Dach kurz vorm Einschlafen ist, meint sie trappeln zu hören, die Pferdekutschen, die hier früher eintrafen, um Gäste zum großen Ball zu bringen.

Abschied im „Goldwasser“

Die letzte Etappe führt über die Halbinsel Hela, durch lichte Wälder blitzen Schaukronen, oft kreuzen Surfer unseren Blick, am Ende wartet die Fähre nach Danzig. Die Überfahrt dauert gut zwei Stunden

und ist spektakulär: zur Linken das ehemalige Militärgelände der Westerplatte, wo am 1. September 1939 ein polnisches Munitionsdepot von einem deutschen Schiff beschossen wurde – der Angriff gilt als Auslöser des Zweiten Weltkrieges. Dann tauchen schon die Türme der einstigen Hansestadt auf, die im Krieg im Bombenhagel zerfiel und nun in perfekt restaurierter Schönheit erstrahlt. An der Stadteinfahrt das Hilton-Hotel mit Dachterrasse, daneben ein nostalgisches Karussell, nicht aus Plastik, sondern alten Vorbildern nachempfunden. Kurz davor ankert die Fähre. Wir schieben unsere Räder am Kai entlang, an dem „Westerplatte“ benannten Schiff vorbei, das Besucher täglich im Pendelverkehr zur geschichtsträchtigen Werft fährt.

Danzig ist in diesen Tagen ein Sommermärchen. Die Stadt wird von Touristen geflutet, die alles sehen wollen: Die Marienkirche und die „Lange Gasse“ mit dem Neptunbrunnen, dem Artushof und den hochherrschaftlichen Bürgerhäusern. Die „Frauengasse“ mit den vielen erhöhten Terrassen, den Beischlägen, die typisch sind für die Stadt. Bernstein überall – Ketten, Ringe, Ohrringe, Skulpturen.

Ein Bummel durch den überdachten Markt zeigt die Fülle der polnischen Lebensmittel. Und dann die Brigittenkirche mit dem Bernsteinaltar, an dem sich die Danziger Bürger bis heute mit ihren Fundstücken beteiligen können. Wer für einige Minuten in einer der Kirchenbänke Platz nimmt, erlebt die tiefe Religiosität der Polen. Junge Mütter bedeuten ihren Kleinkindern, wie man sich korrekt bekruezt. Männer mit tätowierten Armen knien im Gebet versunken vor den Heiligenbildern. Und als ein junges Paar einzieht, das sich trauen lassen will, wird der goldene Altar doch tatsächlich noch von innen erleuchtet.

Abschiedsessen im Restaurant „Goldwasser“, das nach dem berühmten Likör mit den Blattgoldpartikeln benannt ist, der – so hatte die Stadtführerin verschwörerisch gerault – in Deutschland billiger zu erstehen sei als in Polen. Das Mitbringen steht fest: ein Bernsteinarmband. Das Gold der Ostsee, das alle Zeitenwenden überdauert hat.

HOTELLEKTÜRE

Am falschen Ende gespart

Printmedien? Fehlanzeige! – Selbst in Nobelhotels liegen seit den Lockdown-Zeiten kaum noch Zeitungen für die Gäste aus

Genüsslich frühstücken und dann in Ruhe eine gute Zeitung lesen: Das ist der Wunsch vieler Hotelgäste und war bis vor der Pandemie in Hotels der gehobenen Klasse selbstverständlich. Leider haben anscheinend die meisten Hotels Corona zum willkommenen Anlass genommen, die relativ geringen Kosten für Zeitungen einzusparen und zugleich den Gast auch schneller vom teuren Frühstücksbuffet wegzubringen. Die meisten – zumeist jüngeren – Hotelgäste nutzen ohnehin keine Printmedien mehr, so eine gängige Ausrufe der Hoteliers. Unsere Zeitung wollte es genau wissen und machte einen Test in fünf edlen Herbergen.

Beginnen wir im Süden, in Überlingen. Über der Altstadt mit herrlichem Blick auf den Bodensee und Weingärten liegt wohl das schönste Hotel des von Touristen fast überlaufenen Urlaubsortes, das Parkhotel St. Leonhard. An Zeitungen werden morgens kurz nach 7 Uhr zwei Ausgaben des „Südkuriers“ geliefert. Die Bitte des Gas-

tes, ihm für den Zeitraum von zwei Wochen seine Gutscheine für eine überregionale Zeitung zu bestellen, wird freundlich

abgelehnt. Der Vertrieb mache das nicht mit. In der Innenstadt scheint das Argument nicht zu zählen. In den Buchhand-

lungen und Kiosken liegt die gewünschte Zeitung zuhauf.

In Kempton im Allgäu, der nach eigenem Bekunden wohl ältesten Stadt Deutschlands, gibt es das Traditionshotel „Fürstenhof“. Kaiser und Könige stiegen im Vorläuferbau ab. Für sie gab es alles. Heute muss der Gast auf eine Zeitung verzichten. Es gibt keine.

Eine lobenswerte Ausnahme

Im „Steigenberger“ von Bad Wörishofen gab es bis zur Pandemie im schicken Frühstücksrestaurant einen großen Tisch mit etwa zehn verschiedenen Zeitungen und Wochenzeitschriften – jeweils in mehreren Exemplaren. Heute kann man „sein“ Blatt wenigstens an der Rezeption erwerben. Dieses wird dann morgens an die Zimmertür gehängt.

In der Nobelherberge „Grand Hotel“ in Falkenstein im Taunus geht auch das nicht. Printmedien? Fehlanzeige! Um sich schnell die geliebte Zeitung selbst vom

kilometerweit entfernten nächsten Kiosk zu holen, ist der Weg allerdings zu weit.

Wo sich einst die österreichische Kaiserin Sisi erholte, auf der griechischen Insel Korfu, gibt es weder an der Rezeption vom „Grecotel“ noch zum Frühstück auch nur eine einzige Zeitung. Auch einheimische Gäste müssen auf ihr Blatt verzichten. In einem kleinen Laden in der Nähe gibt es zwar den „Spiegel“ und die „Bild“-Zeitung. Das war es dann aber auch schon. In der Altstadt der Weltkulturerbestadt Korfu waren drei Exemplare einer kleinen griechischen Zeitung zu sehen. Dabei wurden dort früher französische und italienische Zeitungen gedruckt.

Lobenswert die „Marina“ am Starnberger See. Es gibt mehrere Ausgaben der Münchener Blätter und dazu Zeitungen aus den Nachbarorten. Die Rezeption bestellt, was gewünscht wird. Abends geht ein Verkäufer mit den Münchener Boulevardzeitungen des kommenden Tages durch das Restaurant. *Norbert Matern*



Für viele Hotelgäste gehört eine Zeitung zum Frühstück dazu wie die Milch zum Kaffee

● FÜR SIE GELESEN

Neues aus dem
Brunnen-Verlag

Das Gießener Verlagshaus Brunnen mit dem Ziel, den christlichen Glauben zu fördern und Menschen verlässliche Werte zu vermitteln hat eine große Bandbreite an Produkten. Ein Vorbild christlicher Nächstenliebe ist Elisabeth von Thüringen (1207–1231), die 1235 von Papst Gregor IX. heiliggesprochen wurde. Der biographische Roman „**Elisabeth von Thüringen. Die Kraft der Liebe**“ von Ursula Koch zeichnet ihr Leben, in dem sie sich für Schwache und Arme einsetzt, nach (256 Seiten, Taschenbuch, 10 Euro). Wirklich mitreißend ist das Buch leider nicht geschrieben, aber das Leben der Heiliggesprochenen nachzulesen, ist unbedingt lohnend.

In der Neuzeit angekommen gibt es diesen untrüglichen Glauben, wie ihn Elisabeth hatte, immer seltener. So beschäftigt sich der Theologe Timothy Keller in „**Glauben wozu?**“ mit der Religion im Zeitalter der Skepsis, wie auch der Untertitel lautet, und kommt zu dem Schluss, dass es vernünftig ist, Christ zu sein (383 Seiten, Taschenbuch, 23 Euro). Mit demselben Thema hat sich Keller immer wieder auseinandergesetzt, zum Beispiel auch in „**Warum Gott? Vernünftiger Glaube oder Irrlicht der Menschheit?**“ (335 Seiten, Taschenbuch, 18 Euro). Hier legt der Pastor die Frage zugrunde, ob die Wissenschaft den Glauben an Gott nicht längst widerlegt habe. Keller schreibt offen und leicht verständlich, die Übersetzungen von Frauke Bielefeldt und Friedemann Lux sind es ebenfalls.

Der Brunnen Verlag hat aber nicht nur Bücher über den Glauben, sondern auch die Bibel im Angebot. Das Neue Testament in der Neuen Genfer Übersetzung „**NGÜ NT Das Neue Testament**“ ist beispielsweise auch als mp3-Hörbibel erschienen, gesprochen von Doro Plutte und Daniel Kopp (Laufzeit etwa 23 Stunden, 2 CDs, 29,80 Euro). Hans Bruns Bibelübersetzung „**Die Bibel mit Erklärungen**“ (1648 Seiten, gebunden, 26 Euro) hat sich nun seit Jahrzehnten bewährt, ist gut verständlich und enthält nach jedem Sinnabschnitt eine hilfreiche Erklärung. Etwas eigenwillig wirken seine Überschriften, wenn etwa der wohl bekannteste Psalm „Der Gute Hirte“ in Bruns Übersetzung die Überschrift „Der Herr – ein starker Hirte und ein freundlicher Wirt“ heißt. Aber schon vergleicht der Leser Bruns Ausgabe mit der Lutherbibel, und der Brunnen Verlag hat seinem Anspruch entsprochen.

Der Tübinger Theologe Rainer Riesner hat sich mit dem Leben des Jesus von Nazareth beschäftigt. In seinem umfassenden Buch „**Messias Jesus. Seine Geschichte, seine Botschaft und ihre Überlieferung**“ (537 Seiten, gebunden, 58 Euro) breitet Riesner aus, weshalb er die vier Evangelien als historisch zuverlässige Zeugnisse ansieht. Ein Überblick über Quellen, in denen Jesu Leben und Handeln beschrieben steht, und wie sie Einfluss auf die Exegese nehmen, bildet den Abschluss seiner Darstellung. Zwar möchte Riesner auch explizit Nicht-Theologen für sein Werk gewinnen, aber wer kein wissenschaftliches Lesen gewöhnt ist oder mag, sollte von diesem Buch die Finger lassen. Die vielen Fußnoten und Einschübe könnten abschrecken. Ein Namens- und Stichwortregister, ein Autorenregister und ein Register für Bibelstellen stehen nach einem übersichtlichen Anhang mit einer Zeittafel, einer Erläuterung zum Turiner Grabtuch und einer Bibliografie zu Veröffentlichungen über Jesus von Nazareth. CRS

RATGEBER DER WOCHE

Du bist,
was Du isst

Ein großformatiges Buch über das Essen mit vielen Informationen und durchillustrierten Seiten

„**Alles, was Du über krumme Karotten**, Beeren mit Superkräften und leckeres Unkraut wissen musst“, lautet der Untertitel des „Großen Buch vom Essen“, einer sehr witzig und wissensreichen Vorstellung des Essens, die erklärt, warum es so wichtig ist und wie es in der

Steinzeit war, worauf man heute beim Essen achten sollte, wann das Besteck erfunden wurde oder was während des Zweiten Weltkriegs in den Kuchen kam sowie welche Nährstoffe es gibt und dass nicht jedes Gütesiegel gut ist.

CRS



Ola Woldańska-Płocińska:
„**Das große Buch vom Essen**“, Carl Hanser Verlag, München 2023, gebunden, 80 Seiten, 20 Euro

BUNDESWEHR

Streitkräfte in
desolatem Zustand

Ex-Fallschirmjäger Achim Wohlgethan will mit seinem Buch „**Blackbox Bundeswehr**“ wachrütteln, ist jedoch nicht überzeugt davon, ob dies gelingt

VON DIRK KLOSE

Heinrich Heine lässt sein Gedicht „Nachtgedanken“ mit dem Versen beginnen: „Denk ich an Deutschland in der Nacht / Dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Ersetzt der Leser des Buchs „**Blackbox Bundeswehr**“ Deutschland durch Bundeswehr, kann er gar nicht mehr schlafen. Achim Wohlgethan, früherer Fallschirmjäger mit zwei Afghanistan-Einsätzen, zeigt ein derart düsteres Bild vom Zustand der deutschen Streitkräfte, dass einem angst und bange wird. Sein knappes Fazit: Die Bundeswehr ist bei der Landes- und Bündnisverteidigung im jetzigen Zustand nicht einsatzbereit.

Wohlgethan ist für den Bundeswehrverband tätig. Mit viel Detailwissen geht er alle Unzulänglichkeiten bei Waffensystemen, Personal und Beschaffungswesen durch. Es sind haarsträubende Geschichten: vom neuen Transportflugzeug, bei dem von 37 Maschinen gerade mal zehn einsatzbereit sind; vom Hubschrauber NH90, der als militärischer Hubschrauber „völlig ungeeignet“ ist; vom immer wieder nachgerüsteten Schützenpanzer Puma, der Unsummen an Kosten verursacht und trotzdem bei der NATO-Eingreiftruppe vom veralteten Marder ersetzt werden musste; von der Munition, die höchstens fünf Tage reicht, obwohl die NATO 30 Tage verlangt; vom problematischen Outsourcing genuin militärischer Aufgaben an ziviles Personal; von der „Kannibalisierung“ beim Tornado, bei

dem es schon seit Längerem keine Ersatzteile mehr gibt.

Der Laie staunt über extreme Lieferfristen: beim Eurofighter 32 Monate, bei der Fregatte 125 70 Monate, beim Puma 69 Monate, beim Hubschrauber sogar 134 Monate, also über elf Jahre. Die Mehrkosten betragen bisher 13 Milliarden Euro. Die Einsatzbereitschaft mancher Systeme liegt bei unter 30 Prozent. Das Kaputtsparen bei der Luftabwehr habe dazu geführt, dass Deutschland heute einem Luftangriff nahezu schutzlos ausgesetzt ist.

Der Autor fühlt sich der Truppe sehr verbunden. Er will mit dem Buch wachrütteln, ist aber skeptisch, ob das angesichts der überbordenden Bürokratie gelingen kann: „Es fehlt an der nötigen Weitsicht und am Verantwortungsbewusstsein.“ Das vom Bundeskanzler verkündete 100-Milliarden-Sofortprogramm könne eine Chance sein, doch mit den jetzigen Strukturen würden alle Probleme nur noch größer. Es ist ein zutiefst alarmierendes Buch. Ein winziger Trost ist, dass auch die russische Armee, wie sich in der Ukraine zeigt, nicht so top ist, wie sie vorgibt. Aber im Ernstfall kann man sich darauf nicht verlassen.



Achim Wohlgethan:
„**Blackbox Bundeswehr. Die 100-Milliarden-Illusion. Was unsere Truppe jetzt wirklich braucht**“, Econ Verlag, Berlin 2023, gebunden, 320 Seiten, 21,99 Euro

MEDIZINGESCHICHTE

Ein Arzt im
Widerstreit der Zeit

Astrid Fritz widmet ihren neuen Roman „**Die Magd des Medicus**“ Paracelsus, dem Vorläufer ganzheitlicher Medizin und der Naturheilkunde

VON ANGELA SELKE

Im Jahre 1527 steht der verwachsene und ungewöhnliche Arzt Theophrastus Bombast von Hohenheim vor dem ärmlichen Haus des Abdeckers Stegner. Der Medicus möchte die junge Tochter Barbara als Magd einstellen, denn sie ist ihm als sehr intelligent aufgefallen. Als Tochter eines Abdeckers ist für sie eigentlich nur ein Leben in Armut vorgesehen. Deshalb nimmt Barbara die Stelle gern an.

Theophrastus entpuppt sich als sehr verschoben. Er hat revolutionäre Ansichten über den Glauben, den er nur als Werkzeug der Obrigkeit ansieht. Er wird als Stadtarzt und Professor der Fakultät für Medizin in Basel gut verdienen, nimmt sich allerdings eine Wohnung im Viertel der Ärmsten. Er läuft in abgetragener Kleidung herum und gibt sein Geld nur für lange Kneipenabende und Besäufnisse aus.

Barbara, als einfache Frau, kann ihm gute Tipps geben, die diesem hochintelligenten, aber weltfremden Mann gar nicht in den Sinn kommen. So sind sie ein gutes Gespann, das auch einige Bewährungsproben überstehen muss, denn Theophrastus hält sich nicht an die Vorschriften der Fakultät und unterrichtet statt auf Latein auf Deutsch. Er will, dass seine neuen und wichtigen Erkenntnisse in der Medizin der Menschheit zugutekommen. Dafür arbeitet er Tag und Nacht und schert sich nicht um die Meinung seiner Kollegen.

Astrid Fritz' Roman „**Die Magd des Medicus**“ ist fesselt geschrieben. Es ist interessant zu erfahren, wie wichtig der Glaube für die Menschen damals war und dass man seine Zukunft nicht ändern konnte, wenn man arm auf die Welt gekommen war und als Frau ohnehin nicht. Es schildert die Mühen eines herausragenden Arztes, seine Kollegen davon zu überzeugen, die seit Jahrzehnten ausgeübten medizinischen Praktiken zu ändern und sie auffordert, seine neuen medizinischen Erkenntnisse anzuwenden, damit weniger Menschen unter der Behandlung sterben.

Aus Theophrastus wurde der
berühmte Paracelsus

Er stößt auf Widerstand der gesamten medizinischen Fachwelt, die leicht viel Geld verdienen will und bei der die Armen an letzter Stelle stehen. Der Arzt und Autor vieler wichtiger medizinischer Bücher wird später als der berühmte Paracelsus in die Geschichte eingehen. Für die Entwicklung der Heilkunde wurden dessen Lehren erst 20 Jahre nach seinem Tod wichtig. Der mit den historischen Eckdaten zu Paracelsus' Leben angereicherte Roman ist sehr lesenswert.



Astrid Fritz: „**Die Magd des Medicus**“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2023, Taschenbuch, 555 Seiten, 13 Euro

LANDESKUNDE

Als Zarin Elisabeth in Ostpreußen regierte

Jörg Ulrich Stange widmet sich in seiner Arbeit „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757–1762“ einem fast vergessenen Kapitel preußischer Geschichte

VON WULF D. WAGNER

„Nicht nur, daß er [...] den Deutschen zum gemeinsamen Helden wurde, zu einem Symbol, in dessen Verehrung ihr zerissenes Gefühl sich zum erstenmal wieder einigte, sondern seine Taten und Leiden erwarben ihm die Teilnahme, die populäre Begeisterung aller Völker. Ja, seine Niederlagen nicht weniger als seine Siege beschäftigten nah und fern die Herzen der Menschen [...]“

Lange ist es her, dass Thomas Mann so in seinem Essay „Friedrich und die große Koalition“ über Friedrich den Großen und den Siebenjährigen Krieg schrieb: bissig-ablehnend und zugleich mit verständiger Verehrung, kritisch- und zugleich zugewandt-fragend nach dem Wesen, dem Wirken, der einsamen Größe König Friedrichs II. von Preußen.

Man war damals – 1914 – deutlich weiter im Nachdenken über den Großen König als heute. Viel grundlegend Neues kam seither an Forschungen kaum hinzu, viel einseitig Unsinniges schon. Mittlerweile verklingen zwar die verdrehtesten Angriffe von Historikern gegen Friedrich, und doch wird „der Große“ gerne in Anführungszeichen gesetzt oder des Königs Handeln aus dem europäischen Kontext und den europäischen Zwängen herausgelöst, um sein kriegerisches Handeln oder sein Kirschenessen zu isolieren und zu verurteilen. Das ist durchschaubar und langweilig – aber leider bis heute sehr wirkmächtig.

Vermeintliche Gewissheiten

Auch Jörg Ulrich Stange folgt in seiner hier zu besprechenden Studie „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft“ manch vermeintlicher Gewissheit über Friedrich den Großen, unter anderem der von der vermeintlichen „Verantwortungslosigkeit“ des Königs, weil er Ostpreußen im Stich gelassen habe, als er 1757/58 die Provinz den Truppen der russischen Kaiserin preisgab. Aber Stanges Kritik entspringt seiner Zuneigung für Ostpreußen, und so sei ihm dieser das ansonsten sachliche Buch durchziehende Tick nicht verübeln.

Ende Juni 1757 war es, als mit der russischen Kanonade auf Memel der langsame Einmarsch der Armee Zarin Elisabeths in Ostpreußen begann. Erst am 30. August kam es zur größeren Schlacht; die Russen unter General Stepan Apraxin siegten über die Preußen bei Groß Jägersdorf nahe Wehlau. Damit war auch Ostpreußen zum Kampfplatz im Siebenjährigen Krieg geworden, jenem weltumspannenden Krieg, in dem England und Frankreich um ferne Kolonien kämpften; Österreich erneut versuchte, Schlesien zurückzugewinnen, sowie Russland, Frankreich, zahlreiche Reichsfürsten und dann sogar Schweden Österreichs Maria Theresia gegen Friedrichs Preußen beistanden. Dem waren diplomatische Gespräche, Intrigen, Bestechungen, Verwicklungen und Bündniswechsel vorangegangen – und Stange zeichnet dieselben im ersten Viertel seines Buches gut nach, um sich dann Ostpreußen, dessen Schicksal im Siebenjährigen Krieg im Zentrum seiner Arbeit steht, immer mit dem Blick auch nach St. Petersburg zuzuwenden.

Lob der älteren Literatur

Dass Stange dabei auf wichtige ältere Literatur zurückgreift, muss ihm angerechnet werden, denn im Gegensatz zur gerne angerufenen „neueren Forschung“ bleiben diese Werke zur Geschichte Preußens



Düsteres Kapitel der preußisch-russischen Geschichte: Die Schlacht bei Groß-Jägersdorf am 30. August 1757

„Stange führt durch die fünfzehn Jahre der Besatzungszeit, schildert die große Politik, das Grauen des ersten Russeneinfalls 1757, das dann friedliche, feierreiche und leichte gesellschaftliche Zusammenleben von Russen und Preußen in Königsberg und endet mit dem Frieden 1762“

und dem großen König hinter den gründlichen Forschungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zurück. Diese waren mit den seit 1886 erschienenen drei Friedrich-Bänden von Reinhold Koser zum König nicht nur grundlegend, sondern nicht zuletzt mit Essays wie jenem von Thomas Mann gedanklich anregender als manches heute als Standardwerk gepriesene Buch. Daher nennt Stange zu Recht Koser, aber weder Christopher Clarks „Preußen“, da Ostpreußen in ihm kaum eine Rolle spielt, noch Johannes Kunischs „Friedrich der Große. Der König und seine Zeit“, das seitlang bis zur Reihenfolge von Zitaten auf Koser fußt.

Stanges gesamtgeschichtliche Darstellung etwa zur Diplomatie, dem Kriegsablauf oder den Regierungswechseln in Russland 1762 stimmen zum Beispiel mit dem weitgehend vergessenen zweibändigen Meisterwerk von Wilhelm Oncken „Das Zeitalter Friedrichs des Großen“ (1881/82) überein. Und wenn Stange Oncken auch nicht nennt, so doch zahlreiche jener Werke, auf denen schon Onckens Darstellung fundiert war.

Auf breiter Grundlage also entsteht mit „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft“ nach tatsächlich sehr langer Zeit

eine lesenswerte Zusammenfassung der Ereignisse, die all jenen zu empfehlen ist, die die ältere Literatur – vor allem Xaver von Hasenkamps „Ostpreußen unter dem Doppelaar“ (1866) – nicht zur Hand haben. Stange führt durch die fünfzehn Jahre der Besatzungszeit, schildert die große Politik, das Grauen des ersten Russeneinfalls 1757, das dann friedliche, feierreiche und leichte gesellschaftliche Zusammenleben von Russen und Preußen in Königsberg und endet mit dem Frieden 1762. Das liest sich kurzweilig, teilweise spannend, wobei hier und da die kritischen Anmerkungen des Autors mit Gewinn zu lesen sind.

Was bewegte Friedrich den Großen?

Bei dieser detailreichen Darstellung hätte es der Autor belassen können, um geschichtlich interessierten Lesern ein ausgewogenes Bild von den Jahren 1757 bis 1762 in Ostpreußen zu vermitteln. Aber Jörg Ulrich Stange scheint mehr zu wollen, meint, sich gegen „vaterländisch gesinnte Historiker des 19. Jahrhunderts“, gegen die vermeintlich „stark nationalistisch gefärbte Darstellung Xaver von Hasenkamps“, aber auch russische Autoren absetzen zu müssen. Stange will „die erste Monografie dieses Gegenstandes, die frei von borsussophiler Siegereklärung und antirussischer Voreingenommenheit“ sei, vorlegen. Das ist viel gewollt, zumal wenn man nicht ins Archiv geht, russische Quellen kaum zur Kenntnis nimmt – auch nicht John Keeps auf denselben aufbauenden Aufsatz „Die russische Armee im Siebenjährigen Krieg“ (1989). Dabei zeigen nicht zuletzt das Werk Hasenkamps oder auch Fritz Gauses Königsberger Stadtgeschichte, dass der Autor in dieser Hinsicht nichts wirklich Neues zu berichten hat.

Nicht zuletzt mit Blick auf die wichtigen Forschungen, die Stanges Literaturverzeichnis auflistet, verwundern seine Urteile. Vor allem, dass er bei den schon die Zeitgenossen beschäftigenden Rätselfragen und Vermutungen bleibt, wo andere Historiker, wie Wilhelm Oncken, Alexander Brückner, John Keep oder Wolfgang Neugebauer, sich deutlicher positionierten, etwa wenn Stange nach den Gründen für den Abzug Apraxins oder dem Befehl

Friedrichs II., seine Armee aus Ostpreußen nach Pommern abzurufen, fragt. Dabei weiß er durchaus um die langjährige Freundschaft zwischen dem russischen Kaiserhaus und den preußischen Königen, er weiß um Friedrichs II. Hoffnung, dass mit dem Tod der ihm feindlich gesonnenen Zarin Elisabeth zu rechnen war, und dass ihr Nachfolger Peter III. einer seiner Bewunderer war, von dem er Frieden erwarten durfte – und bekam.

Statt bei einer neutralen Darstellung zu bleiben, wiederholt sich der Autor mit seiner Meinung von der vermeintlichen Arroganz, ja dem Verrat des Königs gegenüber Ostpreußen. Allein die Behauptung, dass es ein „schwerer strategischer Fehler“ gewesen sei, den Feind ins eigene Land einmarschieren zu lassen, müsste dann doch mit Blick auf die militärische Gesamtlage Brandenburg-Preußens 1757/58 genauer belegt werden. Stange referiert hier nur verschiedene ältere Überlegungen, moralisiert und blendet die anderen Kriegsschauplätze aus. So muss er dann doch gefragt werden, was dem König bei der gegen ihn stehenden Allianz europäischer Großmächte anderes übriggeblieben wäre, als Ostpreußen den Russen zunächst (!) zu überlassen?

Leider werden auch jene nicht tot zu kriegerischen Legenden von der Unver-

söhnlichkeit des Königs gegenüber der der Zarin huldigenden Provinz und von des Königs Vernachlässigung Ostpreußens nach dem Siebenjährigen Krieg bemüht. Mag Friedrich der Große noch lange gegrummelt haben, mag er Ostpreußen nicht mehr bereist haben – weil andere Provinzen seiner Aufmerksamkeit bedurften –, so kann von einer Vernachlässigung Ostpreußens nicht die Rede sein. Immerhin liegen noch zahlreiche Akten zur Heilung der Kriegsschäden vor. Und außerdem lässt sich bei aller Zuneigung zu Ostpreußen nicht leugnen, dass die Provinz im 18. Jahrhundert (!) hinter den kulturell reicheren westlichen Gebieten des Staates und besonders hinter dem vom König gewonnenen österreichischen Schlesien durchaus zurückstand. Dies war aber nicht allein des Königs und nicht nur des 18. Jahrhunderts Meinung, wenn auch zumindest Immanuel Kant dies – sein Königsberg preisend – durchaus anders sah.

Eine wichtige Arbeit über ein lange vernachlässigtes Thema

So gründlich Stanges Heranziehung selbst seltener Literatur ist und so sauber die allermeisten Abschnitte des Buches redigiert sind, so unverständlich sind jene groben Fehler, die ihm auf den Seiten 79 bis 81 unterlaufen, wenn er Herzog Albrecht ohne männliche Erben sterben lässt, Friedrich Wilhelm I. zum ersten König in Preußen macht, dann Friedrich I. zum Nachfolger Friedrich Wilhelms I. erklärt und schließlich Friedrich Wilhelm I. erst 1726 nach Ostpreußen kommen lässt. Gerade dieser König, Vater Friedrichs II., war es, der mit größter Zugewandtheit seine von der Pest verheerte Provinz wieder auf die Höhe brachte und sie wirtschaftlich erholte und neu bevölkert dem Erben hinterließ, wobei die Domänen dem Gesamtstaat wichtige Einnahmen lieferten, es also nicht „nur um die finanzielle Unterstützung der entfernten und rückständigen Provinz ging“. Finden sich dann noch Ungereimtheiten wie: „Die Menschen zwischen Weichsel und Memel waren in ihrer östlichen Randlage eigentlich Fremde im Staate Brandenburg-Preußen“, so fasert der Autor gegen Ende durch sein Steckepferd, den Versuch einer Rehabilitierung Zar Peters III., sein Buch leider aus. Hilfreich sind wiederum die ausführliche Zeittafel und der Wiederabdruck zahlreicher wichtiger Dokumente – leider auch dies nur aus der Literatur (erneut Hasenkamp!), nicht aus eigenem Aktenstudium.

Trotz der Kritikpunkte ist Jörg Ulrich Stanges Buch eine wichtige Arbeit über ein lange vernachlässigtes Thema ostpreußischer Landesgeschichte. Zudem spielt der Autor, dem manches übereilte Urteil aufgrund seiner Zugewandtheit zu Ostpreußen zu verzeihen ist, schließlich auf aktuelle Ereignisse an und erinnert dankenswerterweise an das durchaus friedliche Zusammenleben und -wirken von Russen und Preußen vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. Und so mag sein Buch auch als ostpreußischer Beitrag zur Überwindung der Feindschaften unserer Tage gelesen werden.

● **Dr. Wulf D. Wagner** ist Architekturhistoriker und Publizist. Zu seinen Werken gehören eine zweibändige Geschichte des Königsberger Schlosses (Schnell & Steiner 2008 und 2011) sowie „Die Altertumsgesellschaft Prussia. Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsverein, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844–1945)“ (Husum 2019). www.verlagsgruppe.de

Debatte



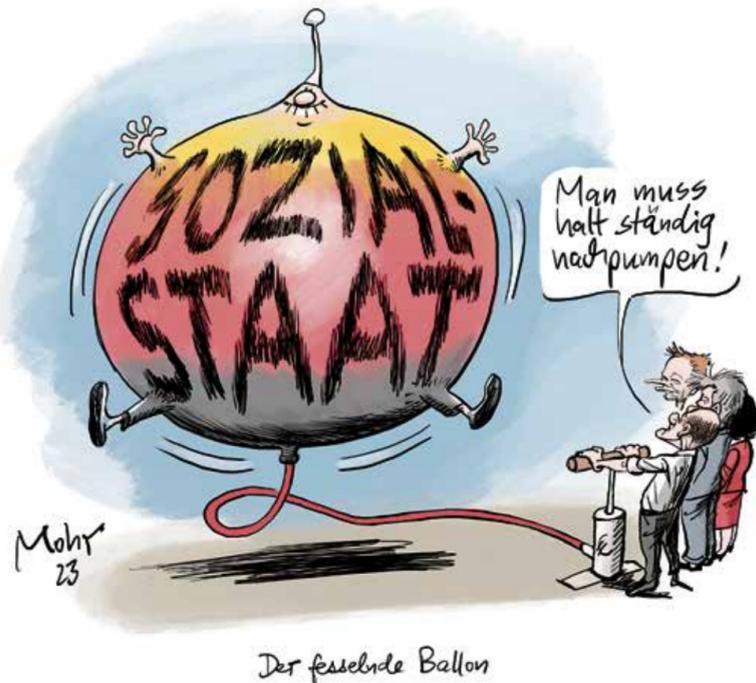
Jörg Ulrich Stange
Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757–1762.
Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg
Lau Verlag 2023, gebunden,
492 Seiten
ISBN: 978-3-95768-248-2
38 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Fast täglich erreichen Meldungen über illegale Zuwanderung die Öffentlichkeit. Und fast täglich versucht die zuständige Innenministerin den Eindruck zu erwecken, als habe sie die Lage im Griff.

Die Wirklichkeit sieht jedoch erschreckend anders aus. So berichtet „Focus online“ (26. September), dass von Januar bis Juni 2023 insgesamt 45.340 Menschen ohne Einreiseerlaubnis nach Deutschland kamen, was 56 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum sind. Schwerpunkte sind die Grenzen zu Polen und Tschechien.

Ein kaum noch zu bewältigendes Problem ist dabei die Belastung der Beamten. So zitiert „Focus online“ einen erfahrenen Polizisten mit den Worten: „Hundert Verfahren liegen auf Halde und können nicht bearbeitet werden, weil es massiv an Personal fehlt“, sowie einen Polizeigewerkschafter vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) mit dem Fazit: „Momentan ist die Bundespolizei mit ihren Kräften nicht in der Lage, Deutschland vor illegaler Einwanderung an den Grenzen wirksam zu schützen.“ *neh*

Mohr
23

Der fesselnde Ballon

● STIMMEN ZUR ZEIT

Im „Hamburger Abendblatt“ (23. September) äußert der Sänger Heino eine klare Meinung über Zeitgenossen, für die „Heimat“ ein reaktionärer Begriff ist:

„Nur leider gibt es einzelne Gruppierungen, die mit Heimat und Brauchtum nichts zu tun haben wollen. Aber bitte welche Ideologie soll das sein, seine eigene Heimat zu verleugnen und alle Werte brechen zu wollen? Entschuldigen Sie, aber so etwas finde ich vertrottelt.“

Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel wirft Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) am Beispiel ihrer China-Attacken im „Focus“ (25. September) eine nur aufs heimische Wahlvolk gerichtete „Außenpolitik mit dem Megaphon“ vor:

„Wenn Sie in jedem Interview, in jedem Gespräch, in jedem öffentlichen Auftritt ein Land nur kritisieren und geißeln, dann können Sie nicht erwarten, dass unter vier Augen eine gute Gesprächsatmosphäre herrscht ... Hätten Willy Brandt oder Helmut Kohl so über die Sowjetunion geredet, wäre die deutsche Einheit schwieriger oder gar nicht zustande gekommen.“

Die „Berliner Zeitung“ (26. September) befasst sich selbstkritisch mit dem verharmlosenden Umgang der meisten Medien mit der „Letzten Generation“ und meint:

„Doch es muss klar sein: Die Blockierer – oder ‚Aktivisten‘, wie sie beschönigend genannt werden – sind keine Demonstranten, die ‚kriminalisiert‘ werden, wie es von interessierter Seite heißt. Es sind Straftäter, die das Versammlungsrecht missbrauchen. Sie begehen Nötigungen, Eingriffe in den Straßenverkehr, Sachbeschädigungen. Das alles tun sie organisiert und finanziert von Organisationen und Unternehmen. Jedes öffentliche Verständnis, das dieser wachsenden Sekte entgegengebracht wird, macht sie größer. Und jede Kritik an ihnen lässt sie die Reihen ihrer Wagenburg enger schließen. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist der Sauerstoff, den die Letzte Generation braucht. Wir sollten ihn ihr entziehen.“

Markus Söder (CSU) kritisiert im „Focus“ (23. September) die „hausgemachte“ Wirtschaftskrise der Ampel-Regierung:

„Es werden 15 Milliarden Euro Subventionen für zwei Chip-Fabriken aus den USA und Taiwan ausgegeben. Aber beim Mittelstand, beim Handwerk und bei der Forschung wird gespart.“

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ (26. September) befasst sich mit dem französischen Ansatz für eine Energiewende und erkennt:

„Statt auf Ermahnungen und Verbote setzt Macron auf Anreize und finanzielle Unterstützung: 40 Milliarden Euro will die französische Regierung im kommenden Jahr für die grüne Transformation ausgeben, sieben Milliarden Euro mehr als ursprünglich geplant. Damit sollen Gebäude renoviert, Bahnstrecken gebaut und neue Technologien gefördert werden. Die Worte ‚Verzicht‘ oder ‚Verbot‘ hingegen kommen im Plan des Präsidenten nicht vor.“

● WORT DER WOCHE

„Mittlerweile haben die Schleuser die Kontrolle darüber, was Richtung Deutschland passiert.“

Sachsens Innenminister Armin Schuster laut „focus.de“ (26. September) zur Lage an den deutschen Außengrenzen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die letzten Tage der Nancy F.

Wie eine Ministerin, die lange Belastungsgrenzen des Staates ignorierte, nun an ihre eigenen Grenzen stößt

VON REINHARD MOHR

In der vergangenen Woche spielte sich jenseits der üblichen Nachrichtenflut ein spannendes Drama ab, das sogar philosophische Züge trägt. Es heißt: *Wenn Wirklichkeit auf Ideologie trifft* oder: Was passiert, wenn sich der Druck unabweisbarer Tatsachen so stark bemerkbar macht, dass die gewohnten Verdrängungs- und Beschönigungsmechanismen nicht mehr funktionieren und die politischen Phrasen noch hohler klingen als je zuvor?

Wie im Zeitraffer war zu beobachten, dass nach vielen Monaten der Mahnungen und Warnungen vor immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen, die vor allem von Bürgermeistern und Landräten aller Parteien kamen, plötzlich ein Begriff die Runde machte, der eben noch ein Unwort war. Man sei an der „Belastungsgrenze“ angekommen, sagte nun selbst Bundespräsident Steinmeier, der bis dahin zu jenen gehörte, die unermüdet und in salbungsvollen Worten „unsere moralische Pflicht“ zur Rettung und Aufnahme von „Schutzsuchenden“ hervorhoben. Von den Interessen der ansässigen Bevölkerung, also „jenen, die schon länger hier leben“ – so Angela Merks Umschreibung des deutschen Volkes, darunter längst auch Millionen Menschen „mit Migrationshintergrund“ –, ist so gut wie nie die Rede.

Das ändert sich nun offensichtlich unter dem Druck der Verhältnisse – und kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen. Die Talkshows nehmen das drängende Thema wieder auf, wenn auch mit spitzen Fingern und nicht ohne dass stets zumindest eine Teilnehmerin den Part der moralischen Sonntagspredigt übernimmt wie jüngst die Fernsehjournalistin Isabel Schayani bei „Anne Will“. Selbst die RTL-Hauptnachrichten, als Bertelsmann-Gewächs sonst auf strikt fortschrittlichem Ampel-Kurs, warfen nach der sexuellen Belästigung einer Dreizehnjährigen in einem Kölner Schwimmbad durch acht junge Migranten plötzlich die Frage auf, ob die Integration gescheitert sei. „Was erlauben RTL?!“, hört man da im Geiste Giovanni Trapattonis manchen Zuschauer fragen. Ist so viel Wirklichkeitsnähe nicht „populistisch“, also „rechts“?

Wer am vergangenen Sonntag den „Weltspiegel“ im Ersten einschaltete, konnte sich wieder beruhigen: In einem Filmbeitrag über mörderische Jugendgangs in Schweden, vor

allem in Malmö, kam die Tatsache mit keinem Wort vor, dass diese Banden sich fast ausschließlich aus Migrantenkindern rekrutieren, die meisten aus Afrika. Genau deshalb ist in Schweden die gescheiterte Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte zum großen Streitthema geworden.

Ausbruch aus dem Gefängnis der eigenen Ideologie

Hierzulande beginnt dieser Erkenntnisprozess erst jetzt, sehr langsam, sehr zögerlich und mit jenen legendären „Bauchschmerzen“ verbunden, die im vergangenen Jahrhundert überzeugte Kommunisten befielen, deren Zweifel an der unerschütterlichen Weisheit des Marxismus-Leninismus und der segensreichen Rolle von Väterchen Stalin in den akuten Schmerzbereich vorgedrungen waren. Ganze Bibliotheken authentischer Berichte dieser Befreiung aus einem ideologischen Gefängnis zeugen von der Schwierigkeit, von Grund auf neu zu denken und die wärmende Gemeinschaft der Gutgläubigen zu verlassen.

Vor allem den Grünen steht all das noch bevor, aber auch großen Teilen der SPD, die sich den unabweisbaren Herausforderungen der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in ganz Europa immer noch mit politischen Abwehrreflexen entgegenstellen. Im Zentrum steht Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die Mutter Beimer der inneren Sicherheit, eine Sozialdemokratin der Herzen, die trotz verheerender Umfragewerte in gut einer Woche das Amt der hessischen Ministerpräsidentin zu erringen glaubt.

Wie alle führenden Sozialdemokraten lehnt sie jede Form einer „Obergrenze“ für den Flüchtlingszugang ab. Schon denklogisch ist das Unsinn, denn es gibt für alles Grenzen, von der Sendezeit der 20-Uhr-„Tagesschau“ bis zur Haltbarkeit von Leberwurst im Kühlschrank.

Als Chefin eines großen Ministeriums, in dem sich die gesammelte Kompetenz zum Thema ballt, von der Bundespolizei über den Verfassungsschutz bis zum Bundeskriminalamt, versucht Faeser immer wieder, mit einem schier endlosen Wortschwall die Fakten zum Verschwinden zu bringen, die sie doch kennen muss. Noch letzte Woche sprach sie im Bundestag in staunenswerter Selbstherrlichkeit die Worte: „Wir ordnen und steuern die Migration.“ Eine glatte Unwahrheit, das Gegenteil ist richtig. Aber sie scheint von ihrem Bundeskanzler gelernt zu haben, wie

Zu offensichtlich ist, dass ein Großteil der illegalen Einwanderung nach Deutschland mit dem Asylparagrafen des Grundgesetzes kaum noch etwas zu tun hat



Viele Beiträge der PAZ finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

man unter „schlupfzigem Grinsen“ (Markus Söder) und grundlosem Dauerlächeln offenkundige Tatsachen leugnen kann – ein Vorgang, den man in guten alten Zeiten noch als Lüge bezeichnet hätte.

Inzwischen jedoch hält auch sie sogenannte „stationäre“ Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien für nötig, die sie eben noch, gegen die Empfehlungen ihrer eigenen Sicherheitskräfte, brüsk zurückgewiesen hatte. Wie groß angesichts eines derart unseriösen und ungläubwürdigen Schlingerkurses der Vertrauensverlust bei der Bevölkerung ist, kann man sich vorstellen.

Die Umfragewerte für die AfD, die einfach nur zuschauen muss, sprechen für sich. Und so stellt sich die Frage, wie lange die Phase der politischen Bauchschmerzen innerhalb der Ampelregierung noch dauern wird, bis es endlich zu Entscheidungen kommt, die der Begrenzung und Verminderung der Zuwanderung dienen. Zu offensichtlich ist, dass ein Großteil der illegalen Einwanderung nach Deutschland mit dem Asylparagrafen des Grundgesetzes („Politische Verfolgung“) inzwischen kaum noch etwas zu tun hat, zumal fast alle vermeintlich „Schutzsuchenden“ zuvor mehrere sichere Drittstaaten durchquert haben.

Erlösung nach der Hessen-Wahl?

Was Frau Faeser persönlich betrifft, so könnte eine Entscheidung schon übernächste Woche fallen. Wenn sie, wie anzunehmen, als grandiose Verliererin aus der hessischen Landtagswahl hervorgeht, wird sie kaum munter und zufrieden nach Berlin zurückkehren. Olaf Scholz, der ihr bei den jüngsten Wahlkampfauftritten schon häufiger die kalte Schulter gezeigt und sogar Küsschen auf die Backe verweigert hat, dürfte sie alsbald von ihrem Amt erlösen – schon aus eigenem politischen Überlebensinteresse.

Nancy Faeser wäre dann die dritte Quoten-Frau, die nach nicht einmal der Hälfte der Legislaturperiode ihr Ministeramt los ist. Berliner Auguren prophezeien schon die neue Kandidatin für die nationale Sicherheit: SPD-Chefin Saskia Esken. Genug Stoff also für das nächste Drama.

Zyniker haben schon eine Alternative im Kopf: Sollte sich ein kompetenter Mann finden, eine Art neuer Otto Schily, könnte er sich auf das Selbstbestimmungsgesetz berufen und sagen, er fühle sich im falschen Körper und sei eigentlich eine Frau. Womöglich eine salomonische Lösung im irren Germanistan.